Donnerstag, 25. Oktober 1984 - D * * *

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 251 - 43. W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Rentenversicherung: Die geplante Neuregelung ist vom Bundeskabinett beschlossen worden. Mann und Frau sollen künftig durch eine Hinterbliebenenrente mit Freibetrag gleichgestellt sein. Pro Kind wird Frauen ein Erziehungsjahr angerechnet. (S. 10)

Arbeitslosengeld: Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Franke, schlägt eine Verlängerung der Zahlungen auf 18 Monate und ein anschließendes „Arbeitslosengeld zwei" vor (S. 10)

Personalausweis: Die Koalition will das Gesetz über den fälschungssicheren und maschinenlesbaren Ausweis erst in Kraft treten lassen, wenn Einigung über weitere Datenschutzregelungen im Sicherheitsbereich erzielt ist.

Sindermann: Mit auffallender Herzlichkeit wurde der „DDR"-Volkskammerpräsident in Frankreich empfangen. Schon am ersten Tag kam es zu einem Treffen mit Premier Fabius. (S. 4)

EG-Initiative: Washington hat seine Bedenken gegen die geplante politische und wirtschaftliche Kooperation zwischen der EG und den Staaten Mittelamerikas fallengelassen. (S. 10)

Spanien: Im Rahmen einer Volksabstimmung soll im Februar 1986 über die künftige „Form des Beitrags" Spaniens zur NATO abgestimmt werden. (S. 10)

Aquino-Affäre: Der philippinische Staatschef Marcos hat seinen bisher engsten Vertrauten, General Ver, als Stabschef der Streitkräfte abgelöst. Er wird in einem Untersuchungsbericht der Beteiligung an der Ermordung Aquinos beschuldigt.

El Salvador: Beim Absturz eines Hubschraubers kamen vier hohe Offiziere ums Leben, darunter Oberst Monterrosa, der das wichtigste militärische Kommando des Landes führte. (S. 10)

Erstürmt: Mit 5000 Mann hat die Polizei die Universität von Seoul gestürmt und regierungsfeindliche Studentenproteste erstickt.

Nahost: Nach 15jähriger Fahndung haben die israelischen Sicherheitskräfte im Westjordanland den Chef der El-Fatah in Hebron, Raba'i, festgenommen.

Kraftprobe: Durch einen Streik von Millionen von Beamten soll heute das öffentliche Leben in Frankreich gelähmt werden. Die Streikenden fordern eine Anpassung der Lohnerhöhungen an die Inflationsrate. (S. 5)

Großbritannien: Der ab heute geplante Streik der Steiger und des Gruben-Sicherheitspersonals, der sämliche Zechen stillgelegt hätte, ist in Verhandlungen zwischen Gewerkschaft und staatlicher Kohlebehörde abgewendet worden.

ZITAT DES TAGES



» Alles drängt nach München «

Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß zur Begründung der gestiegenen Repräsentationskosten seiner Regierung
FOTO: JUPP DARCHINGER

WIRTSCHAFT

Daimler-Benz: Der Konzern rechnet für 1984 mit einem Umsatzanstieg um zwei Milliarden DM auf 42 Milliarden. Dagegen wird der Umsatz der AG mit 32 Milliarden DM knapp unter dem Vorjahresergebnis liegen. (S. 13)

Bildungsurlaub: Auch in Nordrhein-Westfalen ist die Möglichkeit von Bildungsurlaub (fünf Tage) jetzt gesetzlich verankert.

Israel: Die Subventionen für Grundnahrungsmittel und Benzin wurden gekürzt; die Preise steigen um fast ein Viertel.

Benzinpreise: Trotz der Turbulenzen auf dem internationalen Ölmarkt kann der Verbraucher in der Bundesrepublik nicht mit einer größeren Preissenkung bei Vergaserkraftstoff rechnen. (S. 11)

Börse: Bei schleppendem Geschäft konnten sich die Kurse an den Aktienmärkten knapp behaupten. Gesucht waren vor allem Stahlpapiere. Der Rentenmarkt war uneinheitlich. WELT-Aktienindex 158,0 (158,6). Dollarmittelkurs 3,0274 (3,0618) Mark. Goldpreis pro Feinunze 340,00 (340,00) Dollar.

KULTUR

Oper: Die Opernhäuser im deutschsprachigen Raum wollen sich künftig stärker auf den Austausch von Produktionen konzentrieren. Damit soll den Sparmaßnahmen der öffentlichen Hand entgegengewirkt werden, hieß es nach einer Konferenz der Opernintendanten in Hamburg.

Musikpreis: Der mit 25 000 Mark dotierte Frankfurter Musikpreis 1985 wird der deutschen Kammersängerin Brigitte Fassbaender verliehen. In der Begründung des Stiftungsrats wurde sie als eine Künstlerin gewürdigt, die zu den „weltweit bekannten Spitzen des Musiklebens zählt".

SPORT

Olympia: Der Sekretär des jugoslawischen Nationalen Olympischen Komitees, Caslav Veljic, hat bestätigt, daß bei Schwierigkeiten in Seoul die Olympischen Spiele 1988 in Belgrad ausgetragen werden könnten. (S. 2)

Fußball: Trainer Timo Konietzka und Manager Hans-Dieter Tippenhauer wurden beim Fußball-Bundesligaklub Borussia Dortmund mit sofortiger Wirkung beurlaubt. Die Mannschaft wird vom bisherigen Assistenten Saftig betreut.

AUS ALLER WELT

Kraker: In Amsterdam eskaliert die Gewalt. Mit Plünderungen und Straßenschlachten wollen militante Hausbesetzer (Kraker) eine der wichtigsten Einkommensquellen der Stadt trockenlegen: den Tourismus. (S. 20)

Wiesheu: Eine Freiheitsstrafe von 15 Monaten ohne Bewährung wegen fahrlässiger Tötung unter Alkoholeinfluß hat die Staatsanwaltschaft im Münchner Prozeß gegen den beurlaubten CSU-Generalsekretär verlangt. (S. 20)

Wetter: Wechselnd bewölkt mit Schauern. 14 bis 17 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Barzels Auftritt vor dem Ausschuß: Eine Sache beenden

Jetzt wird die CDU/CSU-Fraktion seine Aussagen bewerten

MANFRED SCHELL, Bonn

Mit großer Selbstsicherheit hat Bundestagspräsident Barzel vor dem Untersuchungsausschuß des Bundestages die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zurückgewiesen: 1. Er habe niemals Geld vom Flick-Konzern erhalten. 2. Er habe „weder mittelbar noch unmittelbar" auf die Steuerbefreiung Einfluß genommen, die von der Bundesregierung Schmidt dem Konzern erteilt worden sei und 3. Sein Rücktritt von den Ämtern des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden und des CDU-Parteivorsitzenden im Jahre 1973 sei auf „politische Meinungsverschiedenheiten" zurückzuführen gewesen. Barzel: „Es ist infam, dem Kollegen Kohl und mir vorzuwerfen, daß dabei Geld im Spiel war".

Barzel verlas zu Beginn seiner Anhörung am gestrigen Nachmittag zunächst eine knapp neun Seiten umfassende Stellungnahme. Darin begründete er auch ausführlich seine Tätigkeit als „wissenschaftlicher Berater" für die Anwaltskanzlei Professor Dr. Paul in Frankfurt ab 1. August 1973. Durch eine umfassende Schilderung seiner Aktivitäten war Barzel darum bemüht, die hohen Honorare, die ihm im Laufe der Zeit gezahlt worden sind, zu begründen. Er habe kein Geld von Flick bekommen. „Ich arbeitete in der Praxis Dr. Paul und für die Klienten dieser Praxis im Auftrage Dr. Paul. Ich wurde aus den Gesamteinnahmen der Praxis honoriert. Natürlich wußte ich, soweit es mich anging, welche Klienten diese Praxis hatte. Mir war bekannt, daß die Praxis einen Vertrag u.a. mit der Firma Flick hatte". Er habe leitende Repräsentanten des Konzerns zum Teil regelmäßig getroffen.

Barzel griff von sich aus auch die in einem Brief des früheren CDU-Generalsekretärs Biedenkopf benutzte Vokabel auf, Barzel dürfe kein „Sozialfall" werden. Dazu erklärte der Bundestagspräsident: „Ich betone: Nie war ich – Gott Dank – ein Sozialfall". Solche Probleme habe es für ihn nicht gegeben. Barzel rechtfertigte seine Tätigkeit für die Anwaltskanzlei. Er habe diese Aktivitäten angezeigt und seine „Einkünfte ordnungsgemäß versteuert". Jedem Mitglied des Bundestages sei es unbenommen, einen Beruf auszuüben. Die dafür geltenden Verhaltensregeln „sind beachtet worden".

SEITE 2:
Savonarola im Rolls-Royce
SEITE 8:
Barzels Erklärung im Wortlaut

Barzel, der vor seiner Anhörung als „Zeuge" zehn Minuten lang im Blitzlichtgewitter der Fotografen stand, sprach die Hoffnung aus, daß seine Anhörung ein „reinigendes Gewitter" werde, um danach „frische Luft" zu bekommen. Es ginge auch darum, „eine Sache zu beenden".

Aus diesen Aussagen könnte man den Schluß ziehen, daß Barzel nicht an Rücktritt denkt, sondern die Diskussionen um ihn „durchstehen" wolle. Die Fraktion der CDU/CSU wird sich aller Voraussicht nach schon heute mit Barzels Aussagen befassen und eine Bewertung vornehmen. Ungeachtet des gestrigen Auftritts Barzels herrschte in Kreisen der Unionsführung die Meinung vor, Barzel werde nach einer Ehrenerklärung der Fraktion von seinem Amt als Parlamentspräsident zurücktreten. Als sein Nachfolger gilt Professor Paul Mikat, bisher Justitiar der Fraktion. Im Gespräch ist aucb Bundesminister Heinrich Windelen, jedoch gilt es als unwahrscheinlich, daß Bundeskanzler Helmut Kohl zum jetzigen Zeitpunkt Veränderungen an seinem

● Fortsetzung Seite 8

DER KOMMENTAR

Die Aussage

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Rainer Barzel ist als Bundestagspräsident selbstbewußt vor den parlamentarischen Flick-Ausschuß getreten, um seine Aussage zu machen. Von der Prozedur versprach er sich ein reinigendes Gewitter – was immer er damit gemeint haben mag.

Seine Aussage enthält Klarstellungen, die nicht überraschen können, weil er sie auch schon an anderer Stelle gemacht hatte. Erstens: Er habe auf die Steuerbefreiung des Hauses Flick durch die Regierung Schmidt keinen Einfluß genommen. Das ist ihm auch nicht konkret vorgeworfen worden; gleichwohl ist dies entsprechend dem Untersuchungsauftrag des Ausschusses das Kernstück seiner Aussage. Zweitens: Sein Verzicht auf den Fraktionsvorsitz und den Parteivorsitz im Jahre 1973 habe politische Gründe gehabt; Geld sei nicht im Spiele gewesen. Dies entspricht dem, was Kanzler Kohl kürzlich vor der Fraktion erklärt hat und was Hans Katzer bezeugt. Drittens: Seine Bezüge von der Anwaltpraxis Paul seien aus den Gesamteinnahmen der Sozietät geleistet worden; von der Firma Flick habe er keine Geld bekommen.

Da Barzel gestern seine Aussage vor dem Untersuchungsausschuß gemacht hat, erhält sie die Qualität des „rechtlichen Gehörs". Darauf hat Barzel selbst Wert gelegt, und so sollte sie auch in der Öffentlichkeit gewertet werden. Im übrigen verwendete Barzel einige Energie darauf, nachzuweisen, daß er für die Anwaltpraxis Paul ordentliche Arbeit geleistet habe, der die Höhe seiner damaligen Bezüge entspreche. In diesem Zusammenhang versuchte er, das mittlerweile geflügelte Wort vom „sozialen Fall" gegenstandslos zu machen. Es lag ihm daran, den Ausschuß und die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, daß seine Tätigkeit für Paul nichts anderes als eine normale Berufsarbeit gewesen sei.

Die mannhaft fest vorgetragene Aussage beeindruckte die Mitglieder des Ausschusses sichtlich. Die Frage ist allerdings, was sie an der Lage des „Falls Barzel" ändert. Von einem Rechtsbruch war zu keiner Zeit die Rede. Hier geht es um Fragen des Stils, die schnell zu Fragen der Moral gemacht werden. Eigentlich geht es um Eindrücke. Barzels Aussage festigt nunmehr den Eindruck, er habe nicht unehrenhaft gehandelt. Gleichwohl wird seine Partei nach wie vor wissen wollen, warum er sich trotz hoher Bezüge von der Anwaltschaft Paul aus der Fraktionskasse unterstützen ließ, und im Parlament wie in der Öffentlichkeit werden die Zweifel nicht zur Ruhe kommen, in welchem Maße der „Fall Barzel" dem zweithöchsten Amt unserer Republik schadet.

Unterhalt kann begrenzt werden

Engelhard: Neues Scheidungsfolgenrecht soll „grobe Unbilligkeiten" beseitigen

GÜNTHER BADING, Bonn

Mit dem gestern vom Bundeskabinett verabschiedeten Entwurf eines „Gesetzes zur Änderung unterhaltsrechtlicher, verfahrensrechtlicher und anderer Vorschriften" (Scheidungsfolgenrecht) sollen „Fehlentwicklungen" der Ehescheidungsreform vom Juli 1977 rückgängig gemacht werden. Ziel sei die Beseitigung von „groben Unbilligkeiten und Ungerechtigkeiten" insbesondere in Gerichtsentscheidungen zum Unterhalt, erklärte Bundesjustizminister Hans A. Engelhard vor der Presse. Keinesfalls sei an eine Abkehr von dem vor sieben Jahren von allen Bundestagsparteien befürworteten Zerrüttungsprinzip gedacht. Das alte „Verschuldensprinzip bleibt in der Rumpelkammer" der Rechtsgeschichte, sagte Engelhard. „Eine Gegenreform findet nicht statt."

Konkret wird in dem Gesetzentwurf die unterhaltsrechtliche „Härteklausel" geregelt. Bisher wurde lediglich der Unterhaltsanspruch wegen „grober Unbilligkeit" verneint. Künftig soll der Unterhaltsanspruch versagt, herabgesetzt oder zeitlich begrenzt werden können, wenn der Unterhaltsempfänger:

- ● sich über schwerwiegende Vermögensinteressen des zur Unterhaltszahlung Verpflichteten hinwegsetzt,
- ● vor der Trennung längere Zeit seine Pflicht, zum Familienunterhalt beizutragen, „gröblich verletzt hat",
- ● ein „offensichtlich schwerwiegendes, eindeutig bei ihm liegendes Fehlverhalten" gezeigt hat.

Als Beispiel nannte Engelhard hier folgenden Fall: „Eine Frau holt sich den Liebhaber in die Wohnung. Dieser prügelt den Mann aus dem Haus und lebt künftig mit der Frau in eheähnlicher Gemeinschaft. Nach der Scheidung verlangt die Frau Unterhalt."

Künftig soll im Gegensatz zum geltenden Recht (seit 1977) – bei grober Unbilligkeit – der eigene Anspruch auch jener Frauen gekürzt werden können, die gemeinsame Kinder betreuen. Die Belange der Kinder dürfen dabei allerdings nicht beeinträchtigt werden. Die Unterhaltszahlung bei Arbeitslosigkeit soll künftig auf den „Ausgleich ehebedingter Nachteile" beschränkt werden. Auch der „Aufstockungsunterhalt", mit dem beispielsweise einer Ehefrau mit niedrigerem Nettoeinkommen derselbe Lebensstandard wie in der Ehe gesichert werden soll, kann künftig zeitlich begrenzt werden. Dasselbe gilt für die Bemessung des Unterhalts nach den ehelichen Lebensverhältnissen. Die Forderung nach Ausgleich des Zugewinns in einer Ehe – etwa eines Hauses – sind künftig auf Antrag zu stunden. Damit sollen Notverkäufe verhindert werden.

Rund 700 000 Eben sind seit der Scheidungsrechtsreform 1977 geschieden worden; in etwa 250 000 Fällen wurden Unterhaltsurteile ausgesprochen. Die neue Regelung soll nur dann auf diese „Altfälle" Anwendung finden, „wenn eine wesentliche Änderung der Unterhaltsverpflichtung zu erwarten ist". Einzelheiten sollen erst im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens endgültig festgelegt werden.

Mitterrand distanziert sich von Andreotti

SAD, London

Der französische Staatspräsident François Mitterrand hat sich von den Erklärungen des italienischen Außenministers Andreotti über die deutsche Teilung distanziert. Gegenüber der Londoner „Times" betonte Mitterrand gestern, sie entsprächen nicht der französischen Haltung. Andreotti hatte sich im September dahingehend geäußert, daß es definitiv bei zwei deutschen Staaten bleiben müsse, und Befürchtungen über einen angeblichen deutschen Pangermanismus Ausdruck gegeben.

Aus Anlaß des gegenwärtigen Staatsbesuches des französischen Staatschefs in Großbritannien veröffentlichte die „Times" ein Interview, in dem unter anderem die Frage gestellt wurde, ob Andreotti nicht lediglich laut ausgesprochen habe, was viele andere in allen Hauptstädten Westeuropas dächten, aber nicht auszusprechen wagten. Mitterrand sagte dazu: „Wir haben erklärt, daß die beiden Deutschland vollkommen das Recht besitzen, sich auf friedlichem Weg in eine Richtung zu entwickeln, die beide wünschen."

Auf die Frage, ob er glaube, daß die enorme Kraft eines wiedervereinigten Deutschland mit dem Aufbau eines vereinigten Europa vereinbar wäre, sagte Mitterrand: „Diesen Punkt haben wir nocb nicht erreicht. Die politischen und wirtschaftlichen Systeme sowie die Bündnisse der beiden deutschen Staaten sind zu verschieden. Wenn sich diese Situation ändern würde, dann nur, weil bereits viele andere Umwälzungen vorausgegangen wären."

Stahlfusion Krupp-Klöckner zum 1. Januar?

J. G./lk. Bonn

Zu einem auch im Weltmaßstab großen Unternehmen wollen die Konzerne Krupp und Klöckner von Anfang 1985 an ihre Stahlaktivitäten zusammenfügen. Bonn soll mit einer Fusionshilfe von mindestens 500 Millionen Mark das Vorhaben begleiten.

Wesentliche Details des Planes gaben die Konzernchefs gestern in Düsseldorf bekannt. Die künftige „Stahlwerke Krupp-Klöckner GmbH, Bochum" soll nach aktuellem Jahresstand neun Millionen Tonnen Rohstahlausstoß, zehn Milliarden Mark Umsatz und 43 000 Beschäftigte vereinen. An ihrem Eigenkapital von 1,5 Milliarden Mark wird sich Australiens größter Rohstoffkonzern CRA (Rio-Tinto-Gruppe) mit 35 Prozent beteiligen. Die Zustimmung der Behörden, Aufsichtsräte und Hauptversammlungen steht noch aus.

In einer aktuellen Stunde im Bundestag bedauerten auch Redner der Regierungsparteien, daß es durch die Fusion zu einem Abbau von Arbeitsplätzen in revierfernen Regionen kommen könnte. Einige Redner meinten, daß dies nicht mit öffentlichen Mitteln gefördert werden dürfe. Die Opposition sprach von einem industriepolitischen Skandal, weil die Regierung nicht über die Einzelheiten der Fusion unterrichtet war. Bundeswirtschaftsminister Bangemann wies den Vorwurf, daß vollendete Tatsachen geschaffen worden seien, entschieden zurück. Er kündigte eine Prüfung unter wettbewerbs-, energie- und subventionsrechtlichen Gesichtspunkten an.

Seite 11: Struktur verbessern

Fünf Festnahmen im Fall Popieluszko

Warschau: Funktionär des Sicherheitsdienstes unter Verdacht / Appell des Papstes

DW. Warschau/Rom

Die polnische Polizei hat bei der Fahndung nach den Entführern des Priesters Jerzy Popieluszko fünf Personen festgenommen, unter ihnen einen Funktionär des Sicherheitsdienstes aus Warschau. Sie sollen sich nach offiziellen Angaben zur fraglichen Zeit am vergangenen Freitag in der Nähe der Entführungsstelle aufgehalten haben. Die Warschauer Bevölkerung, die seit Tagen für die gesunde Rückkehr des Geistlichen betet, lastet offen der Sowjetunion die Schuld an der Verschleppung an. Moskau, so heißt es, wolle den Prozeß der Annäherung zwischen Staat und Kirche stören. Der Überfall wird als Ergebnis von Auseinandersetzungen im Sicherheitsapparat bezeichnet, die sich in erster Linie gegen General Jaruzelski und Innenminister Czeslaw Kiszcak richteten. Die Tatsache, daß ein Funktionär des Sicherheitsdienstes jetzt unter Verdacht steht, könnte diese These stützen.

Die Untergrund-„Solidarität" der Warschauer Stahlwerke „Huta Warszawa" hat die Arbeiter der Fabrik aufgerufen, vom 29. Oktober an in einen unbefristeten Streik zu treten, wenn bis dahin nicht Popieluszko freigelassen ist. Regierungssprecher Jerzy Urban hatte die Entführung als „Provokation gegen die Regierung Jaruzelski" bezeichnet. Urban, der in der Vergangenheit als scharfer Kritiker des „Solidarität"-Sympathisanten Popieluszko hervorgetreten war, sprach sogar von „politischem Banditentum". Auch die katholischen Bischöfe hatten von einer Entführung aus politischen Motiven gesprochen.

Papst Johannes Paul II. brach gestern sein Schweigen. In seiner wöchentlichen Generalaudienz im Vatikan sagte das aus Polen stammende Oberhaupt der katholischen Kirche, es sei von der Entführung „zutiefst erschüttert". Johannes Paul II. brachte seine Solidarität „mit der Geistlichkeit und dem Volke Polens" zum Ausdruck und fügte in seiner Muttersprache hinzu: „Ich appelliere an jene, die diesen schändlichen Akt begangen haben und die Verantwortung dafür tragen." Am Dienstag war der Papst mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Roman Malinowski zu einem halbstündigen Gespräch zusammengetroffen.

Morddrohungen wurden gegen den Danziger Priester Henryk Jankowski gerichtet. Der Beichtvater Walesas wird von Arbeitern der Werften beschützt. Im polnischen Klerus wurde auch Primas Jozef Glemp von Kritik nicht verschont. Vor allem jüngere Geistliche, die sich fest für die „Solidarität" engagiert hatten, bedauerten, daß Glemp ausgerechnet in dieser schwierigen Phase in die „DDR" gereist sei.

Einen bemerkenswerten Kommentar veröffentlichte die ungarische KP-Zeitung „Nepszabadsag". Sie meinte, von der Entführung könnten nur jene profitieren, die gegen die Stabilisierung in Polen seien und die nicht wünschten, daß Warschau wieder von westlichen Staatsmännern besucht werde.

Seite 5: Freiheit mutig riskiert

SPD-Umweltprogramm zielt in Richtung grüner Wähler

„Regierung fährt unverantwortlichen Zickzack-Kurs"

E. N. Bonn

Mit einem Programm „Arbeit und Umwelt – für eine ökologische Modernisierung der Industriegesellschaft" will die SPD die zu den Grünen übergelaufene Wählerschaft zurückgewinnen. Während der Auftaktveranstaltung im Bonner Erich-Ollenhauer-Haus verwiesen gestern der Parteivorsitzende Willy Brandt, der SPD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Hans-Jochen Vogel, und Bundesgeschäftsführer Peter Glotz darauf, daß die Partei bereits einen Anfang gemacht habe: Die meisten der 250 SPD-Unterbezirke hätten innerhalb der letzten Wochen „Umweltbeauftragte" ernannt.

Alle Redner der Veranstaltung gaben zu, daß während der Regierungszeit der SPD Fehler und Versäumnisse in der Umweltpolitik vorgekommen seien. Sie beschuldigten aber die derzeit regierende Koalition, einen „unverantwortlichen Zickzack-Kurs" (Vogel) auf diesem Felde zu fahren. Beim Tempolimit, so Willy Brandt, sei zum Beispiel eine Mehrheit der Autofahrer für Verringerung der Höchstgeschwindigkeit. Unter deutlicher Anspielung auf punktuelle Bündnisse mit den „Grünen" sagte der SPD-Vorsitzende: „Wir sind dazu da, Mehrheiten, wo es sie gibt, zusammenzuführen." Der Schutz der Natur sei immer schon eine originäre Aufgabe der Sozialdemokraten gewesen. Heute wolle die Partei nicht etwa aus der Industriegesellschaft aussteigen, sondern sie lediglicb im Interesse des Umweltschutzes modernisieren. Technik und ihre „kapitalistische Verwendung" habe man als SPD nie „dem Selbstlauf überlassen"; heute käme zur sozialen noch die ökologische Kontrolle mit hinzu.

Kern des Programms, das die wesentlichen umweltpolitischen Initiativen der SPD-Bundestagsfraktion seit April 1983 zusammenfaßt, ist die Forderung nach einem „Sondervermögen Arbeit und Umwelt", das durch Steuerzuschläge zum Energieverbrauch geschaffen werden soll und mit dessen 18 Milliarden Mark jährlichem Aufkommen, nach Ansicht der SPD, rund 250 000 Arbeitsplätze geschaffen werden könnten.

CDU-Wirtschaftsrat mahnt Regierung

Leistungsanreize unzureichend / Subventionen noch zu hoch / Privatisierung zu schleppend

KAREN SÖHLER, Bonn

Die von der Bundesregierung betriebene Steuerpolitik genügt nach Ansicht des Wirtschaftsrats der CDU e. V. noch nicht den „wirtschaftlichen Notwendigkeiten". Leistungsanreize seien nur unzureichend gegeben worden. Die Organisation forderte die Bundesregierung daher auf, den Körperschaftssteuersatz deutlich unter 50 Prozent zu drücken, damit die Wirtschaft in die Lage versetzt werde, die für den Strukturwandel notwendigen Investitionen vorzunehmen. Ohnehin würden deutsche Unternehmen erheblich stärker zur Kasse gebeten als ihre internationale Konkurrenz.

Um die Wettbewerbsfähigkeit zu wahren, sei es wichtiger, die Körperschaftssteuer zu mindern als den Spitzensteuersatz der Einkommenssteuer, sagte der Vorsitzende des Wirtschaftsrates, Heinrich Weiss. Daß damit ein gespaltener Steuersatz für Kapitalgesellschaften und Personengesellschaften entstünde, empfand Weiss nicht als Risiko. Bei Personengesellschaften sollten einbehaltene und ausgeschüttete Gewinne unterschiedlich behandelt werden.

In einer Zwischenbilanz mahnte der Wirtschaftsrat die Regierung, die vor der Wende gegebenen Versprechen nun auch einzulösen – ohne die bisherigen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Erfolge aus den Augen zu verlieren. Er wies darauf hin, daß zahlreiche Themen bisher ungenügend bearbeitet worden seien. Subventionen seien praktisch nicht abgebaut worden, sie seien teilweise sogar gestiegen.

Zur Lösung dieses Problems schlug Weiss vor, die Stützungszahlungen des Staates – in Anlehnung an das Schweizer Modell – gleichmäßig um fünf Prozent zu kürzen. Sachverständigenrat und wissenschaftlicher Beirat beim Bundeswirtschaftsminister sollten die verteilten Subventionen kritisch analysieren.

Weiss bemängelte ferner, daß die Privatisierung zu langsam vorangetrieben werde. Der Bundesfinanzminister solle dem Kabinett baldmöglichst die Privatisierungskandidaten benennen, damit die Staatsquote – wie angekündigt – noch in dieser Legislaturperiode nennenswert gesenkt werden könne. Die Lufthansa dürfe dabei kein Tabu sein. Daß die Privatisierung auch dem Kunden helfe, beweise das Beispiel British Airways. Weiss: Seit der Privatisierung sei der Service erheblich besser geworden.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Gelähmte Gesellschaft

Von Carl Gustaf Ströhm

Die mit Spannung erwartete außerordentliche ZK-Sitzung in Moskau hat, wieder einmal, weder eine Entscheidung noch gar den Durchbruch einer neuen Kreml-Machtkonstellation gebracht. Michail Gorbatschow, den der „Prawda"-Chefredakteur eben noch als „zweiten Generalsekretär" bezeichnete, ergriff auf dem Plenum nicht einmal das Wort, obwohl es um die Agrarfrage ging, für die er zuständig ist.

Statt dessen sieht man in letzter Zeit – zuletzt bei einer Ordensverleihung für Gromyko – seinen Rivalen Grigori Romanow häufig in der Nähe des Generalsekretärs Tschernenko. Spielen hier die alten Herren an der Spitze die nächste, seit Jahren in den Startlöchern frustrierte Generation gegeneinander aus, um selber die Macht zu behalten?

Wie es hin und her geht, zeigt die jüngste Polemik zwischen der Moskauer Zeitschrift „Fragen der Geschichte" und dem Ideologie-Organ „Kommunist". Erstere sprach von der Möglichkeit innerer Krisen im Sozialismus, letztere schob wieder alles auf die bösen Imperialisten. Da kämpfen offenbar eine Reformströmung und eine stalinistische Schule miteinander.

Während das kommunistische China mit vollen Segeln Wirtschaft und Gesellschaft reformiert, wobei Peking Elemente des unter Stalin hingerichteten bauernfreundlichen Altkommunisten Bucharin mit ungarischen Reformkonzepten, jugoslawischen Selbstverwaltungsideen und Marktwirtschaft vermengt, ist die „Führungsmacht" des Weltkommunismus zu byzantinischer Unbeweglichkeit erstarrt. Alte Männer wie Tschernenko und Tichonow gaben auf der Moskauer Sitzung den Ton an. Statt von Marktwirtschaft sprach man wieder von expansiven Maßnahmen – wie schon zu Stalins Zeiten. Es scheint, daß die alten Herren im Kreml die Welt nicht mehr verstehen. Und daß sie niemanden ans Ruder lassen wollen, der sie besser verstehen könnte.

General Vers Sturz

Von Christel Pilz

Auf den Philippinen herrscht Freude darüber, daß vier Männer der Agrava-Kommission den Generalstabschef Fabian Ver der Mittäterschaft am Mord des Oppositionsführers Benigno Aquino anklagten.

Vierzehn Monate lang hatten er und Präsident Marcos darauf bestanden, daß der Mord ein Komplott der Kommunisten gewesen sei. Statt dessen, so fand die mit der Aufklärung beauftragte Untersuchungskommission, war der Mord ein Komplott der Marcos-Militärs. So weit stimmt auch die Kommissionsvorsitzende Frau Agrava mit den vier überein.

Sie weigerte sich jedoch, in General Ver den Verantwortlichen zu sehen. Ihrer Meinung nach endet die Verantwortung bei dem damaligen Chef der Flughafensicherung, Brigadegeneral Luther Custodio. Aber das ändert nichts mehr daran, daß Präsident Marcos gegen seine allerengsten Mitstreiter handeln muß. Nicht zuletzt sorgt dafür auch der Druck der Amerikaner.

Die ersten Konsequenzen: Custodio und der Chef der Polizei von Metromanila, Brigadegeneral Olivas, stehen unter Hausarrest. General Ver ist von seiner Position als Generalstabschef suspendiert. Amtierend rückte an Vers Stelle sein bisheriger Stellvertreter, der allgemein respektierte General Fidel Ramos.

Der zweite Schritt wird sein, Ver, Custodio, Olivas und dreiundzwanzig andere Militärs vor ein ziviles Gericht zu stellen.

Was aber wird das Gericht befinden? Schon jetzt sagen Custodio wie Ver, daß sie in einem Prozeß nichts zu befürchten haben. Ein Prozeß könne nur ihre Unschuld beweisen.

Schon mischt sich Skepsis in den Jubel all derer, die in einem Prozeß gegen Ver das Ende von Marcos sehen. Marcos ist ein asiatischer Regent, der mit dem Rücken zur Wand zu kämpfen weiß. Sein Gesundheitszustand ist derzeit gut. Er will sich der Herausforderung stellen.

Doch ob es ihm gelingt, das Blut von Aquino von den Händen seiner Militärs zu waschen, ist das Fragezeichen, das über seinem eigenen Schicksal steht.

Olympische Spielchen

Von Klaus Blume

Sonderbare Zufälle gibt es in der olympischen Politik. Zum Beispiel jenen Vorgang, der gar keiner ist, sondern nur aus einer Reihe von Zufällen besteht – wenn man hohen IOC-Funktionären glauben darf.

Also: Nordkoreanische Journalisten besuchen eine Sitzung kommunistischer Sportfunktionäre in Prag, auf der das Internationale Olympische Komitee (IOC) aufgefordert wird, bei den Spielen im südkoreanischen Seoul 1988 für Bedingungen zu sorgen, „die allen Ländern die Teilnahme in der Hauptstadt von Südkorea ermöglichen". So die tschechoslowakische Nachrichtenagentur Ceteka.

Nach dieser Sitzung sind die nordkoreanischen Journalisten zufällig bei einer Pressekonferenz des Nationalen Olympischen Komitees von Jugoslawien in Belgrad zu Gast. Also auf einer Veranstaltung, die für die Herren aus Pjöngjang völlig bedeutungslos ist. Doch dort erklärt der jugoslawische Olympia-Generalsekretär Caslav Veljic – ganz zufällig, ganz unprogrammgemäß –: falls das IOC noch einmal über die Austragung der Spiele diskutiere, werde Jugoslawien einen Vorschlag, diese zu verlegen, unterstützen und Belgrad als Alternativ-Ort zu Seoul vorschlagen.

Was sagt das IOC dazu? Zufälligkeiten, sagt es; Spielchen, die fast jeder Olympia-Kandidat für 1992 betreibe, um möglichst vier Jahre früher eine Chance zu erhalten.

Tatsächlich? Bisher hat es dergleichen noch nie gegeben. Zumal da es doch eigentlich aussichtslos sein müßte. Denn wenn ein Austragungsort bestimmt ist, kann das laut Satzung nicht einfach wieder rückgängig gemacht werden, weil bestimmte Kreise neuerdings was dagegen haben. So hat denn auch IOC-Präsident Samaranch erklärt, das IOC werde Seoul die Spiele auf keinen Fall entziehen.

Mit Grund – wie sollte es etwa Südkoreas Entschädigungsansprüchen begegnen? Aber es gibt da einen neuen olympischen Sprachgebrauch, wenn auch noch unter der Hand: Das IOC-Präsidium könnte sich gegebenenfalls einem „moralischen Druck" seiner Mitglieder auf Seoul nicht entziehen. Gäbe Seoul daraufhin die Spiele wieder zurück, würde man dieses Angebot annehmen.

Kurz und gut, der Osten mit seinem Abstimmungsblock im IOC will eine Gewohnheit daraus machen, mit der Boykottdrohung die Olympia-Politik zu bestimmen. Südkorea soll der Testfall sein. Hoffentlich merken die Amerikaner rechtzeitig, wie die Zufälle so fallen.



„Das sieht aber unsauber aus!" KLAUS BÖHLE

Savonarolas im Rolls-Royce

Von Herbert Kremp

Daß die Parteien kaputte Institutionen seien, daß Deutschland nicht an den „Novemberverbrechern" Hitlers, sondern an den „Flickverbrechern" Augsteins zugrunde gehe, ist eine verbreitete Mutmaßung. Es hat Tausende von Firmen und Geschäftsleuten gegeben – sie werden ja jetzt seltener –, die den nicht einmal mit dem Kassensiegel des gemeinnützigen Vereins ausgestatteten Parteien Geld gaben. Nun entdeckt eine etablierte Meinung, die sich als öffentlich bezeichnet, daß diese Form der Blutzufuhr eine schlechte, eine zumindest „schmierige" Sache gewesen sei. Verbreitet wird das vornehmlich von den Leuten, die schon immer der Ansicht waren, daß der Strom aus dem Stecker zu kommen habe und die Finanzen aus dem Etat. Sie werden Deutschland in den ersten Rang der Nationen dieser Welt befördern.

Wir werden Zeugen des Elends von Berufspolitikern. Als Bismarck den bautollen bayerischen König Ludwig II. bestach, damit dieser nach außen die Initiative zur Kaiserproklamation von 1871 ergreife, amüsierte sich alles, denn die Sache, aus der ohne die Bayern nichts geworden wäre, wurde zum Erfolg. 1869 bezeichnete Bismarck die Agenten der Fürsten von Hannover und Kurhessen als „bösartige Reptilien" und brachte sie mit einem Fonds, der den gleichen Namen erhielt, zum Schweigen. Auch diese Sache war erfolgreich, und zwar so sehr, daß der Fonds 1892 ohne Schaden liquidiert werden konnte. Daß Gaius Julius Caesar ein bestechlicher Mann war, fiel Heinrich Mann ein, als er sich über seine Zeit Sorgen machte. Den innigen Zusammenhang zwischen Politik und Geld hat es immer gegeben und wird es immer geben. Aber wir sind natürlich bestrebt, die deutsche Gegenwart davon freizuhalten.

Die Berufspolitiker der deutschen Gegenwart (West) haben damit auch am wenigsten zu tun. Die Diamanten der Frau Ceaucescu und die militärisch abgeschirmten Villen von Kim Il Sung, über die Prinz Sihanouk in seiner Pekinger Villa (der ehemaligen deutschen Botschaft in der „Straße des Imperialismus") in der farbigen Sprache der Khmer berichtet, sind verdächtiger, denn sie kommen aus der Ausbeutung armer Völker. Wenn Breschnews Schwiegersohn haarsträubende Geschäfte macht und Giereks Fernsehdirektor sich ein Studio für Porno-Filme einrichtet, darf ähnliches vermutet werden – aber die Verfahren werden dann im Namen der Nomenklatura und ihres immersauberen Marxismus niedergeschlagen. Demgegenüber sind die Deutschen (West) – der Deutsche (Ost) jagt in Finnland Elche – von candiden Saubermännern umgeben. Ein Herr wie Walter Scheel muß vor dem Kölner Landgericht als Zeuge der Verteidigung zur Parteienfinanzierung sagen: „Wir alle haben uns nicht auf sicheren, aber auf rechtlich begehbaren Wegen gefühlt." Dieser Satz hätte vor Calvin Bestand. Im übrigen: Wer weiß schon, daß der deutsche Bundespräsident, wohl als einziges Staatsoberhaupt der Welt, keinen eigenen Koch hat?

Dies sei nur einmal gesagt, damit die Kirche im Dorf bleibe. Alle Parteien haben Geld von denen genommen, die mehr Geld haben. Auch die fingerzeigenden Sozialdemokraten bekamen runde vier Millionen allein von Flick. Der dicke Mercedes, den der Oppositionsführer Vogel (völlig zu Recht) fahren läßt, kommt nicht aus dem Godesberger Programm. Solange der Kaninchenzüchterverein gemeinnützig sein durfte und die Parteien (bis zum gemeinsam beschlossenen Parteienfinanzierungsgesetz, von dem auch die Grünen etwas haben) sich über gemeinnützige Vereine betuchen mußten, obwohl sie laut Verfassung an der Willensbildung des Volkes mitwirken und der Kaninchenzüchterverein bekanntlich nicht – so lange mußten die Parteien sich nach Tuchmachern umsehen. Und die Berufspolitiker wurden auf irgendeine Weise versorgt. Sie treten an die Spitze von Landesbanken oder anderen öffentlich-rechtlichen Institutionen,



Vier Flick-Millionen wg. SPD: Vogel FOTO: LOTHAR KUCHARZ

für die sie manchmal nicht mehr mitbringen als das Talent, eine Gremiensitzung zu leiten. Ist dem ehemaligen Regierenden Bürgermeister von Berlin, Schütz, jemand böse, weil er Intendant der Deutschen Welle in Köln wurde? Vielleicht heißt sein Nachfolger Schily.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die spezifischen Zusammenhänge zwischen Geld und Politik, die nun allseitig ruchbar geworden sind, in der Öffentlichkeit als anstößig empfunden werden. Die Motive können verschiedenartig sein – auch Meinungsbildungen der Öffentlichkeit dürfen hinterfragt werden, keine Kuh ist heilig. Der Mann im täglichen Arbeitskittel fragt zu Recht, warum sich Parteien und Politiker so üppig ausstatten müssen, wie man es von Rainer Barzel gestern im Untersuchungsausschuß vernahm. In der Frage „Muß das denn sein?" kann normales Haushaltsdenken liegen, bei dem einen oder anderen eng verschlungen mit der Base Neid. Man darf sich darüber aufhalten, denn es gab ja einmal ein Preußen. Sieht man es nicht gern, wenn derjenige, der uns nach innen und außen repräsentiert, etwas ehrenhalber tut? Er braucht deswegen nicht zu hungern. Das ist die eine Seite. Auf der anderen Seite aber sehen wir die Savonarolas, die den Zunder der Askese abbrennen, die den Staat als Ganzes, das Gemeinwesen, seine Verfassung und seine Vertreter jetzt für verderbt, korrupt und nichtswürdig erklären – um dann mit dem Rolls-Royce nach Hause zu fahren.

Verurteilungen sind stets von der Heuchelei bedroht. Oft ist es ein und derselbe Mann, der sich über die Tötung von Babyrobben erregt und für die Abtreibung eintritt. Wir vermuten, daß die Grünen Tuch meinen, wenn sie Christus sagen. Sie wollen gar nicht die ehrbare Armut des Staatsvertreters, sondern für sich die elende Macht. Frau Kelly hat nicht nur einen General. Das Ärgerliche an diesen Tagen ist der schiere Machtkampf, der power struggle derjenigen, die diesen Staat zerstören wollen, damit ihre Funktionäre den ihrigen besetzen können. Die Scheinfirma heißt Moral. Sie muß untersucht werden wie die anderen Scheinfirmen. Denn es liegt im allgemeinen Interesse, zu wissen, welche Macht über uns käme, wenn die gegenwärtige Macht in Bonn nicht mehr existierte.

IM GESPRÄCH Kaspanaze

Der Nette von Vorarlberg

Von Astaf Domberg

In der Diskussionsrunde des Österreichischen Fernsehens (ORF) wirkte er wie eine Gestalt aus den Erzählungen der Brüder Grimm: der Kaspanaze, Spitzenkandidat der Grün-Alternativen in Vorarlberg, der dort mit 13 Prozent der Wählerstimmen alle etablierten Parteien von schwarz bis rot schwer angeschlagen hat.

Sie fragten den Mann, der mit Schreibnamen Kaspar Ignazius Simma heißt und von keinem Nachbarn so genannt wird, ob ihm der Medienwirbel um seine Person nicht unheimlich sei. Der Bauer aus dem Bregenzer Wald strich sich den blonden Vollbart und nickte, halb verschmitzt und halb verlegen lächelnd. Ja, schon – und es sei für ihn eigentlich Zeit, sich all dem Rummel und den Interviews zu entziehen und wieder auf den Hof zu seinen Viechern zu gehen.

Frappierend war der Unterschied zwischen Kaspanaze und den anderen in dieser Diskussionsrunde. Vor allem den Links-Alternativen, die mißmutig und ideologisch verklemmt hinter ihren dicken Brillengläsern hervorlugten und von Systemveränderung und der Abtreibung auf Krankenschein redeten. Simma dagegen sprach von Liebe, Freundlichkeit, Achtung vor der Natur, von menschlicher Gemeinschaft. Nur in der Abtreibungsfrage war er sehr behutsam, wohl mit Rücksicht auf seine „linken" Wähler: Es würden ja nicht nur Ungeborene abgetrieben, sondern auch der Wald und die Luft würden „abgetrieben". Das aber müsse man ändern.

Es war interessanterweise ein Industrieller, ein Fabrikant – also das klassische Gegenbild und Schreckgespenst für alle Grünen –, der für den Bauern vom Bregenzer Wald das meiste Verständnis aufbrachte. Er zitierte das Wort Frundsbergs zu Luther: „Mönchlein, Mönchlein, du gehst einen schweren Gang".

Man kann das künftige Schicksal des einfachen Landmannes aus Vorarlberg in den politischen Apparaturen ahnen. In einer Welt der politi-



Die Etablierten geschockt: Kaspanaze Simma FOTO: AP

schen Profis, der Intrigen, die im grünen und alternativen Lager um nichts geringer und manchmal um vieles grausamer sind als bei den Etablierten, wird er sich entweder anpassen – oder aber, wie so mancher bäuerliche Grüne vor ihm (in der Bundesrepublik gibt es da einige Beispiele) auf der Strecke bleiben.

Dennoch – daß dem dreißigjährigen Bauernsohn Simma eine gewisse Anständigkeit und Unverbrauchtheit aus den Augen spricht, mag manche dazu veranlaßt haben, ihm die Stimme zu geben. Er mag nie ein Gestalter der Politik oder gar eine politische Leitfigur werden. Er ist aber selber ein Symptom und Symbol für einen gesellschaftlich-politischen Zustand, für eine Unruhe, die sogar durch ein so geordnetes Land wie Österreich oder das Musterländle Vorarlberg geht. Den Berufspolitikern hat der frischgebackene Parlamentarier, der nun direkt vom Melkschemel auf den Abgeordneten-Sessel wechselt, jedenfalls einen tüchtigen Schock in die Glieder gejagt.

Ganz realistisch meldete sich inzwischen auch die Mutter des neuen Landtagsabgeordneten zu Wort. Auf die politische Karriere ihres Sohnes angesprochen, meinte sie, der Bub habe eigentlich auf dem Hof schon genug zu tun.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

SÜDWEST PRESSE

Das Ulmer Blatt kritisiert den Arbeitsminister:

Er wolle sich um „Ruhe an der Rentenfront" bemühen, versprach Bundesarbeitsminister Norbert Blüm gleich nach der Bonner Wende. Und zu Beginn dieses Jahres rühmte er seine „solide Rentenpolitik". Von beiden kann im Herbst 1984 keine Rede sein. Im nächsten Jahr fehlen in der Rentenkasse 2,5 Milliarden Mark. Und was jetzt in Bonn zur Deckung dieser Lücke ausbaldowert wurde, kann man bestenfalls als Flickwerk bezeichnen.

NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Sie schreibt zur sowjetischen Landwirtschaft:

Staats- und Parteichef Tschernenko folgt den Spuren seiner Vorgänger. Auch ihm fällt nichts anderes ein, als vor dem Zentralkomitee der KPdSU wieder ein bombastisches Neulandprogramm anzukündigen, durch das die miserablen Ernteergebnisse verbessert werden sollen ... Doch mit solchen Programmen sind schon Chruschtschow und Breschnew kläglich gescheitert. Und auch diese Neuauflage ist letztlich nichts anderes als das Eingeständnis mangelnder Effektivität – ein Armutszeugnis, das sich die Sowjetunion ausstellt. Sie verfügt über genügend fruchtbare Böden, aber statt Überfluß wie im Westen herrscht Mangel. Sie hat die Weltraum- und Waffentechnik auf den höchsten Stand gebracht, aber ihr gelingt es nicht, die Technik auch sinnvoll in den Dienst der Landwirtschaft zu stellen. Diese ganze Misere wird bleiben, solange nicht am Kern des Übels gerührt wird: dem System.

WESTDEUTSCHE ALLGEMEINE

Die Essener Zeitung kommentiert den Parteispenden-Skandal:

Man hat noch gar nicht begriffen, daß es noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik eine so pauschale Verurteilung des Parteienstaates und seiner Repräsentanten gegeben hat. Die Politik am Zügel des Kapitals – bestätigt das nicht alle Vorurteile? In Bonn reibt man sich die Hände, wenn es den politischen Gegner erwischt. Aber das Publikum wirft alle in einen Topf. Der Vorwurf der Käuflichkeit überzieht den ganzen Staat. Dagegen hilft kein Klagen und kein Mauern, schonungslose Offenlegung aller Sünden ist gefordert. Nur wenn ein Schlußstrich gezogen, eine glaubwürdige Selbstreinigung gewagt wird, kann Vertrauen neu gedeihen, der Schaden begrenzt werden.

LIBERATION

Die Pariser Zeitung kommentiert die Verurteilung des Journalisten Abouchar in Afghanistan:

Zynisch gesehen, liegt die Stärke des Kreml darin, daß die sowjetische Führung nicht versucht zu gefallen. Was zählt, sind allein das Kräfteverhältnis und seine Verwendung. Die Sowjets haben ganz offensichtlich beschlossen, Afghanistan doppelt abzuschotten und an seiner Grenze eine Art Eisernen Vorhang herunterzulassen, hinter dem sie sich die für die brutale Sowjetisierung dieses Landes und Volkes notwendige Zeit nehmen können ...

Die Beaglekanal-Lösung nützt beiden Regierungen

Allerdings: die Antarktisfrage wurde ausgespart / Von Günter Friedländer

Das dank langjähriger Vermittlungsbemühungen des Papstes nun unterschriftsreife Abkommen zwischen Argentinien und Chile beendet den Grenzstreit am Beaglekanal. Die beiden Länder des „cono sur" (Südkegel) Lateinamerikas haben im tiefen Süden, von dem Chilenen und Argentinier als dem Punkt der Erde sprechen, „wo der Teufel seinen Poncho verlor", eine klare Grenzziehung anerkannt. Unklar blieben die Grenzen zwischen dem, was die jeweiligen Interessen der Regierung und der Opposition gebieten.

Der chilenische Schriftsteller Benjamin Subercaseaux nannte den Streit um die unwirtliche Gegend am Beaglekanal „einen beachtlichen Beweis dafür, wie weit die Dummheit des Menschen gehen kann, zugleich aber ein erbauliches Beispiel für die Geringfügigkeiten, die die Feindschaft von zwei Nationen und das Schicksal vieler tausend Menschen bestimmen." An die Stelle solcher Feindschaft soll nun Freundschaft treten. Die Regierungen beider Länder haben guten Grund, aus verschiedenen innenpolitischen Erwägungen mit dem Abkommen zufrieden zu sein. Der von Peronisten und Gewerkschaften belagerten Regierung Alfonsin gibt es die Möglichkeit, eine demokratische Übung in Form der für den 25. November einberufenen Volksabstimmung zu veranstalten, die allen Argentiniern die Gelegenheit gibt, zum Vertrag Stellung zu nehmen.

Von Wählern, die sich noch nicht vom Trauma des unglückseligen Falkland-Krieges erholt haben, in dem Chile als potentieller Feind an einer fast viertausend Kilometer langen Grenze den Rücken Argentiniens bedrohte, darf man die Unterstützung eines Abkommens erwarten, das die latenten Spannungen am Beaglekanal bannt. Sie hatten noch 1978 an den Rand des Krieges geführt. Der Sieg des Regierungsstandpunktes in einem von der Regierung einberufenen Volksentscheid gibt Alfonsin eine dringend benötigte Rückenstärkung. Das an den Volksentscheid nicht gebundene Parlament wird den Vertrag ratifizieren müssen.

In Chile wiederum befreit General Pinochet mit dem Abkommen sein Land von der Drohung eines Krieges mit dem stärkeren Argentinien. Pinochet läßt den Vertrag von seiner Junta ratifizieren, beteiligt die Chilenen also nicht direkt an der Entscheidung.

Innenpolitische Erwägungen bestimmen in dieser außenpolitischen Frage die Haltung der Opposition. Muß, was die Regierung für gut hält, nicht für die Opposition als schlecht gelten? Das mag für kleine Gruppen außer jeder Verantwortung stimmen. Für die Mehrheitsgruppen der Opposition ist es in diesem Fall nicht so.

Sie hätten freilich die Unterschrift des Vertrages unter ihren Auspizien vorgezogen. So haben zwar in Argentinien chauvinistische Gruppen der radikalen Rechten den Vertrag als „brutale Verstümmelung" argentinischer Rechte bezeichnet und sich als vom Papst „betrogen" erklärt. Aber die Peronisten können nicht so einfach mit Demagogie spielen. Würden sie ihren Anhängern empfehlen, „nein" zu stimmen, und die „Ja"-Stimmen gewinnen, wie zu erwarten ist, müßten sie eine Niederlage einstecken, die über die Fragen des Beaglekanals hinausgehen könnte. Deshalb haben sie noch keine Anweisungen für den Volksentscheid gegeben und nur versprochen, in diesen Tagen Stellung zu beziehen. In Chile haben sich ebenfalls kleinere Gruppen zuerst zu Wort gemeldet. Für die großen Parteien der Opposition ist die Situation auch hier kompliziert.

Aber schließlich ist alles kompliziert, was mit der Grenzfrage zusammenhängt. Hier gibt es kein Kipling'sches „Ost ist Ost und West ist West, sie begegnen einander nicht." Ganz im Gegenteil: Hier treffen Ost und West einander auf verwirrende Weise in den früher einmal gezogenen politischen Grenzen, auf die Chile sich berief, und denen Argentinien Rechte auf die angeblich natürlichen Grenzen entgegensetzte.

Das vom Papst angeregte Abkommen bestätigt Chiles Souveränität über die Inseln Picton, Nueva und Lennox am östlichen Ausgang des Beaglekanals, gibt aber Argentinien Hoheitsrechte über das Meer bis zum weit westlich der Inseln gezogenen Längengrad des Kap Horn. Chile verpflichtet sich, östlich vom Ausgang der Magellanstraße in Zukunft keine Souveränitätsansprüche mehr zu stellen. Der Längengrad vom Kap Horn zur Antarktis teilt die Drakestraße auf. Chiles Rechte liegen westlich, Argentiniens östlich des Längengrads. Beide Länder verpflichten sich, Streitfragen, die sich aus dem Abkommen ergeben könnten, friedlich und nur zusammen mit dem Vermittler zu lösen.

So weit die guten Nachrichten. Die schlechten sind, daß das Abkommen die Ansprüche beider Länder in der Antarktis nicht berührt. Der Streit sucht sind dort keine Grenzen gezogen.

Kulturpolitik – oder Bonns Wille zur Abdankung

Deutsche Kulturpolitik im Ausland, das ist seit langem ein heiß umstrittenes Thema. Eine Diskussion im Auswärtigen Amt in Bonn sorgte eher für Verwirrung denn für Klarheit.

Von GÜNTER ZEHM

Symposion" bedeutete ursprünglich „Trinkgelage". Ob sich das Auswärtige Amt in Bonn dieses alten Wortsinns erinnerte, als es zu einem Symposion über auswärtige Kulturpolitik einlud? Zum Trinkgelage bedarf es ja kaum einer geistigen Vorbereitung, und ähnlich unvorbereitet erschien das AA-Symposion. Es gab keine Tagesordnung, keine thematische Gliederung, kein Einleitungsreferat. Man hatte einfach ein paar „repräsentative" Vertreter des Kulturlebens zusammengeholt und gab die Devise aus: „Nun diskutiert mal schön!" Entsprechend chaotisch geriet die ganze Veranstaltung. Man berauschte sich an Worten.

Gleich zu Beginn ergriff der unvermeidliche Günter Grass die Gelegenheit zu einem seiner üblichen ausführlichen Donnerworte. Die Goethe-Institute seien ja ganz ordentlich, aber aus den Botschaften wehe einem in Sachen Kultur nur die schlimmste Ignoranz entgegen. Einmal sei er, Grass, zu einem Auftritt in London gewesen, und wer habe sich nicht sehen lassen? Der deutsche Botschafter. Denn der habe zur gleichen Zeit eine Trachtengrupppe empfangen müssen.

In Brüssel habe er, Grass, einmal eine Rede gehalten, und diese sei von der Botschaft mitgeschnitten und zu einem Dossier verarbeitet worden. Polizeistaat! Zur Zeit werde ein Kulturabkommen zwischen Bonn und Ost-Berlin ausgehandelt, aber er, Grass, sei von den verantwortlichen Instanzen noch kein einziges Mal mit der Verhandlungsmaterie bekannt gemacht worden.

Dabei seien die Schriftsteller doch eindeutig die besseren Diplomaten. Im Jahre 1977 beispielsweise, zur Zeit der großen Terroranschläge, habe die Bundesregierung durch ihre „überzogenen" Maßnahmen im Ausland den Verdacht geweckt, nun sei in Deutschland der Faschismus zurückgekehrt. Und wer habe gegengesteuert und die Ehre des Landes gerettet? Die Schriftsteller! Aber das sei schon lange her, und durch die „Wende" in Bonn werde *sowieso alles* kaputtgemacht. Die eigentlichen Terroristen säßen heute in den Flick-Etagen, die Bonner Republik sei eine „Bundesflickrepublik".

In die gleiche Kerbe wie Grass hieb der Künstlerverbands-Vorsitzende Anatol Buchholtz. Er erregte sich darüber, daß Bonn sowjetischen und anderen östlichen Kulturfunktionären, wenn sie *einmal zu Besuch kämen*, keinen roten Teppich ausrolle, ihnen nicht die gebührende Ehre erweise. Er, Anatol, habe da in Moskau ganz andere Erfahrungen gemacht, sei mit überwältigender Gastfreundschaft empfangen worden.

Der Bildhauer Otto Herbert Hajek forderte die Bonner Regierung auf, den offiziellen Staatsnamen „Bundesrepublik Deutschland" abzulegen, weil er in Hinblick auf das Deutsche eine Anmaßung sei. Rolf Hochhuth plädierte dafür, künftig nicht mehr nur Berufsdiplomaten, sondern auch Schriftsteller zu Botschaftern, Kulturreferenten und Goethe-Institut-Leitern zu ernennen. Auf diese Weise könne man gleich etwas gegen ihre chronische Unterbezahlung tun.

Man war gespannt, wie die zahlreich vertretenen Beamten und Mitarbeiter aus dem Hause Genscher auf ein derart kunterbuntes Wort-Amalgam reagieren würden. Würden sie ihre etatistische Funktion wahrnehmen und Maß und Ordnung in das rhetorische Chaos zu bringen versuchen? Nun, davon konnte keine Rede sein, im Gegenteil, man stimmte den diversen Aggressionen sogar weitgehend zu. Die Kulturreferenten der Botschaften von London und Paris flehten Grass geradezu an, nicht darauf zu bestehen, selber Botschafter werden zu wollen; er würde sich damit nur eine Menge Ungemach einhandeln. Dabei wolle man ihm, Grass, doch Fürsorge angedeihen lassen, denn er sei, so Herr Holubek (London), „unser notwendiger Unruhestifter, unser Gewissen".

Außenminister Genscher selbst äußerte sich zum „Fall" der deutschen Generalkonsulin von Salzburg, die es kürzlich gewagt hatte, eine negative Meinung zu einer deutschen Kunstausstellung in der Festspielstadt zu äußern und dadurch in die Schußlinie geraten war. Er habe der Diplomatin, sagte der Minister unter Beifallsgemurmel, eine scharfe interne Abmahnung erteilt. Die anwesenden Konsuln spitzten die Ohren; hier gab es eine Lektion zu lernen.

Barthold Witte, Leiter der Kulturabteilung des Auswärtigen Amts, erzählte von einem Besuch des Chefs von „British Council", Sir John Burgh, in Bonn. Sir John habe da erläutert, daß es für Engländer selbstverständlich sei, bei Auslandsauftritten im Hinblick auf kontroverse Themen eine gewisse Zurückhaltung zu üben, „um den inneren Konsens nicht zu gefährden". Aber wie soll es nach Wittes Meinung in Deutschland sein? Darüber erfuhr man leider nichts. Offenbar will das Bonner AA, außer Geld ausgeben, überhaupt keine eigene auswärtige Kulturpolitik mehr betreiben. Die Goethe-Institute, so ebenfalls Witte, seien „autonom" und dürften nicht molestiert werden. Und Diplomaten hätten sich gefälligst aller Äußerungen zu Kulturfragen zu enthalten (siehe Salzburg).

Dieser Wille zur Abdankung kommt natürlich den Intentionen von Grass und anderen selbsternannten „Botschaftern" sehr entgegen, die in Bonn klipp und klar dekretierten, daß es eine *kulturelle Außenpolitik* der Bundesrepublik gar nicht geben könne. „Kultur" und „Nation" seien Begriffe, die außerhalb der Bonner Kompetenz lägen, man hätte sie allenfalls mit einer „Deutschen Nationalstiftung" verbinden können, wie sie einmal geplant gewesen sei. Nur eine solche Nationalstiftung, eine Art kulturelle gesamtdeutsche Überinstanz (mit Grass als heimlichem deutschem Kulturkaiser), habe im Grunde das Recht, deutsche Kulturpolitik zu machen.

Genscher und seine Beamten stimmten beflissen zu. Auch sie hätten eine solche Stiftung gern gehabt. Und dann kam noch Rolf Hochhuth mit dem Vorschlag, Bonn möchte doch bitte die Spendierhosen anziehen und ein großes kulturelles Sommerfestival am Rhein finanzieren, beipielsweise auf der Insel Nonnenwerth unterhalb Rolandseck. War es ernst gemeint, war es Spaß? Der Außenminister blieb jedenfalls ganz ernst. Schließlich war man auf einem „Symposion".

„Das Volk Grenadas will nichts mehr von Extremisten wissen"

Vor einem Jahr kamen die Amerikaner nach Grenada und vertrieben ein Terror-Regime. Die Invasoren waren der Bevölkerung willkommen, und sie sind es bis heute. Doch die Lösung der meisten politischen und wirtschaftlichen Probleme steht noch aus. Die Grenadier werden ungeduldig.

Von WERNER THOMAS

Bereits die Ankunft auf dem winzigen Pearls Airport erinnert an alte Zeiten. Zwei museumsreife Propeller-Maschinen stehen neben *der Piste, die Markierungen identifizieren* die Eigentümer: Cubana und Aeroflot. Das knallrote Feuerwehrauto, das gelegentlich Schafherden vom Flugplatz verscheuchen muß, stammt aus dem kommunistischen Teil Deutschlands, wie die Buchstaben IFA verraten.

Überall entdeckt der Besucher Spuren der Vergangenheit. „Die Vergangenheit überschattet die Zukunft", *sagt Leslie Pierre, der* Herausgeber der Zeitung „The Grenadian Voice", der die vier Jahre und sieben Monate der „Revolutionären Volksregierung" (PRG) nicht vergessen kann. Er saß damals im Gefängnis.

Zu monumental waren die Ereignisse für die kleine karibische Gewürzinsel Grenada. Am 19. Oktober 1983 wurden der populäre Premier Maurice Bishop und seine engsten Vertrauten, unter ihnen die Bildungsministerin und Lebensgefährtin Jacqueline Creft, an der Innenhofmauer der damaligen Armee-Kaserne Fort Rupert hingerichtet. Der Exekutionsbefehl kam von Bishops stalinistischen Parteirivalen. Am gleichen Tag feuerten drei Panzerfahrzeuge auf Tausende Bishop-Anhänger. Mehr als 100 Menschen kamen bei diesem Blutbad ums Leben. Die Herrschaft des „Revolutionären Armee-Rates", von General Hudson Austin kommandiert, begann. Das neue Regime verhängte ein Ausgangsverbot rund um die Uhr.

Am Morgen des 25. Oktober, kurz nach 2 Uhr, landeten die ersten Invasionstruppen der Amerikaner (insgesamt 7300 Soldaten) und der karibischen Nachbarstaaten (300 Mann). 45 Insulaner, 24 Kubaner und 18 Amerikaner starben bei den Kämpfen. Grenada, 110 000 Einwohner, 344 Quadratkilometer, wechselte wieder das politische Lager. Vom Osten zurück in den Westen.

Eine Aufschrift auf einer Mauer an einer verkehrsreichen Ecke der Hauptstadt St. George's verkündet: „1983 – Jahr der Befreiung. Wir heißen Amerika willkommen. Lange lebe Grenada". Die Parole entspricht der Stimmung der Bevölkerung.

Auch wenn linke Aktivisten gele*gentlich „Yankees go home" auf die* Straßen malen, werden die Amerikaner nach wie vor als willkommene Invasoren geschätzt. Alimenta Bishop (69), die Mutter des ermordeten Premiers, gesteht bei einem Gespräch mit der WELT: „Ich war froh, als sie kamen. Ich habe aufgeatmet. Wir wußten nicht, was kommen würde." Die große stattliche Frau stand auf einer Todesliste der Putschisten, wie sie später erfuhr. George Louison, einst Landwirtschaftsminister und einer der engsten Freunde Bishops, sagt: „Coard und seine linksradikale Clique haben diese Revolutin getötet."

Der ehemalige Vize-Premier Bernard Coard, der Mann hinter der Entmachtung Bishops, Hudson Austin und 17 weitere Personen sitzen oben im Richmond Hill-Gefängnis, einer früheren Festung, die einen eindrucksvollen Panorama-Blick auf die zwischen Bergen und Bucht gelegene Hauptstadt eröffnet. Sie warten auf ihren Mordprozeß, der in den nächsten Wochen beginnen soll. Die meisten Leute wünschen den Häftlingen, unter ihnen Coards verhaßte Ehefrau Phyllis, eine Jamaikanerin, den Galgen. Auf Grenada wird gehängt.

Die „Patriotische Bewegung Maurice Bishop" (MBPM) fördert das Andenken an den toten Premier. Sie wird von George Louison und Kenrick Radix gesteuert, dem ehemaligen Justizminister. Im zweiten Stock eines Hauses am Market Square verkauft die Organisation T-Shirts, Ansteckknöpfe und Kalender, die einen lächelnden Bishop zeigen und die Aufschrift tragen: „Sein Geist lebt weiter", Die Bewegung will sich im Gegensatz zu dem vom Coard-Kämpen und früheren Polizeichef Ian St. Bernard weitergeführten „New Yewel Movement", der alten Regierungspartei, an den Parlamentswahlen am 3. Dezember beteiligen. Sie ist die aktivere der beiden Linksgruppen.

Louison (32) meint: „Wir können gewinnen". Seine Bewegung müsse den Wählern allerdings noch „die Ereignisse" erläutern – den bitteren Konflikt unter Marxisten, der zum Zusammenbruch der Revolutionsregierung führte. „Wir sind dem Volk eine Antwort schuldig." Die Wahlkampfthemen der Louison-Gruppe: Die Übergangsregierung soll die vermißte Leiche Bishops freigeben. Die Besatzungstruppen, 240 amerikanische und 392 karibische Soldaten, sollen abziehen. Der internationale Flughafen soll den Namen Maurice Bishop erhalten.

Die Frage, ob Bishop bei der Planung des Projekts Flughafen auch an die strategischen Interessen seiner marxistischen Freunde in Kuba und der Sowjetunion dachte, ist noch immer ein heißes Diskussionsthema. George Louison bestreitet energisch solche Gedanken. Leslie Pierre, der Zeitungsverleger, erinnert dagegen daran, daß Bishop keine Hotels bauen ließ, um die bescheidene Zimmerzahl zu erhöhen: 460. Grenada könnte keinen vollbesetzten Jumbo-Jet verkraften. Schließlich sei die Lagerkapazität für Treibstoff um zehn Prozent größer als die des gewaltigen New Yorker Kennedy-Flughafens. Wie dem auch sei: Am 28. Oktober eröffnet Generalgouverneur Sir Paul Scoon den „Point Salines International Airport". Er wurde auf diesen neutralen Namen getauft.

Eine der eindrucksvollsten Beobachtungen ist die freie und friedliche Atmosphäre Grenadas. Bisher hat keine Hexenjagd auf die Anhänger der früheren Regierung stattgefunden. Die Bishop-Leute können ungestört ihre politischen Aktivitäten entfalten. Sie veranstalten Versammlungen und veröffentlichen die Wochenzeitung „Indies Times". Schulkinder tragen T-Shirts mit dem Bishop-Bild zur Schau. „Wir wollten das Land versöhnen", betont Nicolas Braithwaite, der Chef der Übergangsregierung, „wir wollten Wunden heilen."



Volksstimme an der Wand: St. George's ein Jahr danach – „Willkommen Amerika. Lang lebe Grenada."
FOTO: FRIEDRICH STARK

Ob das so bleibt, wird vom Ausgang der Wahlen abhängen. In diesem Zusammenhang fällt immer wieder der Name Gairy. Sir Eric Gairy (62), der ehemalige Premier, den Bishop im März 1979 während eines Amerika-Aufenthaltes gestürzt hatte, lebt seit Anfang des Jahres wieder im Land. Er verschanzt sich in einem scharf bewachten roten Haus und verbreitet seine Ansichten im „Grenada Guardian". Obgleich er ebenfalls Versöhnliches formuliert („keine Rache"), grassiert die Furcht vor einer Rückkehr zu den alten Zeiten der politischen Polarisierung, wo Gairy mit einer Schlägertruppe regierte, der „Mongoose Gang". Der ehemalige Regierungschef geht nicht als Spitzenkandidat seiner „Vereinigten Labour-Party Grenadas" (Gulp) ins Rennen. Dennoch befürchtet sein Rivale Herbert Blaize „die Hölle", wenn die Labour-Leute die Wahlen gewinnen sollten.

Herbert Blaize (66), ebenfalls ein früherer Premier, der Führer der „Neuen Nationalpartei" (NNP), einer politischen Bewegung der Mitte, gilt als Favorit. „Kein Jewel-Kommunismus, kein Gairy-Faschismus", steht an den Häuserwänden von St. George's. Die meisten Gesprächspartner offenbaren diese Stimmung. „Das Volk will nichts mehr von Extremisten wissen", sagt Blaize. Obgleich Gairy die „permanente Präsenz" der amerikanischen Truppen fordert, hoffen auch die US-Diplomaten im Ross Point-Hotel, dem provisorischen Botschaftsgebäude, daß Blaize gewinnt. Einer dieser Missionsvertreter: „Gairy würde der Insel wieder die Vergangenheit bringen."

Die Wahlen waren notwendig. Nachdem die Insulaner lange nichts von einem Urnengang hören wollten, sind sie jetzt dafür. Sie hoffen auf eine Regierung, die endlich wichtige Entscheidungen fällt, vor denen sich Nicolas Braithwaite scheute.

Über Braithwaite wird viel geschimpft. Die hohe Arbeitslosigkeitsrate von 40 Prozent schmerzet am meisten. Auf dem Wirtschaftsektor blieb der ersehnte Investitionsboom aus. Die Unsicherheit spielt eine Rolle: Viele Investoren wollen erst auf die nächste Regierung warten. Kreuzfahrtschiffe gehen wieder vor Anker, aber die Hoteliers klagen über leere Betten. In St. George's weilen zur Zeit mehr Journalisten als Touristen. Loren Lawrence, der amerikanische Geschäftsträger, registriert „Ungeduld": „Die Leute fragen uns vorwurfsvoll, warum die Probleme nicht gelöst werden. Wir antworten ihnen, daß wir Hilfe, aber keine Lösungen anbieten können." (SAD)

WIE WAR DAS?

Die Entente der Briten und Franzosen

Von A. GRAF KAGENECK

Die „Entente cordiale", wörtlich das herzliche Einvernehmen zwischen Franzosen und Briten, hat unter den Historikern stets eher süffisantes Lächeln als Tränen der Rührung hervorgerufen. Denn so herzlich wie es sein soll, ist dieses Einvernehmen weder 1904 gewesen, als der Bund geschlossen wurde, noch ist es dies achtzig Jahre danach – auch wenn Präsident Mitterrand mit viel Pomp aus diesem Anlaß gerade in London empfangen wird. Französische Journalisten haben zur Charakterisierung des Verhältnisses den Titel eines Chansons ihres rüpelhaften Liedermachers Serge Ginsbourg gewählt: „Je t'aime – moi non plus", zu deutsch etwa – „Ich liebe dich – und doch wieder nicht".

Wenn es je Erbfeindschaft zwischen den Völkern der alten Welt gegeben hat, so ist die britisch-französische älter und hartnäckiger als die französisch-deutsche. Auch wenn der Hundertjährige Krieg ein halbes Jahrtausend zurückliegt, so hat es seitdem an Gegnerschaft, Konkurrenz auf den Weltmärkten, erbittertem Streit um koloniale Besitzungen in fast allen Erdteilen bis in unser Jahrhundert hinein nicht gefehlt, floß immer wieder Blut zwischen beiden Völkern. England waltete über die *Meere? Frankreich hat sich nie damit* abgefunden. England, Vormacht in Europa – Frankreich hat stets denselben Anspruch erhoben. Erst als Napoleon in Waterloo besiegt wurde, fand Frankreich sich endgültig mit der Rolle einer europäischen Mittelmacht ab.

Zur „Entente cordiale" kam es erst, als Frankreich englischem Expansionsdrang in Afrika nachgegeben *hatte. In Faschoda im* oberen Niltal, wo sich eine kleine französische Garnison unter Capitaine Marchand hielt, verlangte im Sommer 1898 eine englische Marschkolonne unter Lord Kitchener den Abzug der Franzosen. Es ging darum, wer von beiden im Sudan die Fahne hochziehen sollte. Keiner wollte weichen. Paris und London mobilisierten ihre Flotten. Aber der französische Außenminister Delcassé, unsicher ob der Unterstützung, die er in einem Krieg gegen Großbritannien in Europa finden werde, scheute das Risiko und befahl Marchand den Abzug. „Rache für Faschoda" hallte es noch jahrelang durch den französischen Blätterwald. Und als König Eduard VII. sechs Jahre später einen Staatsbesuch in Paris machte, um die eben beschlossene „Entente cordiale" feierlich zu besiegeln, empfingen ihn Pfiffe.

Immerhin hat sich die Entente, zu der dank der unglücklichen Politik des nach-bismarckschen Kaiserreiches später auch noch Rußland hinzutrat, durch zwei Weltkriege hindurch gehalten – gegen Deutschland, dem neuen Konkurrenten auf dem Kontinent, der die eisern verfochtene „Balance of power" in Gefahr zu bringen schien. Und sie hält sich bis heute, wenn auch im Schatten der sehr viel herzlicheren Freundschaft, welche die Franzosen heute zu den Deutschen empfinden. Denn mit ihnen vorab und dann erst mit den Briten wollen sie Europa in den Rang einer dritten Weltmacht erheben.

Streit bei den Grünen in Hessen

D. GURATZSCH, Frankfurt

Bei den hessischen Grünen schwelt der Streit über die Hanauer Nuklearfabriken Alkem und Nukem weiter. Beide Firmen sollen auf Beschluß einer Landesmitgliederversammlung der Grünen in Mainhausen vom 7. Oktober entgegen den Plänen der SPD-Minderheitsregierung des Ministerpräsidenten Holger Börner stillgelegt werden. Jetzt haben Vertreter der „radikalökologischen Gruppierung" innerhalb der hessischen Grünen-Partei (Radöks) den eigenen Landtagsabgeordneten unterstellt, diesen Beschluß durch „Interpretationskünste" aushebeln und die Zusammenarbeit mit der SPD fortsetzen zu wollen.

„Kompromißgerüchte"

Anlaß für die Befürchtungen der hessischen „Radöks", die von Anfang an gegen die rot-grüne Zusammenarbeit revoltiert hatten und die nun hoffen, das Tolerierungsbündnis doch noch sprengen zu können, sind nach ihren eigenen Worten „dunkle Kompromißgerüchte, die man durch verschlossene Türen hört". Am meisten Unruhe hat ein 13-Thesen-Papier des grünen Müllexperten Chris Boppel gestiftet, in dem nach ihren Angaben die „Revision des Mainhausener Beschlusses offen gefordert wird". Boppel, der auch Mitglied der grünen Landtagsgruppe ist, unterscheidet in diesem Papier zwischen höherangereichertem „waffenfähigem Material", dessen Herstellung und Lagerung in den Brennelemente-Fabriken unterbunden werden müsse, und Material bis zu einer Anreicherung von 20 Prozent, dessen Herstellung und Lagerung die Grünen zulassen sollten. Unter dieser Einschränkung würde Boppel sogar eine Betriebsgenehmigung für die neue Brennelemente-Fabrik Nukem II unterschreiben wollen.

Auf einer von den „Radöks" einberufenen Pressekonferenz in Frankfurt wurde Boppels Vorstoß gestern auf das schärfste kritisiert. Jan Kuhnert, ebenfalls Mitglied der grünen Landtagsgruppe, erinnerte an den Mainhausener Beschluß, in dem es geheißen hatte: „Sollte der Firma Nukem eine Genehmigung zum Bau der Brennelemente-Fabrik Nukem II erteilt werden, ist die Zusammenarbeit Grüne–SPD gescheitert."

Kuhnert wiederholte die alten Vorwürfe der „Radöks", nach denen Nukem eine „Programmhilfe für die Weiterverbreitung von Atomwaffen" darstelle. Die technische Anlage sei „zur Produktion von Atombomben geeignet". Mit Nukem II würden die Voraussetzungen rechtlicher und technischer Art „zum Zugriff deutscher Stellen zur Atomwaffe" geschaffen. Eine Genehmigung mit Stimmen der Grünen sei daher „völlig ausgeschlossen".

Nur eine Gegenstimme

Die tieferen Beweggründe der hessischen „Radöks", die beiden Brennelemente-Fabriken zum Prüfstein für den Fortbestand des rot-grünen Bündnisses zu machen, enthüllte Kuhnert in seinen Ausführungen über die Nukem-Tochter Alkem: Sie sei das „wesentliche Bindeglied" zwischen den Atomkraftwerken, der geplanten Wiederaufarbeitungsanlage und dem im Bau befindlichen Schnellen Brüter. Außerdem würden über diese Firma „Grundausstattung und Weiterbetrieb der Leichtwasserreaktoren" in der Bundesrepublik ermöglicht. Mit anderen Worten: Ihre Ausschaltung durch die Grünen würde nichts anderes als die Blockade der gesamten deutschen Atomwirtschaft bedeuten.

Bisher brachten es die fundamentalistischen „Radöks" bei den hessischen Grünen zwar nur auf 25 bis 30 Prozent der Stimmen. Der von ihnen eingefädelte Mainhausener Beschluß jedoch wurde gegen nur eine einzige Gegenstimme verabschiedet.

Eine „Versuchsküche" für den Justizminister

750 000 Mark jährlich für die Gesetzesforschung

STEFAN HEYDECK, Bonn

Das Bonner Justizministerium hat sich vor der Öffentlichkeit fast verborgen eine „Rechtslabor" zugelegt. Es läßt sich die von Minister Hans Engelhard als „Versuchsküche" bezeichnete Einrichtung pro Jahr eine halbe Million Mark kosten. 1985 soll dieser Betrag sogar wie schon in vergangenen Jahren wieder auf 750 000 Mark aufgestockt werden. Diese Mittel werden für die Rechtstatsachenforschung verwandt.

Sie wird betrieben, um in systematischen Untersuchungen der gesellschaftlichen Bedingungen und Entwicklungen Daten und Erkenntnisse zu gewinnen, auf deren Grundlage erforderlichenfalls neue Gesetze geschaffen werden müssen oder die Normenflut abgebaut werden kann. Außerdem dient diese wissenschaftliche Disziplin einer „Erfolgskontrolle". Sie gibt Gewähr für eine größere Zuverläßigkeit und Sachbezogenheit in der gesamten Rechtspolitik. Denn, so Engelhard: „Gesetze kann man heute nicht mehr wie einst rein dogmatisch am grünen Tisch, gleichsam ohne Netz und doppelten Boden, machen." Deshalb ist auch im Justizministerium ein besonderes Referat eingerichtet worden, das Aufträge an Universitäten vergibt.

Die Rechtstatsachenforschung wurde Anfang der 60er Jahre entwikkelt. Sie war zunächst auf die Justizforschung beschränkt. Damals ging es im wesentlichen um die Frage, wie sich die Herkunft, Ausbildung und Einstellung von Richtern, Staatsanwälten und Justizbeamten auf deren Entscheidungsverhalten auswirkte. Erst im letzten Jahrzehnt wurde dann mehr auf das Justizgeschehen und das materielle Recht abgestellt. Bisher wurden unter anderem Forschungen zur Reform des Staatshaftungsrechts, über die Kontrolle des Wohnraumkündigungsschutzgesetzes, zum Verbraucherschutz und zum Strafverfahrensrecht abgeschlossen. Bei ihnen ist laut Engelhard „der Nutzen bereits sichtbar".

Gegenwärtig befassen sich Wissenschaftler und Experten in mehrjährigen Untersuchungen im Auftrag des Bonner Ministeriums unter anderen mit neuen Formen der Verbraucherrechtsberatung. Dahinter steht, daß die Rechtsberatungsdienste der Verbraucherzentralen in zunehmendem Maß in Anspruch genommen werden und die Beratung des Einzelnen der hohen Nachfrage nicht mehr gerecht wird. Hier sollen die Hamburger Hochschule für Politik und Wirtschaft sowie die Verbraucherzentrale der Hansestadt herausfinden, wie die Gerichte von Klagen entlastet und Lieferprobleme bei fehlerhafter Beratung abgestellt werden können.

Von der Universität Bremen werden Mitte nächsten Jahres Erkenntnisse für eine Gesetzesnovelle erwartet, die die Schuldbeitreibung gegen zahlungsunfähige Verbraucher neu regelt. Denn jeder zweite Haushalt ist mit einem Verbraucherkredit von mehr als 10 000 Mark verschuldet. Dabei kommt es bei jedem zehnten Kreditvertrag vor allem wegen Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Scheidung zum Zahlungsverzug. Deshalb sollen jetzt Daten zur Fortentwicklung von Schuldbereinigungsverfahrens ermittelt und zusammengestellt werden. Dabei geht es vor allem um diejenigen, die unverschuldet in Zahlungsverzug geraten sind.

Bei Forschungsaufträgen zum Familienrecht sollen unter anderem die Auswirkungen der Anfang 1980 eingeführten Anhörung von Kindern in Sorgerechtsverfahren überprüft werden. Weiter sollen zuverlässige, wissenschaftlich anerkannte Methoden zur Ermittlung des Unterhaltsbedarfs von Kindern entwickelt werden. Sie sollen dann bei der Neuordnung des Unterhaltsrechts berücksichtigt werden.

Auch Umweltthemen ziehen nicht

Von XING-HU KUO

„Wir haben es und sind geschafft." Diesen Stoßseufzer der Erleichterung werden am Sonntag nach 18 Uhr zahlreiche Bürger und Politiker Baden-Württembergs von sich geben. Dann nämlich, wenn die Wahllokale zur Kommunalwahl geschlossen sind. Zum dritten Mal wurden die 6,5 Millionen Wahlberechtigten im Südwesten aufgerufen, an die Urnen zu gehen. Landtags- und Europawahl gingen in diesem Jahr voraus.

Die Wahlmüdigkeit ist nicht zu übersehen. In den letzten Wochen der sogenannten „heißen" Phase des Wahlkampfes blieb die Stimmung zwischen lauwarm und tiefgekühlt. Passanten in den Fußgängerzonen der großen Städte, Stuttgart, Mannheim oder Ulm, interessierten sich kaum für die zahlreichen Info-Stände der Parteien und parteilosen Gruppierungen, deren Kandidaten (rund 60 000) sich um die 19 000 Mandate der Gemeinderäte in 1110 Gemeinden, der 2100 Kreisräte oder 13 000 Ortschaftsräte bemühen.

Die Parteien und Freien Wähler, die diese eher desinteressierte Stimmung nur allzu genau kennen, haben deshalb in aller Regel auf Großkundgebungen verzichtet. Die wenigen, die stattfanden, hatten dann auch meist eine spärliche Kulisse. Aber auch Nebenzimmer in Gaststätten ließen sich nur schwer füllen. Auch die von allen Parteien angebotenen Themen, Umweltschutz, Arbeitslosigkeit, fanden kaum Resonanz. „Vom Tempolimit, Waldsterben, Dioxin und Gift will ich nichts mehr hören", diese Formulierung war oft von wahl(kampf)-ermüdeten Bürgern zu hören.

Kommunalwahlen in Baden-Württemberg sind ohnehin seit vielen Jahren für die Wähler offenbar eine lästige Pflicht, die häufig gar nicht wahrgenommen wird: Bei der letzten Kreistagswahl 1979 und Kommunalwahl 1980 (in diesem Jahr werden beide Wahlen erstmalig nach 13 Jahren wieder zusammengelegt) blieb die Hälfte bzw. ein Drittel der Wahlberechtigten zu Hause. Auch bei der diesjährigen Kommunalwahl dürfte die Wahlbeteiligung nicht besonders hoch sein, eher könnte sie nach unten rutschen.

Davon werden, wie bereits bei der Europa-Wahl, die Grünen profitieren, die nach allen Prognosen möglicherweise landesweit an eine zweistellige Zahl herankommen. Vor allem die SPD könnte erhebliche Verluste durch den ständigen Aufstieg der Grünen erleiden, während die CDU durch die starken Freien

Landesbericht Baden-Württemberg

Wähler unter Umständen Federn lassen muß. Die FDP hat nicht mehr viel zu verlieren: Bei der Kommunalwahl 1980 bekam sie nur 1,7 Prozent der gewählten Gemeinderäte (CDU 33, Freie Wähler 32,7, SPD 18,3, Grüne 0,4).

Die geringe Wahlbeteiligung und das mäßige Interesse der Wähler stehen in krassem Gegensatz zu der Tatsache, daß wie in keinem anderen Bundesland der einfache Bürger über vielerlei Privilegien und Rechte verfügt, die nach grüner Wortschöpfung als „basisdemokratisch" bezeichnet werden können.

Dies zeigt sich bereits bei der direkten „Volkswahl" der Bürgermeister und Oberbürgermeister in Baden-Württemberg (dies gibt es sonst nur noch in Bayern). Dadurch ist das Stadt- oder Gemeindeoberhaupt politisch und zeitlich vom Gemeinderat unabhängig. Der Bürgermeister wird nämlich hier für acht, der Gemeinderat für vier bzw. fünf Jahre gewählt. Durch die „höhere Weihe" der Direktwahl ausgestattet, kann der Bürgermeister in Baden-Württemberg auf mehr Rechte, Vollmachten und letztlich Macht hinweisen als seine Amtskollegen in den meisten anderen Bundesländern.

Einzigartig ist auch die Gemeindeordnung Baden-Württembergs: Danach ist der Bürger wichtiger als Bürgermeister und Gemeinderat. Dies kommt in der aktiven Rolle des Wählers bei der Wahl der örtlichen Parlamente (siehe die WELT vom 19. 10. 84) und des Bürgermeisters zum Ausdruck. Die vergleichbaren Gemeindeordnungen in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein (im ersteren Bundesland fanden kürzlich ebenfalls Kommunalwahlen statt) weisen keinerlei Möglichkeiten der direkten Demokratie wie im Südwesten auf. In Bayern, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und im Saarland gibt es seit einigen Jahren allerdings gewisse Neuregelungen (etwa die Herbeiführung von Bürgerversammlungen auf Bürgerantrag) zur Erweiterung der Wählerrechte.

Von keinem anderen Bundesland vorgesehen ist aber nach wie vor die Möglichkeit in Baden-Württemberg, daß die Bürger sozusagen anstelle des Gemeinderates handeln und entscheiden können, und zwar durch einen Bürgerentscheid auf örtlicher Ebene. Letzterer kann sowohl durch den Gemeindrat beschlossen oder aber durch eine „qualifizierte Minderheit" der Gemeindebürger selber gefordert werden. Auch gegen den Willen des Gemeinderates muß eine solche Forderung unter bestimmten Voraussetzungen erfüllt werden. Dieses einmalige plebiszitäre Recht für die Gemeinden gibt es in Baden-Württemberg bereits seit 29 Jahren.

Die Besonderheiten des baden-württembergischen Kommunalwahlrechts, das auf die lange Tradition dieser demokratischen Regeln zurückgeht, sorgt nicht nur für ein langwieriges Auszählungsverfahren, sondern erschwert auch eine bundesweite Wertung der Kommunalwahl-Ergebnisse.

Differenziertes Bischofswort zur Sterbehilfe

idea, Hildesheim

Gegen eine starre Anwendung des Gebotes „Du sollst nicht töten" im Zusammenhang mit der „Sterbehilfe" hat sich der leitende Bischof der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD), Karlheinz Stoll (Schleswig), ausgesprochen. In seinem Bericht vor der Generalsynode der VELKD vom 23. bis 27. Oktober in Hildesheim meinte Stoll, dieses Gebot gelte zwar „unverrückbar", in der Praxis bedürfe es jedoch der „Moderierung um der Liebe willen". Mitunter sei es notwendig, sich in das Schicksal eines anderen Menschen „hineinziehen zu lassen", auch wenn man dabei Schuld auf sich lade. Stoll hält es für „kurzschlüssig und gegen die Bestimmung des Schöpfers gerichtet", wenn versucht würde, „Leiden mit allen machbaren Mitteln zu verlängern". Andererseits sei es jedoch sinnlos, „Leiden um den Preis des Lebens zu vermindern", weil der Leidende dadurch wesentliche Erfahrungen nicht machen könnte.

Verständnis äußerte Stoll für die wachsende Zahl junger Theologen, die in außerehelichen Lebensgemeinschaften zusammenleben. Diejenigen unter ihnen, die die Ehe nicht von vornherein völlig ausschlössen, aber von schlechten Erfahrungen wüßten, müsse man „in ihrer Bindungsangst verstehen". Erst das Eingehen auf sie sei die Basis für den Schritt zur Ehe. Bei denen hingegen, die den Gang zum Standesamt grundsätzlich ablehnten, seien oft der „Wunsch nach grenzenloser Selbstbestimmung" sowie „anti-institutionelle Affekte" im Spiel. Hier dürfe die Kirche „die Klarheit ihrer Position nicht verschweigen", sagte Stoll.

„DDR-Gefängnisse überfüllt"

AP, Berlin

Rund 10 000 politische Häftlinge füllen zur Zeit nach Meinung der Berliner „Arbeitsgemeinschaft 13. August" die Haftanstalten in der „DDR". Die Arbeitsgemeinschaft teilte gestern mit, die Inhaftierten seien zum größten Teil wegen „Beeinträchtigung staatlicher Tätigkeit", Flucht oder Fluchtversuch und „ungesetzlicher Verbindungsaufnahme" – darunter wird allgemein ein Besuch in der Ständigen Vertretung Bonns in Ost-Berlin verstanden – verurteilt worden. Obwohl allein in diesem Jahr 1500 „Politische" in die Bundesrepublik Deutschland ausgesiedelt worden seien, seien die Gefängnisse überfüllt. Als Beispiel verwies die Arbeitsgemeinschaft unter anderem auf die Zentrale Frauenhaftanstalt Hoheneck, wo statt der sonst üblichen 250 politischen Häftlinge 500 untergebracht seien. In den 50 Quadratmeter großen Zellen seien bis zu 32 Insassen untergebracht. Wegen der Enge bleibe einigen nur eine Matraze auf dem Boden. Die bisher nur für Kriminelle vorgesehenen Männerhaftanstalten seien nun bis zur Hälfte mit politisch Mißliebigen belegt.

Die Strafverbüßungszeit betrage in den meisten Fällen acht bis 14 Monate. Nach wie vor würden Strafen in der Hoffnung in Kauf genommen, auf diesem Wege, etwa durch Freikauf, eher in die Bundesrepublik zu gelangen als durch einen regulären Ausreiseantrag. Für viele Gefangene bedeute daher die Entlassung in die „DDR" die härteste Bestrafung, schrieb die Arbeitsgemeinschaft.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Paris: Keine exklusiven Beziehungen zur „DDR"

Volkskammer-Präsident Sindermann in Frankreich

A. GRAF KAGENECK, Paris

Mit auffallender Herzlichkeit ist Horst Sindermann, Volkskammer-Präsident und stellvertretender Ministerpräsident der „DDR", auf einem dreitägigen offiziellen Besuch in Frankreich empfangen worden. Sindermann traf schon am ersten Tag mit Premierminister Laurent Fabius zusammen, dem er eine schon vor Jahresfrist von „DDR"-Staatssekretär Beil an Vorgänger Mauroy überbrachte Einladung nach Ost-Berlin wiederholte. Fabius sagte zu, „sobald wie möglich" kommen zu wollen. Die französische Nachrichtenagentur „afp" nannte als Termin bereits das Frühjahr 1985.

Sindermann ist Gast seines französischen Konterparts Louis Mermaz, Präsident der Nationalversammlung. Auf einem Essen für den Ostdeutschen Besucher sagte Mermaz, die Beziehungen Frankreichs zur Deutschen Bundesrepublik seien zwar besonders herzlicher Natur, aber nicht „exklusiv". Im Interesse des Friedens und der Entspannung in Europa müßte Frankreich mit beiden deutschen Staaten gute Beziehungen unterhalten. „Wir wollen Freundschaft zum ganzen deutschen Volk", sagte Mermaz. Ähnliche Wünsche wurden auch auf einem Empfang vorgetragen, den Sindermann am Abend im Kulturzentrum der „DDR" im Pariser Künstlerviertel St.-Germain für Vertreter der Künste, der Wissenschaften und der Schulen gab und auf dem Mermaz ebenfalls erschien.

Am Mittwochvormittag traf der von vier Volkskammer-Abgeordneten begleitete Sindermann in der Nationalversammlung mit den Chefs aller Fraktionen einschließlich der Gaullisten und Giscardisten (Labbé und Gaudin) zusammen, um anschließend bei Senatspräsident Poher zu Mittag zu essen. Am Nachmittag traf der Besucher Wirtschaftsminister Beregovoy und den Pariser Bürgermeister Chirac.

Bei allen Gesprächen wurde auf die deutliche Verbesserung und Intensivierung der Beziehungen zwischen beiden Staaten in wirtschaftlicher und kultureller, aber auch politischer Hinsicht hingewiesen, die sich unter anderem in 36 gegenseitigen Ministerbesuchen im letzten Jahr niedergeschlagen habe. Ein nicht unerhebliches Element der freundschaftlichen Aufnahme Sindermanns in Paris ist nach Einschätzung eines Mitglieds der „DDR"-Delegation auch die Tatsache, daß Sindermann aktiven Widerstand gegen das Nazi-Regime geleistet habe und im Krieg als KZ-Insasse vielen französischen Häftlingen helfen konnte. „Vor noch 25 Jahren kamen unsere Delegationen hierher, um von der KPF empfangen zu werden. Heute hat sich der Kreis erheblich erweitert", meinte ein ostdeutscher Journalist.

Am Donnerstagvormittag fliegt Sindermann nach Marseille, wo er von Bürgermeister Gaston Defferre zum Essen erwartet wird. In seiner Eigenschaft als Planungsminister wird Defferre mit seinem Gast auch über gemeinsame wirtschaftliche Abkommen sprechen.

Moskau und die „reine Verteidigung"

Ostblock-Manöver konzentrieren sich schon seit Jahren auf westliche Ziele

WERNER KAHL, Bonn

Horchposten der westlichen Verteidigung an der Grenze Niedersachsens zur „DDR" fielen in der vorletzten Septemberwoche nicht nur die Ätheraktivitäten eines neuen Manövers auf der östlichen Seite auf. Was die Radarohren auf Tonbändern festhielten, waren Befehle für einen simulierten Angriff auf Stellungen tief auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland – Bereitstellungsräume für weiterführende „Durchstoßoperationen" an Rhein und Ruhr (DIE WELT v. 23. 10. 84).

In russischer Sprache gab der Befehlsübermittler Weisungen an Einheiten der 3. sowjetischen Stoßarmee – einer Eliteeinheit im Raum Magdeburg – für Stellungen, wie sie nach Plan am 21. September, 24 Uhr, erreicht sein sollten. Es waren Übungen, die das Bundesverteidigungsministerium nicht etwa als akuten Fall eines tatsächlichen Angriffsplanes des Kreml überraschten. Das elektronische Sicherungssystem der NATO registrierte in den letzten Jahren immer wieder derartige Manöverziele auf dem Gebiet der Bundesrepublik und benachbarter Staaten. Im Bundesverteidigungsministerium waren vielmehr die konzentrierten Nebelwerfer der Sowjetpropaganda dieses „Friedensherbstes" zum Stein des Anstoßes geworden, das Schweigen über Angriffsübungen auf Westeuropa zu brechen.

Noch bei den jüngsten herbstlichen Ost-West-Begegnungen in der evangelischen Akademie Loccum hatte der sowjetische Vertreter, Professor Projektor (Akademie der Wissenschaften, Moskau), dem Generalinspekteur der Bundeswehr, Wolfgang Altenburg, über die Rolle der Sowjetstreitkräfte versichert: „Einhundertprozentig reine Verteidigung." Bei Besorgnissen im Westen handele es sich um ein „Bedrohungsgespenst", meinte der Russe.

An diesem Tag schwieg der Generalinspekteur über die Erkenntnisse des letzten Sowjetmanövers. Dem Moskowiter Berufsreisenden in Sachen Propaganda hielt er jedoch die grundsätzliche Haltung von Bundeswehr und NATO vor: „Wir sagen, wenn wir uns verteidigen, wird dies auf unserem Territorium stattfinden; bei Ihnen ist das nicht der Fall." Weder bei den Streitkräften, die dem Bundesverteidigungsministerium in Bonn unterstehen, noch bei den Alliierten gebe es Angriffsübungen auf das Gebiet oder auf das Territorium der Staaten des Warschauer Paktes einschließlich der „DDR", betonte ein Sprecher des Verteidigungsministeriums auf Anfrage der WELT.

Im Gegensatz zu der Versicherung des Moskauer Akademieprofessors sieht die Realität der militärischen Sowjetstrategie laut Tonbandprotokoll der abgefangenen Funksprüche vom 19. September dieses Jahres wirklich so aus: „Lage für den 21. September, 24 Uhr: 2. (Abteilung) 15 Kilometer südostwärts Braunschweig; 3. (Abteilung) 6 Kilometer ostwärts Hornburg. Die Einheiten und Verbände erfüllten die nächste Aufgabe und bezogen den Abschnitt Hannover–Seesen. Die Brigade deckt die Einheiten und Verbände der Armee beim Vormarsch zur Konzentrierung und verstärkt die Sicherung der 14. Panzer-Division – OMGA – während der Entfaltung und Einführung zum Angriff. Einsatzräume der Brigade: Die 1. (Abteilung): 10 Kilometer südlich Hannover, die 2. (Abteilung): Raum ostwärts Hildesheim, die 3. (Abteilung): Raum südlich Peine. Lage eintragen und bereit sein zur Entschlußmeldung am 19. . . ."

Bei der 14. Panzerdivision handelt es sich um einen Tarnnamen für eine der Panzerdivisionen der 3. Stoßarmee. OMGA bedeutet die Abkürzung für „Operative Manövergruppe der Armee". Darunter wird eine supermobile Einheit verstanden, deren wichtigste Aufgabe es ist, tief in den Raum hinter der gegnerischen Front vorzudringen.

Bei früheren Übungen waren bereits 1981 beim Manöver „Sojus" Angriffsoperationen auf Zielorte wie Bebra, Fulda, Gießen-Lahn, Detmold und Wiesbaden in russischen Funksprüchen angegeben worden. Tschechoslowakische Truppen übten flankierende Vorstöße in die Räume um Bayreuth, Neumarkt und Grafenwöhr.

Wie ein Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums ergänzend erklärte, erstrecken sich operative Angriffsziele von Armeen der Staaten des Warschauer Paktes von der innerdeutschen Grenze an etwa 200 Kilometer tief nach Westen. Das bedeutet eine Reichweite für das „strategische Zwischenziel" bis zur Linie Rhein/Ruhr. Bei Manövern der „DDR"-Volksarmee wurden Luftbilder von Brücken und Straßen aus dem Gebiet südlich von Düsseldorf angefordert. Die Planübungen bezogen auch niederländische und belgische Orte ein, von denen Maastricht, Eindhoven und Gent als Punkte auf dem Vormarsch zur Kanal- und Atlantikküste genannt wurden.



...chumblatt ...nnt SI Agent ...r Amerikaner

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

...e jüngste Reise des libanesi...en Drusenführers und Ministers ...id Dschumblatt nach Moskau – ...smal der Einfachheit halber von ...maskus aus – ist der zweite Besuch ...s größten Feudalherrn Libanons ...i den Sowjets in vier Monaten. Ein...elheiten über die Gesprächsthemen ...ab die Progressistisch-Sozialistische Partei (PSP) nicht bekannt.

Die Reise ist vor dem Hintergrund abgesagter Termine in westlichen Hauptstädten sowie einer neuen Haltung gegenüber der Sozialistischen Internationale zu sehen. So soll Dschumblatt vor wenigen Tagen auch in Bonn nicht erschienen sein, obwohl ein Staatssekretär entsprechend dem vereinbarten Termin auf ihn wartete. Nachforschungen ergaben, daß Dschumblatt seinen Besuch bei der Schwesterpartei SPD sowie bei den Sozialisten in Frankreich zwar abgesagt hatte, die Absage im Auswärtigen Amt aber wohl vergessen worden war. Merkwürdig war die Begründung, die die PSP für die Absage lieferte: Ihr Chef sei müde.

Von *dieser Müdigkeit* war wenig zu spüren, als Dschumblatt am vergangenen Sonntag bei einem Treffen anläßlich des 60. Jahrestages der Libanesischen Kommunistischen Partei eine flammende Anklagerede gegen die Sozialistische Internationale hielt, deren Vizepräsident er ist. In seiner jüngsten Ausgabe berichtet das in Bonn erscheinende Bulletin „Libanon Aktuell", daß Dschumblatt vor den Vertretern der Sowjetunion, Kubas, Nordkoreas, Algeriens, Syriens und Südjemens die Organisation als „Agent der Amerikaner" bezeichnete. Dschumblatt: „Wir stehen alle im selben Kampf gemeinsam mit euch, Genossen der Sowjetischen Kommunistischen Partei, gegen den Imperialismus und seine Werkzeuge." Die israelische „Invasion war für uns der Beweis, daß die angebliche Sozialistische Internationale nichts weiter ist als ein Agent der Amerikaner".

In Frankreich haben die Worte des Drusenführers Verärgerung in Kreisen der Regierungspartei ausgelöst. Man fragt sich, wie lange man in der *Sozialistischen Internationale* noch einen Vizepräsidenten dulden soll, der offen Front gegen diese Organisation und gemeinsame Sache mit Kommunisten mache. Der Vorsitzende der SI, Willy Brandt, war noch vor wenigen Monaten mit seinem Vize zusammengetroffen. Er hat zu den Vorwürfen seines Stellvertreters bisher nicht Stellung genommen.

Mutig riskierte Popieluszko seine Freiheit

Von ELISABETH RUGE

Er hat seinen Kopf schon oft hingehalten, der mutige Pfarrer Popieluszko von der St.-Stanislaw-Kostka-Kirche in Zoliborz. Hier, in einem Warschauer Vorort, liegt das Hüttenwerk Huta Warszawa, eine *ehemalige Hochburg* der freien Gewerkschaft „Solidarität". Pfarrer Popieluszko brauchte sich über mangelnden Zulauf nie zu beklagen. Seine Gemeinde – hauptsächlich aus der Arbeiterschaft des Hüttenwerks stammend – konnte sich hundertprozentig darauf verlassen, daß ihr Pfarrer hinter ihnen stand.

Wenn er das Halleluja anstimmte, glätteten sich die verkrampften Gesichter, die Kraft seiner Stimme pflanzte sich durch die Reihen, nahm die Menschen gefangen, gab ihnen Vertrauen und neuen Mut. Hier, so wußten die Gläubigen, herrschten weder Lüge noch Betrug. Die Sorgen und Nöte der Gläubigen waren auch das Anliegen des Pfarrers: Für seine Schutzbefohlenen hatte der 37jährige Geistliche mehrfach schon die Freiheit riskiert – ob er das Gotteshaus zum Treffpunkt gemacht hatte für die standhafte Anhängerschaft der „Solidarität", oder sie ans Mikrophon gelassen hatte, ihnen Zeit gab, Zeugnis abzulegen von den Qualen als Verfolgte, aber auch von ihrem ungebrochenen Glauben an eine *freie* Gewerkschaft.

Pfarrer Popieluszko selbst hat nie aufgehört, die „Solidarität" zu ermutigen, für die Menschenrechte und für das Recht auf Selbstbestimmung zu kämpfen. Als im Juni dieses Jahres die Priester in Polen zum Wahlboykott aufriefen und von der Bischofskonferenz zurückgepfiffen wurden, war Popieluszko einer der wenigen Geistlichen, die unerschrocken für das Fernbleiben von den Wahlurnen eintraten. Obwohl er des bischöflichen Tadels gewiß war, dankte er den Gläubigen dafür, daß sie mit dem Kirchgang „ihre Wahl trafen und für das abstimmten, was Gottes ist".

Trotz des persönlichen Risikos, das er auf sich lud, indem er sich gegen Regierungsverbote stellte, ließ er in seiner Kirche weiter das offene Wort zu, setzte er sich unermüdlich für die Freilassung politischer Häftlinge und angeklagter Hüttenarbeiter ein: „Wir tragen die Schuld an unserer eigenen Versklavung, wenn wir dem Bösen zustimmen und für die Mechanismen des Übels votieren", wetterte er von der Kanzel.

Die Quittung ließ nicht auf sich warten. Mehrmals wurde der unerschrockene Priester vorübergehend festgenommen, tagelang verhört, unter polizeiliche Aufsicht gestellt, vierzehnmal mindestens mußte er sich Durchsuchungen seines Amtssitzes gefallen lassen. Schließlich wurde er unter Anklage gestellt: „Wegen Mißbrauch des geistlichen Amtes zu politischen Zwecken." Darauf steht in Polen Haft bis zu zehn Jahren.

Eine Amnestie im Juli dieses Jahres bewahrte ihn vor dem Kerker, setzte indessen seinem freien Redeflug keinesfalls einen Riegel vor, so daß er immer mehr zum Dorn im Auge der Obrigkeit wurde. Nicht allein wegen seiner offenen Worte, vor allem wohl, weil sie über die westlichen Medien zurückfließen könnten in zu viele polnische Gehörgänge; in der St.-Stanislaw-Kostka-Kirche fanden sich auch westliche Korrespondenten ein, die das Gesprochene weitergaben.

Einem der Korrespondenten hatte Popieluszko kurz vor seiner Entführung anvertraut, daß er in den vergangenen Monaten das Opfer zahlreicher offener und anonymer Einschüchterungsversuche gewesen sei, *mit* Drohungen per Brief und Telefon.

Die Entführung selbst fällt zeitlich zusammen mit einem Vorgang, der fast unbemerkt geblieben ist. Die Regierung hatte ein Referendum in Aussicht gestellt über eventuelle Bedingungen für den Beitritt zum Internationalen Währungsfonds. Lech Walesa hatte diese Perspektive begrüßt und gesagt: Dies könnte vielleicht in Polen neue politische Gepflogenheiten einleiten. Es gebe viele Fragen, über die man in einer Volksbefragung entscheiden könne, vor allem zum Beispiel über die Anwendung der von Polen ratifizierten Konvention der *internationalen Arbeitsorganisation* über das Recht der Arbeitnehmer, sich in unabhängigen Gewerkschaften zusammenzuschließen.

Möglicherweise liegt hier der Schlüssel zu der Entführung. Wer auch immer die Entführer sind: Es muß ihnen gegen den Strich gegangen sein, daß sich die große nationale Verständigung zwischen Regierung, Kirche und Teilen der Opposition doch noch anbahnen könnte.

Dreierlei könnten die Entführer im Auge haben: den Beweis zu erbringen, daß die Amnestie für die eingesperrten „Solidaritäts"-Anhänger ein Fehler war und damit Argumente zu liefern für die erneute drastische Verschärfung der Überwachungsmethoden. „Solidaritäts"-Leute selbst in den Verdacht zu bringen, daß sie mit stiller Duldung des unteren Klerus die Priesterentführung inszeniert haben, um die Kirchenführung zur eindeutigen Parteinahme zu zwingen.

Der Kreml-Führung zu zeigen, daß man Kurs hält, um den Argwohn zu zerstreuen, mit dem Moskau den zaghaften Neubeginn eines Dialogs zwischen Kirche und Regierung verfolgt. Vor kurzem hat die Moskauer Regierungszeitung „Iswestija" mit heftigen Angriffen gerade Popieluszko verwarnt.

Sollte ihm ein Haar gekrümmt werden, können in Polen die Wellen der Emotion leicht überschwappen. Die verbotene „Solidarität" hat die Stahlarbeiter für den 29. Oktober zu einem *unbefristeten* Streik *aufgerufen, falls* Popieluszko nicht auftaucht. In den Kirchen beten die Menschen rund um die Uhr für ihn.



Der entführte Pfarrer Jerzy Popieluszko war beliebt bei seiner Gemeinde, aber der Regierung ein Dorn im Auge. FOTO: AP

Die CGT sucht Kraftprobe mit der Regierung

A. GRAF KAGENECK, Paris

In *Frankreich* streiken heute die etwa fünf Millionen Beamte und Angestellte der öffentlichen Betriebe. Da sämtliche Gewerkschaften ihre Mitglieder zu dem Aufstand aufgerufen haben (mit Ausnahme der „Autonomen", deren Wirkungsbereich auf die Pariser Verkehrsbetriebe beschränkt ist), wird es zu schweren Störungen des Luft- und Eisenbahnverkehrs, der Postverteilung, der Elektrizitäts- und Gasversorgung, der Schulbetriebe, des Publikumsverkehrs in den Behörden und – zu einem erheblichen Teil – im Pariser Autobus- und Untergrundbahnnetz geben, das täglich etwa fünf Millionen Menschen befördert.

Die Streikdauer ist auf vorerst 24 Stunden festgesetzt, kann aber verlängert werden. Regierung und Öffentlichkeit rechnen mit einer starken Streikbeteiligung.

Die Gewerkschaften – allen voran die von den Kommunisten kontrollierte CGT – kämpfen um die „Aufrechterhaltung der Kaufkraft der öffentlichen Angestellten". Sie behaupten, daß die Löhne in diesem Sektor in diesem Jahr nur um drei Prozent gestiegen sind, während die Inflationsrate bei annähernd sieben Prozent lag.

Premierminister Fabius ist fest entschlossen nicht nachzugeben. Das Anlaufen einer Lohn/Preisspirale würde seine Sanierungs- und Modernisierungspolitik im Ansatz zunichte machen.

Streiks im öffentlichen Dienst sind außerdem besonders beim Publikum und bei der übrigen Arbeiterschaft sehr unbeliebt, da sie von Leuten gemacht werden, die als staatlich angestellte *Beamte nicht um ihren* Arbeitsplatz fürchten müssen. Der Regierungschef wird die Kraftprobe daher gut bestehen können.

Noch vor dem Streik hat die französische Regierung wissen lassen, daß an eine Anhebung der Gehälter der Beamten um mehr als drei Prozent nicht gedacht werden kann.

Diese Haltung hat gestern sofort zu einer Reaktion des kommunistischen Gewerkschaftschefs Krasucki geführt. In einer Radiosendung rief er die Beamten auf, es nicht bei dem einen Streiktag zu belassen, sondern schon jetzt neue Aktionen zu planen. Der Gewerkschafter denkt unter anderem an erneute Streiks, bei denen öffentliche Gebäude demonstrativ „besetzt" werden sollen.

Berufung Ogarkows bekräftigt

AP, London

Die These, wonach der am 6. September abgesetzte sowjetische Generalstabschef Ogarkow zum Oberbefehlshaber der gesamten sowjetischen Westfront ernannt worden ist, wird von der britischen Militärzeitschrift „Jane's Defence Review" bekräftigt. In einem Bericht heißt es, Ogarkow sei bereits einen Tag nach seiner Ablösung als Generalstabschef in das neue Amt berufen worden. Er sei damit oberster Kommandeur aller Feldtruppen geworden, die den NATO-Verbänden gegenüberstehen. Der UdSSR-Experte Bodansky begründet in dem Artikel die Berufung Ogarkows mit der sowjetischen Strategie einer „kontrollierten Eskalation", für die ein ranghoher Befehlshaber notwendig sei.

Marcos beurlaubt Generalstabschef

AFP, Manila

Der philippinische Staatspräsident Marcos hat den Generalstabschef Fabian Ver vorläufig seines Amtes enthoben, nachdem dieser im Zusammenhang mit der Ermordung des Oppositionsführers Aquino vom amtlichen Untersuchungsausschuß schwer belastet worden war. In Manila wurde bekanntgegeben, der Schritt erfolge auf Wunsch des Generals. Zugleich ordnete Marcos ein Verfahren vor einem Sondergericht an und stellte mehrere der belasteten Militärs unter Arrest. Zum Nachfolger des Generals ernannte er dessen bisherigen Stellvertreter, General Ramos. Zwei Ausschußmitglieder wurden gestern auf dem Flugplatz Manilas am Verlassen des Landes gehindert. Sie wollten Ferien in den USA verbringen.

Seoul: Polizei stürmt Universität

rtr, Seoul

Mehr als 5000 Polizisten Südkoreas haben gestern das Gelände der staatlichen Universität Seoul gestürmt, um regierungsfeindliche Studentenproteste zu ersticken. Ein Polizeisprecher teilte mit, weitere tausend Polizisten seien vor der größten Universität des Landes mit ihren 30 000 Studenten postiert worden. Der Universitätspräsident habe die Polizei zum Eingreifen aufgefordert, nachdem die Behörden die Kontrolle über gewaltsame Proteste militanter Studenten verloren hätten. Es war das erste Mal, daß eine Universität Polizeieinheiten anforderte, seitdem die Regierung im Februar *mitgeteilt hatte*, die Polizei solle vom Gelände der Universitäten abgezogen werden, um mehr studentische Freiheiten zuzulassen.

Führendes Mitglied der PLO in Haft

rtr, Tel Aviv

Sicherheitskräfte Israels haben ein führendes Mitglied der palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) festgenommen, das an terroristischen Anschlägen im von Israel besetzten Westjordanland beteiligt gewesen sein soll. Ein Militärsprecher sagte gestern, es handele sich um den seit 15 Jahren gesuchten Ali Chalil Rabais. Er soll auch in Hebron und Umgebung Terroristen geworben haben. In der Vergangenheit war es wiederholt zu Auseinandersetzungen zwischen jüdischen Siedlern, die sich in Hebron niedergelassen haben, und Palästinensern gekommen. So wurden *voriges Jahr ein jüdischer* Student erstochen und einige Wochen später drei arabische Studenten bei einem Anschlag getötet.

USA verurteilen Vorgehen Pretorias

AFP/dpa, Washington

Ihr „tiefes Bedauern" über die „Strafexpeditionen" von rund 7000 Soldaten und Polizisten Südafrikas haben die USA ausgedrückt. John Hughes, Sprecher des Außenministeriums, betonte, der Polizeieinsatz in den drei von Schwarzen bewohnten Städten Boipatong, Sharpeville und Sebokeng könne „die von der südafrikanischen Regierung bekundete Absicht in Frage stellen, die Probleme des Landes durch Reformen und allgemeinen Konsens zu regeln". Man dränge Pretoria, einen Dialog mit den Führern der nicht-weißen Bevölkerungsteile zu eröffnen. Die energische *Form des Protestes* ist nach Meinung von Beobachtern in Washington auf die rege Diplomatie der USA im südlichen Afrika zurückzuführen.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

„Gera" bleibt unerfüllbar

„Leserbrief: Aufgaben des Ministeriums"; WELT vom 12. Oktober

Durch den Abdruck des ungewöhnlich langen Leserbriefes des Herrn Dr. Lehmann haben Sie erneut zur Verbreitung falscher Versionen über angebliche Äußerungen von Minister Windelen beigetragen, obwohl Sie als Leser Ihrer eigenen Zeitung das besser wissen sollten. Denn schon am 28. September 1984 zitierte die WELT den Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen mit folgenden Worten: „Ich habe deswegen, da die DDR noch nie präzisiert hat, was sie unter dem Begriff Respektierung versteht und worin der Unterschied zum Begriff Anerkennung bestehen könnte, gesagt, es wäre gut, wenn dies präzisiert würde." Und weiter: „Ich habe nicht vorgeschlagen, ich werde nicht vorschlagen und ich kann nicht vorschlagen, daß über Fragen der Staatsbürgerschaft verhandelt wird." Dieser Klarstellung hätte es allerdings gar nicht bedurft, wenn die Kritiker des Ministers sich der Mühe einer sorgfältigen Lektüre des betreffenden Interviews unterzogen hätten. Die sogenannten Geraer Forderungen der DDR sind in ihrem rechtlichen Kern für uns unerfüllbar. Diese Einsicht befreit nicht von der Verpflichtung, unterhalb dieser Ebene alle Möglichkeiten praktischer Regelungen zum Nutzen der Menschen in Deutschland zu erkunden und wahrzunehmen.

Olaf Klar,
Leiter des Pressereferats des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen

Katalysator schon 1985

Wir als Berliner kennen die schauderhafte Zuckelei durch die DDR bei Tempo 100, die damit verbundenen Unaufmerksamkeiten dieser ermüdenden Schleicherei, die von Zeit zu Zeit zu unverständlichen Unfällen führt, das Einatmen des Benzin- und Dieselgestanks der genauso schnell zuckelnden „Trabanten", die man nicht überholen darf, und das Aufatmen, wenn man dann an der Grenze zur Bundesrepublik endlich mal wieder – der Situation angepaßt – ein normales Tempo „Richtgeschwindigkeit 130" fahren kann.

Natürlich bin ich auch für Maßnahmen gegen das Waldsterben, aber man sollte das Übel wirklich an der Wurzel packen. Die aufgezäumten Autos – fast jeder Autofahrer leistet sich Berge von Extras an seinem Wagen – beweisen, daß die Mehrkosten eines Katalysators nicht entscheidend sind. Hier sollte bei Neuwagen wirklich schon 1985 die Katalysatorausrüstung durchgesetzt werden. [illegible]9 liegt in unvorstellbar weiter Ferne.

Die nachhinkenden Fabrikate sowie der Altwagenbestand sind über die Kraftfahrzeug-Steuerstellen erfaßbar und könnten über einen begrenzten Zeitraum – wie früher bei der Ausnahmegenehmigung Spikes – den Aufkleber 80 oder 100 erhalten.

Die Umrüstung auch seitens der Öl-Multis an den Tankstellen würde sicherlich manche Investitionen erfordern – vielleicht auch für Berliner Zuliefererbetriebe –, damit eventuell zusätzliche Arbeitsplätze schaffen, aber vor allen Dingen dem Waldsterben viel schneller und wirkungsvoller entgegenwirken, zusätzlich aber dem Autofahrer die Freude erhalten!

Da ich mich selbst sehr für den Erhalt „innerstädtischen Grüns in der City" interessiere und engagiere, ist mir allerdings auch eines unverständlich: Hier fahren täglich Zigtausende von Autos qualmend, stinkend und rußenden Dreck von sich gebend unter den Platanen hindurch. Sind die Platanen wirklich so viel widerstandsfähiger? Welch ein Glück, daß wir sie hier haben.

H.-U. Bannert,
Berlin 19

Wort des Tages

„Gefahr ist allerorten zu finden. Alles Schaffen steht am Rande des Seins, alles Schaffen ist Wagnis. Wer nicht seine Seele wagt, kann den Schöpfer nur äffen."

Martin Buber, jüdischer Religionsphilosoph (1878–1965)

Schnelle Franzosen

„Den Dreh raus dank der neuen Drehstrom-Bahn?"; WELT vom 19. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

bei Ihrer Meldung über die Rekord-Fahrt von Herrn Minister Dollinger mit der neuen Drehstrom-Lok mit 265 km/h handelt es sich nur um einen deutschen Rekord. Seit September 1981 fahren täglich 36 Züge auf der Strecke Paris–Lyon–Paris mit einer Höchstgeschwindigkeit von 270 km/h. Nachdem in Deutschland seit 1903 für lange Zeit der Weltrekord mit 210 km/h aufgestellt worden war, halten die Franzosen seit 1955 den Weltrekord mit 331 km/h und seit 1981 mit 380 km/h. Die DB wird diesen Rekord mit ihrem neuen ICE 1985 mit fünf Wagen wegen ihres wenig leistungsfähigen 16⅔-Hz-15-KV-Systems nicht erreichen.

Hochachtungsvoll
E. Stolte,
Bad Homburg v. d. H.

Was ist meßbar?

„Gehirnjogger unter sich"; WELT vom 15. Oktober

Sicher wird niemand den Mitgliedern des Clubs „Mensa" ihre Freude am erreichten Intelligenzquotienten nehmen wollen, aber einige Erläuterungen von begabungspsychologischer Seite sind doch wohl angebracht: Die Erfassung des sogenannten Intelligenzquotienten ist ein sehr grobes Verfahren, um möglichst rasch bei großen Gruppen von Menschen ein ungefähres Bild von ihren intellektuellen Fähigkeiten zu gewinnen.

Wie in Lehrbüchern der Begabungspsychologie nachzulesen ist, werden dadurch aber viele Ausprägungen intellektueller Leistungsfähigkeiten überhaupt nicht erfaßt. Andererseits spielen manche Fähigkeiten, die durch Intelligenztests erfaßt werden, auch in geistigen Berufen eine sehr geringe Rolle. So erfassen die Intelligenztests praktisch keine Begabungen zum produktiven, mehr kreativen Denken und auch nicht die wichtigen Fähigkeiten, kompliziertere Sachverhalte richtig aufzufassen. Ebensowenig werden Spezialbegabungen (z. B. für Mathematik) erfaßt.

Kurz: Es gibt hochbegabte Menschen, deren intellektuelle Fähigkeiten durch den Intelligenzquotienten sehr unzulänglich erfaßt werden, und es gibt Menschen mit hohem Intelligenzquotienten, die auf den Sektoren der Begabung, die nicht geprüft werden, wenig leistungsfähig sind.

Dr. Friedrich Arntzen,
Institut für Gerichtspsychologie,
Bochum

Einsamer Rufer?

„Rolle rückwärts im deutschen Denkmalschutz?"; WELT vom 15. Oktober

Lieber Herr Guratzsch,

mit großem Interesse lese ich Ihren nachdenkenswerten Beitrag zum Denkmalschutz. Ich freue mich sehr, daß Sie sich noch so engagiert für den Denkmalschutz einsetzen und Ihre Meinung publizieren, wie ich das noch aus der Zeit kenne, als wir gemeinsam an dieser wichtigen Sache gearbeitet haben und an die ich gerne zurückdenke. Auch ich fürchte mit Ihnen, daß der Schwung der 70er Jahre vorbei und die Aufbruchstimmung vergessen ist. Hoffen wir, daß Sie nicht ein einsamer Rufer in der Wüste sind. Man wundert sich eigentlich, daß die neuen Koalitionsparteien der Pflege historischer Städte und Denkmäler so wenig Aufmerksamkeit schenken; dabei hätte man sich auch hier eine „Wende" wünschen und diese auch erwarten können.

Dr. H.-J. Ordemann,
Bonn 2

Bildungs-Äquator

„Das geistige Gefälle"; WELT vom 17. Oktober

Sehr geehrter Herr Zehm,

wie wahr Ihre Ausführungen zum Nord-Süd-Gefälle sind, können wir Ihnen an einem Beispiel bestätigen.

Wir waren mit unserem Sohn in Österreich, um einen Internatsplatz einer Büchsenmacherschule zu bekommen. Nach den Kriterien der Aufnahmeprüfung gefragt, meinte der Direktor der Schule: „Wir haben ganz normale Tests, mit allen Rechnungsarten, Dreisatz, Prozentrechnung, Deutsch, Englisch und etwas Allgemeinbildung. Allerdings haben wir die Erfahrung gemacht, daß es mit dem Bildungsstand der deutschen Interessenten immer schlechter aussieht, je weiter sie gen Norden Schulen besuchen. Der Trennungsstrich beginnt bei Hessen."

Dem Ausland ist der desolate Zustand unseres Bildungswesens nicht verborgen geblieben.

Mit freundlichen Grüßen
H. Menzel,
Frankfurt/Main 90

Personalien

VERANSTALTUNGEN

Kinostars aus dem Reich der Mitte waren Gäste in der chinesischen Botschaft in Bad Godesberg. Gesandter **Hu Benyao** lud Schauspieler und Regisseure zu sich ein, die in die Bundesrepublik kamen, um in Bonn die erste chinesische Filmwoche zu eröffnen. Im Mittelpunkt des Interesses stand die reizende Chinesin **Yin Xin**, Star am Theater der Chinesischen Jugend in Peking und Hauptdarstellerin in dem Film „Heißes Blut", und die Mongolin Siqin **Gaowa**, Hauptdarstellerin in dem Film „Das Kamel". Beide Damen haben in Film und Fernsehen seit Jahren großen Erfolg. Betreut hat die Chinesen in Bonn Dr. **Wiegand Pabsch**, stellvertretender Leiter der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes. Bei einem Essen, an dem auch der Leiter des Filmamtes des chinesischen Kultusministeriums, **Shi Fangyi**, teilnahm und der Direktor der chinesischen Film Import- und Export Corporation, **Hu Jian**, erinnerte Dr. Pabsch daran, daß man sich vor zehn Jahren einen solchen Filmaustausch kaum hätte erträumen können. 1985 sollen auch deutsche Filme in China gezeigt werden. Die Chinesen erklärten in Bonn, einer der wenigen bekannten deutschen Filmschauspieler, von denen man in früheren Jahren Filme gesehen habe, sei **Heinz Rühmann**. Man gehe davon aus, daß der „Hauptmann von Köpenick" mit Rühmann in der Hauptrolle und „Lina Braake", der Film des Regisseurs **Bernhard Sinkel**, demnächst in China gezeigt würden. Bonn und Peking wollen in Zukunft den Kulturaustausch erheblich ausweiten.

Signierstunde bei Botschafter a.D. **Rolf Pauls** in der Baden-Württembergischen Landesvertretung in Bonn. Im Kreise persönlicher Freunde und auf Einladung des Hausherrn, des Staatssekretärs **Gustav Wabro**, und des Verlegers **Heinrich Seewald** stellte Rolf Pauls sein jüngstes Buch vor: „Deutschlands Standort in der Welt – Beobachtungen eines Botschafters". Der Seewald-Verlag nahm sich des Buches an, in dem Pauls sein persönliches Credo an die Deutschen zusammenfaßt: Seine Mahnung, in allen wesentlichen außen- und verteidigungspolitischen Fragen einen Konsensus zu suchen. Pauls gehört zu den bedeutendsten Nachkriegsbotschaftern: Er war 1965 erster deutscher Botschafter in Israel. Ende 1968 ging er als Botschafter nach Washington. 1973 wurde er erster Bonner Botschafter in China und 1976 Botschafter bei der Nato in Brüssel.

Von links: Yin Xin, Li Zenglon, Frau des Gesandten, Siqin Gaowa und Chinas Gesandter Hu Benyao. FOTOS: EVI KEIL

GEBURTSTAGE

Dr. jur. **Horst Lehmann**, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Alters- und Hinterbliebenen-Versorgungsstelle der Technischen Überwachungsvereine (VVaG), Essen, vollendet am 25. Oktober sein 60. Lebensjahr. Lehmann ist seit 1971 bei dieser vom damaligen Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung am 17. 11. 1927 zugelassenen Pensionskasse verantwortlich tätig.

*

Ewald Bergmann, seit 52 Jahren Geschäftsführer der O. F. Tischbein-Werbung, Hannover, feiert am 26. Oktober seinen 80. Geburtstag. Er ist Mitbegründer des Wirtschaftsverbandes der Werbemittler Britische Zone, war 15 Jahre Präsident des Verbandes Deutscher Werbeagenturen und gehörte 23 Jahre dem Präsidialrat und Präsidium des Zentralausschusses der Werbewirtschaft an. Er wurde auch Mitbegründer der Werbefachschule Hannover und war deren langjähriger Kuratoriumsvorsitzender. Borgmann arbeitete außerdem als Dozent.

ERNENNUNG

Hans Freiherr von Stein, seit 1981 Botschafter in Saudi-Arabien, geht als Gesandter an die deutsche Botschaft in London. Von Stein ist gebürtiger Berliner. Der Jurist war zunächst in einer Anwaltspraxis tätig. Von 1957 bis 1963 gehörte er dem Bundesministerium für Wirtschaft in Bonn an. Anschließend wurde er zur EG-Kommission abgeordnet. 1963 trat Freiherr von Stein ins Auswärtige Amt ein. Im folgenden Jahr ging er an die deutsche Botschaft nach Äthiopien. Von 1972 bis 1976 war er Leiter des Wirtschaftsreferates an der Botschaft London, anschließend, bis zu seiner Ernennung als Botschafter, leitete er im Auswärtigen Amt die Wirtschaftsabteilung.

EHRUNG

Hans Hartung, einer der bedeutendsten abstrakten Maler der Gegenwart, ist von Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** mit dem Großen Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet worden. Den Orden überreichte in Antibes der deutsche Generalkonsul in Marseille, **Hans Voos**. Hartung, 80, erhielt auch den bayerischen Maximiliansorden für Wissenschaft und Künste.

LINIE 1 VON OLIVETTI: DIE ALTERNATIVE IN DER INFORMATIONSTECHNOLOGIE.

MULTIFUNKTIONALITÄT VON OLIVETTI: WIE MAN IN DIE ZUKUNFT INVESTIERT, OHNE EINEN PFENNIG AUSZUGEBEN.

Früher einmal mußte man beim Kauf eines Computers einen Teil des Geldes dafür ausgeben, daß das System nicht nur die heutigen Probleme löste, sondern auch die von morgen. Doch jetzt gibt es die Linie 1 von Olivetti... eine Serie multifunktionaler Systeme, die sich dem Wechsel und Wachsen Ihres Unternehmens mühelos anpaßt; die Ihre Probleme löst, tagaus, tagein, ungeachtet der Komplexität der Aufgaben.

Denn die Anpassungsfähigkeit der Linie 1 ist außergewöhnlich: Von einem zu jeder gewünschten Zahl von Arbeitsplätzen, so leistungsfähig und spezialisiert, wie Sie es wünschen; bereit, die Funktion zu wechseln, ohne daß Sie das Gerät wechseln müßten. Geeignet, die Probleme in den Management-Bereichen zu lösen. In der Verwaltung. Planung und Entwicklung. Produktionsplanung und -kontrolle. Und selbst in der Büroautomation.

Linie 1: Eine Serie von Prozessoren, die miteinander zu einem lokalen Netzwerk verknüpft werden können, um mit jeder Entwicklung Schritt zu halten. Der modulare Aufbau stellt die notwendige Verarbeitungskapazität bereit, wo immer und wann immer sie gebraucht wird. Außerdem ist die Linie 1 durch das Olivetti-Softwaresystem ebenso leicht zu bedienen wie zu programmieren.

Olivetti, die Alternative in der Informationstechnologie.



ORGATECHNIK Köln
25.-30.10.1985, Halle 10, Erdgeschoß, Gang A, Stand-Nr. 68/87

Bitte schicken Sie diesen Coupon an:
Deutsche Olivetti GmbH, Postfach 2012,
Kaiser-Friedrich-Promenade 89, 6380 Bad Homburg 1

Name: ....
Firma: ....
Straße: ....
PLZ/Ort: ....

L 1/43-Welt

olivetti

Größter europäischer Büromaschinen- und Informatik-Konzern.

Barzel vor dem Ausschuß: Eine Sache beenden

● Fortsetzung von Seite 1

Kabinett vornehmen werde. Barzel versicherte auf konkrete Fragen des Ausschußvorsitzenden Manfred Langner (CDU), zu keinem Zeitpunkt – weder von Flick noch von anderer Seite – zu einer Beeinflussung der Steuerbefreiung im Sinne des Konzerns gebeten worden zu sein. Er bezog diese Aussage ausdrücklich auf den gesamten Zeitraum von Herbst 1974 bis Sommer 1981.

Langner stellte in diesem Zusammenhang folgende Fragen: 1. Wurde in Vier-Augen-Gesprächen mit dem früheren Bundeskanzler Schmidt über die Steuerbefreiungsanträge gesprochen? Barzel: „Darüber wurde nie gesprochen". Mit Graf Lambsdorff? Barzel: „Nein". Mit dessen Amtsvorgänger Friderichs? Barzel: „Nein". Mit dem früheren Finanzminister Apel? Barzel: „Nein". Mit dem Finanzminister a.D. Matthöfer? Barzel: „Nein". Auch die Frage, ob er eventuell mit Staatssekretären aus den Ministerien gesprochen habe, verneinte Barzel. Nach seiner Erinnerung sei diese Thematik auch nicht auf der Tagesordnung des Wirtschaftsausschusses des Bundestages gewesen, dessen Vorsitzender Barzel von 1977 bis 1979 gewesen ist.

Mit den Flick-Repräsentanten, die Barzel als Bekannte schilderte, die er seit sehr vielen Jahren kenne, habe es eine Vielzahl von Begegnungen gegeben. Aber Steuerfragen seien nie mit ihm besprochen worden. Dafür wäre auch Dr. Paul, der Steuerfachanwalt sei, zuständig gewesen.

Auf die Frage, ob er 1976 im Zusammenhang mit der Besetzung des Amtes des Bundestagspräsidenten den Flick-Manager von Brauchitsch angerufen habe, antwortete Barzel: Damals sei er in der Presse als Parlamentspräsident vorgestellt worden, dann aber nicht geworden. Er sei „wütend und enttäuscht" gewesen. Er könne nicht ausschließen, damals mit von Brauchitsch telefoniert zu haben, wobei offen sei, wer wen angerufen habe. Heute sei dieser Vorgang aus dem Jahre 1976 „kein Streit mehr" zwischen ihm und Kohl.

Der SPD-Abgeordnete Peter Struck brachte dann einen Brief Biedenkopf an Helmut Kohl vom 10. 5. 1973 in die Befragung ein. Darin war davon die Rede, Barzel dürfe kein „Sozialfall" werden. Struck fragte Barzel, welchen Anlaß Biedenkopf gehabt haben könnte, so eine Vokabel zu benutzen? Barzel erwiderte, „ich sehe diese Briefe heute zum ersten Mal." Er habe mit Biedenkopf „nie" über Finanzfragen gesprochen, auch nicht mit dem inzwischen verstorbenen rheinischen CDU-Vorsitzenden Köppler und auch nicht mit dem langjährigen westfälischen CDU-Vorsitzenden Windelen.

In einem Brief vom 6. 6. 1973 hatte Biedenkopf an von Brauchitsch davon gesprochen, für Barzel müssten „Auffangpositionen" entwickelt werden. Barzel sagte auf eine entsprechende Frage von Struck, ihm sei „niemals eine finanzielle Auffangposition angeboten" worden, von der Mitarbeit bei Dr. Paul abgesehen. Ob „Auffangposition" eventuell politisch gemeint gewesen sein könnte, wisse er nicht. Ihm, Barzel, sei nach seinem Rücktritt daran gelegen gewesen, weiterhin politisch tätig sein zu können.

Die Erklärung Rainer Barzels vor dem Flick-Ausschuß

Die Erklärung von Bundestagspräsident Rainer Barzel vor dem Ausschuß im Wortlaut:

I. Der Beweisbeschluß hat zwei Teile.

a) Zu seinem wesentlichen zweiten Teil erkläre ich:

Ich habe weder mittelbar noch unmittelbar auf die Steuerbefreiung Einfluß genommen, welche die Bundesregierung Schmidt nach Paragraph 6 b EinkStG erteilt hat.

b) Zum ersten Teil der Frage des Beweisbeschlusses erkläre ich:

Ich habe von 1973 bis 1982 in der Praxis Dr. Dr. Albert Paul, Frankfurt, als wissenschaftlicher Mitarbeiter gearbeitet, dieses dem Deutschen Bundestag angezeigt und meine Einkünfte ordnungsgemäß versteuert.

Jedem Mitglied des Deutschen Bundestages ist es unbenommen, einen Beruf auszuüben. Wie er das tut, bestimmen die Verhaltensregeln. Sie sind beachtet worden.

Die Verabredung mit der Kanzlei Paul in Frankfurt vom 9. August 1973 lautet:

„Herr Dr. Barzel ist mit Wirkung vom 1. August 1973 als wissenschaftlicher Mitarbeiter für die Anwaltssozietät Prof. Dr. Paul tätig. Er erhält für diese Tätigkeit ein Entgelt, das jeweils nach dem Umfang der ausgeübten Tätigkeit festgelegt wird. Die Tätigkeit ist im einzelnen zwischen Herrn Dr. Barzel und Herrn Dr. Dr. Albert Paul abzustimmen."

II. Ich füge diese Aussage ein, weil der Vorgang eine Rolle spielt.

Ich gehöre dem Deutschen Bundestag seit 1957 an. Von 1963 bis 1973 war ich Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, von 1971 bis 1973 Parteivorsitzender der CDU. Ich trat aufgrund politischer Meinungsverschiedenheiten am 9. Mai 1973 von beiden Vorsitzen zurück.

Am 8. Mai 1973 hatte sich die Bundestagsfraktion der CDU/CSU mit knapper Mehrheit gegen den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zu den Vereinten Nationen entschieden. Darauf erklärte ich am 9. Mai 1973 meinen Rücktritt.

Diese Erklärung hat folgenden Wortlaut:

„Die Fraktion hat gestern in einer wichtigen und grundsätzlichen Frage, die ich als fundamental für die Richtung unserer künftigen Politik bezeichnet habe, mit knapper Mehrheit gegen meinen Rat entschieden ... Demokratie kennt Ämter nur auf Zeit. Ich habe dieses Amt nach besten Kräften geführt. Ich bin nicht bereit, eine Mehrheitsentscheidung, die in einer wichtigen Sache gegen meine engagierte Überzeugung erfolgt, nun als Vorsitzender zu vertreten. Ich habe, wie ich Ihnen gestern sagte, die Konsequenzen überdacht. Hiermit trete ich vom Amt des Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nach gewissenhafter Prüfung des Für und Wider zurück."

Dieser Vorgang spielte in der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 19. Oktober 1984 eine Rolle. Ich erklärte u. a.:

„Am 8. Mai 1973 hat die Fraktion über den UNO-Beitritt zu verhandeln gehabt. Die Fraktion hat mit einer sehr knappen Mehrheit gegen den Rat des Vorsitzenden, des Parteipräsidiums der CDU und der Ministerpräsidenten der CDU-geführten Länder entschieden, diesen Beitritt nicht mitzuvollziehen.

Für den nächsten Morgen habe ich eine Sondersitzung der Fraktion einberufen.

Ich ging in mein Büro und entschied mich – nach einem Gespräch mit meiner Frau –, beide Vorsitze niederzulegen. Obwohl viele Kollegen versuchten, mich zu bewegen, wenigstens in einem Amt zu bleiben, blieb ich bei meinem Entschluß. Dazu bedurfte es keines Rates und keiner Hilfe. Es ist infam, dem Kollegen Kohl und mir vorzuwerfen, daß dabei Geld im Spiel war. Ich bin froh, daß das vom Tisch ist."

Herr Katzer, mit dem ich mich u. a. an diesem Abend beriet, ist bereit,



den Vorgang zu bezeugen.

III. Nach dieser politischen Niederlage machte ich eine kurze Pause und suchte dann eine zusätzliche Tätigkeit. Ich war erst 49 Jahre alt und gewohnt, 14 Stunden pro Tag zu arbeiten. Außerdem hielt ich es für richtig, mich auch im Interesse meiner Nachfolger politisch zurückzuhalten und neue Lebenserfahrungen zu sammeln.

In der Folgezeit erhielt ich sehr bald Tätigkeitsangebote u. a. von großen Firmen und internationalen Organisationen, darunter auch ein Angebot meines Freundes Albert Paul, in seiner Kanzlei mitzuarbeiten. Für dieses Angebot entschied ich mich.

Das war dann von Anfang an bekannt, ordnungsgemäß angezeigt und im Handbuch des Deutschen Bundestages veröffentlicht. Viele fragten: „Was machen Sie nun?" Ich antwortete: „Ich arbeite in der Praxis Dr. Paul." Viele fanden das gut und für sie selbst interessant. Einige wurden Klienten der Praxis Dr. Paul.

IV. Für die Kanzlei Paul war ich beratend tätig, mündlich wie schriftlich. Der Beweis dafür ist ebenso evident wie die Tatsache der Nicht-Übereinstimmung der Zahlungen von Flick an die Kanzlei Paul mit den Bezügen, die ich von dort erhielt.

V. Öffentlich sind – soweit ich das verfolgen konnte – diese Fragen gestellt worden:

a) ob ich überhaupt für und in der Kanzlei gearbeitet hätte;

b) ob ich von der Firma Flick Geld bekommen hätte;

c) ob ich von Verträgen der Kanzlei Paul mit dieser oder mit anderen Firmen gewußt hätte;

d) ob das Honorar der Firma Flick an die Kanzlei Paul in der Summe identisch sei mit der Vergütung, welche ich von der Kanzlei bezog und versteuerte.

Ich will das konkret abhandeln.

a) Ich habe gearbeitet, mündlich wie schriftlich. Ich will hier die Themen einiger Rechtsgutachten, die ich erstattete, nennen:

Mitbestimmung und Unternehmensrecht

Europäische Aspekte
- Mitbestimmung
- Steuerharmonisierung
- Agrarreform
- Kapitalverkehr

Erste Konturen des neuen Bau-Bodenrechtes

Gesellschaftsrecht und Europäische Gemeinschaft

Zur bevorstehenden Reform der Erbschaftssteuer

Gesellschaftliche Fragen
- Vermögensbildung
- Bodenreform
- Baurecht
- Berufliche Ausbildung
- Medienpolitik
- Innere Pressefreiheit
- Innere Rundfunkfreiheit
- Mitbestimmung
- Reform des Unternehmensrechtes

Übersicht über zu erwartende, wichtige gesellschaftspolitische Gesetzgebung (73/74):
- Kartell-Gesetz
- Schenkungs- und Erbschafts-Steuer
- Vermögensteuer
- Grundsteuer
- Gewerbesteuer
- Bodenrecht
- Vermögensbildung
- Berufliche Bildung
- Mitbestimmung
- Hochschulgesetz

Aspekte der Mitbestimmungs-Diskussion in der Europäischen Gemeinschaft

Unternehmensverfassung und multinationale Unternehmen

Unternehmensrecht I

Mitbestimmung und Freundschafts-, Handels- und Schiffahrts-Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den USA vom 29. 10. 1954

Zur Verfassungsmäßigkeit des Vermögensbildungs-Gesetzes

Neue Aspekte in Europa zum Thema: Mitbestimmung

Zum künftigen Unternehmensrecht II

Zum Statut einer Europäischen Aktiengesellschaft

Allgemeine Handlungsfreiheit und Unternehmensrecht

Vereinbarkeit des Gesetzentwurfes der Bundesregierung zur Mitbestimmung mit dem Vertrag mit den USA vom 29. 10. 1954

insbesondere: Inländerbehandlung und Meistbegünstigung

Zum Mitbestimmungs-Vorschlag des Europäischen Parlamentes

Zum künftigen Unternehmensrecht

Ich füge hinzu, daß ich regelmäßig nach Brüssel reiste, um in den EG-Fragen auf dem laufenden zu bleiben. Herr Haferkamp, Vizepräsident der Kommission, kann das – neben anderen – bezeugen.

Das Haus Flick hat nach der „Welt" vom 18. 10. 84, S. 8, bestätigt, daß die Kanzlei Paul „erhebliche Leistungen erbracht" habe; daß „das Honorar an die Kanzlei nichts Außergewöhnliches" sei, zumal es „in der Firma nur einen Juristen gegeben" habe, sie also notwendigerweise ständig „auf Rechts- und Steuerberatungen fremder Kanzleien" habe „zurückgreifen" müssen.

Mein Entgelt von der Praxis für meine Arbeit gestaltete sich nach unserem Vertrage entsprechend meiner Arbeit. Nachdem ich am 20. 1. 77 zum Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses des Deutschen Bundestages gewählt war, verminderte ich meine Arbeit in der Kanzlei. Den Vorsitz im Wirtschaftsausschuß legte ich Mitte Februar 1979 nieder – wegen eines Rückenleidens. Ich übernahm die Arbeit eines Kolumnisten.

Zur Frage b), ob ich von der Firma Flick Geld bekommen hätte:

Nein.

Ich arbeitete in der Praxis Dr. Paul und für die Klienten dieser Praxis im Auftrage Dr. Paul. Ich wurde aus den Gesamteinnahmen der Praxis honoriert. Natürlich wußte ich, soweit es mich anging, welche Klienten diese Praxis hatte.

Mir war bekannt, daß die Praxis einen Vertrag u. a. mit der Firma Flick hatte. Von den leitenden Herren dieser Firma, die ich alle schon vorher kannte, habe ich die Herren Flick, Kaletsch, von Brauchitsch von Zeit zu Zeit und Herrn Paefgen regelmäßig getroffen – wie andere Klienten auch.

Zur Frage c), ob ich von Verträgen der Kanzlei Paul mit dieser oder anderen Firmen gewußt hätte:

Natürlich, soweit es mich anging.

Zur Frage d), ob das Honorar der Firma Flick an die Kanzlei Paul in der Summe identisch sei mit der Vergütung, welche ich von der Kanzlei bezog und versteuerte:

Nein.

VI. Ich betone: Nie war ich – Gott Dank – ein „Sozialfall". Als Ministerialrat a. D., als Bundesminister a. D. und als Autor gab es solche Probleme für mich glücklicherweise nicht.

VII. Mir wird vorgehalten, mich nicht rechtzeitig publizistisch gewehrt zu haben. Allein gegen so viele und aus mir unbekannten Akten – das ist schon schwierig.

Hier meine drei öffentlichen Erklärungen:

1. „Welt am Sonntag" vom 7. Oktober 1984

2. „Bild-Zeitung" vom 15. Oktober 1984

3. Erklärung für ARD und ZDF vom 22. Oktober 1984

VIII. Ich habe die Fragen, die mir bekannt und öffentlich gestellt wurden, beantwortet. Ich bin bereit, alle weiteren Fragen von öffentlichem Interesse zu beantworten, soweit sie mit dem Beweisthema und dem Beweisbeschluß zusammenhängen.

Das Hauptquartier ist ein Hotel in Baalbek

Über die innere Struktur der schiitischen Terrororganisationen ist im Westen wenig bekannt. In der zweiten Folge der Artikelreihe über den Terror der Shia wertet der Autor die Erkenntnisse und Analysen der westlichen Geheimdienste über den sogenannten „Islamischen Heiligen Krieg" aus.

Von ROLF TOPHOVEN

Kommandeur des militärischen Arms der Bewegung Mussawis ist Abu Yahya, seine rechte Hand Scheich Ghareb Harb. Er gilt als Agent der „Iranischen revolutionären Garden" in Libanon. Der Scheich wird auch als der „Ayatollah der Selbstmörder" bezeichnet. Er indoktriniert die Kommandos, bevor sie für Allah den Märtyrertod sterben.

Die unter dem Decknamen „Islamischer Heiliger Krieg" Versammelten unterliegen keiner hierarchischen Struktur. Es handelt sich um ein Reservoir von potentiellen Terroristen verschiedener Herkunft. Dazu gehören unter anderem Hunderte von libanesischen Schiiten sowie bis zu 500 iranische Revolutionsgardisten, die nach dem Ausbruch des Libanon-Krieges im Sommer 1982 via Damaskus in das Land einsickerten.

Mussawis Hauptquartier liegt im al-Khawam-Hotel in Baalbek – im syrisch besetzten Teil Nordlibanons. Baalbek gilt seit längerem als Hochburg radikaler schiitischer Kräfte. In unmittelbarer Nachbarschaft Baalbeks werden auch die Kommandos ausgebildet. Die Waffen kommen aus Syrien und Iran. Hussein Mussawi unterhält auch enge Kontakte zu den Arafat-Dissidenten um Abu Musa. Stärkste Bastion dieses Schiitenführers im Großraum Beirut ist das palästinensische Flüchtlingslager Burj al-Barajneh.

Eine andere nicht unbedeutende extreme Gruppe im Spektrum der libanesischen Shia ist die „Hizb Allah" (Die Partei Gottes). Auch ihr Credo folgt radikaler islamischer Ideologie. Der Kern dieser Gruppierung splitterte ebenfalls von der ursprünglichen „Amal"-Bewegung ab. Mitglieder dieses Kaders haben sich in der Vergangenheit besonders als Heckenschützen auf US-Soldaten in Beirut hervorgetan.

Chef der „Hizb Allah" ist Abbas Mussawi, ein Verwandter des „Amal al-Islami"-Führers Hussein Mussawi. Die „Partei Gottes" zählt einige hundert Mitglieder – jene zitieren den Koran und nennen sich „Soldaten Gottes". Die Hauptquartiere dieses Kommandos liegen ebenfalls in Baalbeck, wo demnach auch enge Kooperation mit den „Iranischen revolutionären Garden" gepflegt wird.

Die sogenannte „Studenten-Assoziation" ist die letzte Formation innerhalb radikaler Schiiten in Libanon, die Erwähnung verdient. 1970 vom Imam Musa Sadr als ein Sammelbekken für schiitische Hochschulabsolventen in Beirut gegründet, löste sich auch diese Gruppe von der „Amal"-Bewegung, als der Einfluß Khomeinis innerhalb der Schiiten Libanons anwuchs. Fortan verfocht die „Studenten-Assoziation" einen strammen pro-iranischen Kurs.

Über ihren Führer ist relativ wenig bekannt: Scheich Mohammed Hussein Fadlallah, ein religiöser Lehrer der Schiiten in den südlichen Vororten Beiruts. Fadlallah wird in manchen Publikationen auch als Chef der „Hizb Allah" ausgegeben.

Westlichen Nachrichtendiensten fiel sein Name erstmals im Umfeld der Recherchen über das Bombenattentat vom Oktober letzten Jahres gegen das Hauptquartier der Marines auf. So soll Fadlallah in der Nacht vor der verheerenden Explosion die beiden Selbstmörder in seiner Moschee empfangen, sie gesegnet und ihnen die baldigen Freuden des Paradieses versprochen haben.

Der Einfluß Khomeinis liegt jedoch nicht nur über den bisher erwähnten radikalen schiitischen Kreisen in Libanon, auch im Lande seines Todfeindes, des irakischen Präsidenten Sadam Hussein, scheinen schiitische Kader im Banne des Ayatollah zu stehen. Seit Ausbruch des Golfkrieges zwischen Irak und Iran warten die Ayatollahs in Teheran auf das Übergreifen ihrer revolutionären islamischen Parolen auf die schiitischen Bevölkerungsteile in Irak. Doch der erhoffte Erfolg blieb bis heute aus. Die Schiiten Iraks schlüpften nicht in die Rolle einer „Fünften Kolonne" gegen das Regime Sadam Husseins.

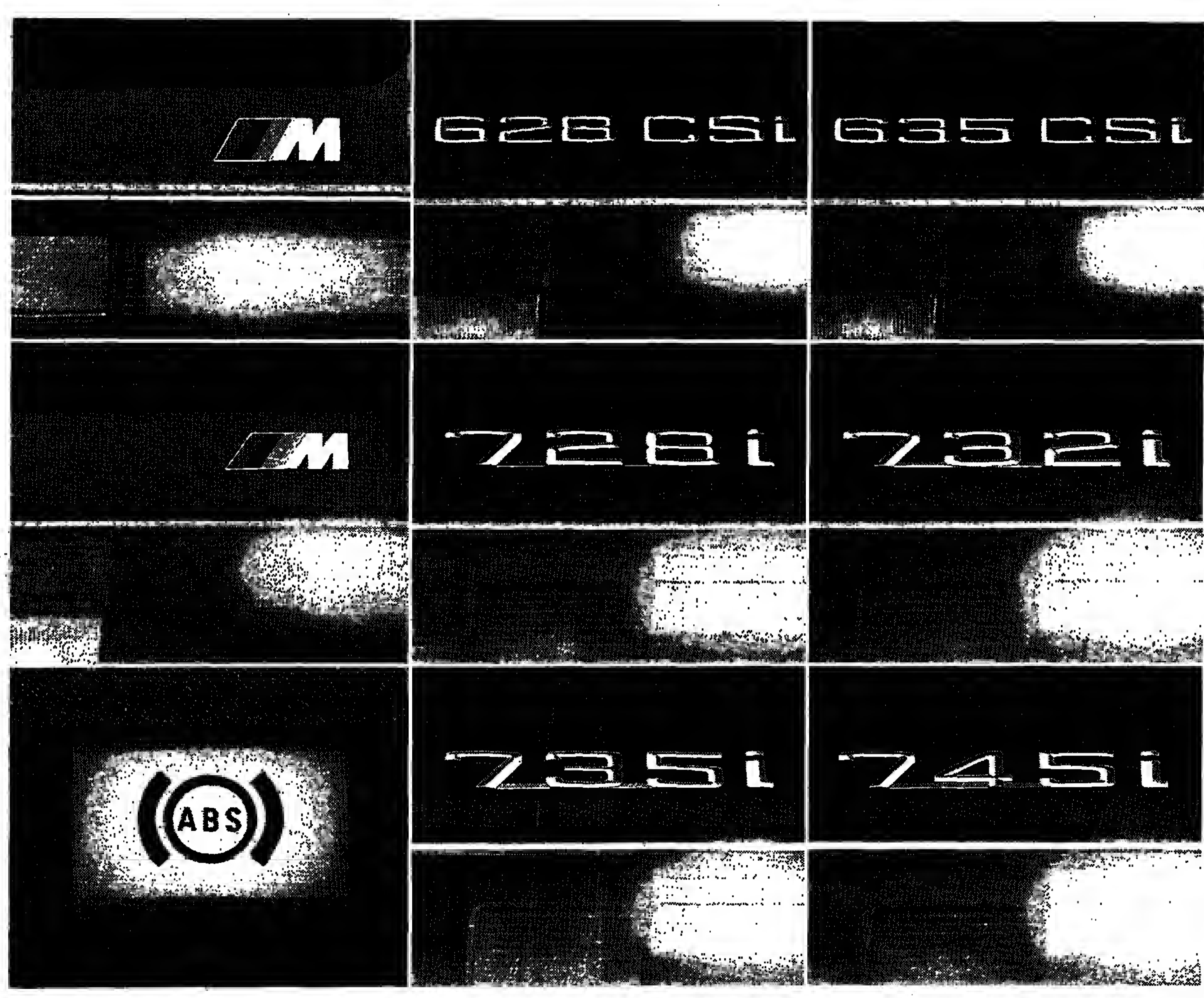
Dennoch existiert bereits seit einiger Zeit in Irak eine geheime, auf Khomeini eingeschworene fundamentalistische Shia-Organisation: die Gruppe „al-Dáwa" (Der Ruf zum Hl. Krieg). Internationale Fachleute differenzieren jedoch, wenn sie eine Bewertung dieses Kaders vornehmen. Manchen gilt diese Geheimorganisation zu einem Teil nur als „Namensgeber" für Terroraktionen, die unmittelbar von Teheran ausgehen.

„Al-Dáwa" übernahm für verschiedene Anschläge in der Vergangenheit die Verantwortung – unter anderem für den Bombenanschlag gegen die Botschaft Iraks in Beirut vom Dezember 1981. Im März 1982 flogen in Irak 30 Munitionstransporter in die Luft. Als Akteure hinter dieser Tat nannten iranische Quellen die Gruppe „al-Dáwa". Ebenfalls 1982, im Juli, schrieben iranische Kreise dem „al-Dáwa"-Kommando einen Anschlag auf das Leben des irakischen Staatspräsidenten zu.

Der Name dieser Gruppe wurde weiterhin bemüht bei der Übernahme der Verantwortung von Bombenexplosionen im Dezember letzten Jahres in Istanbul und Ankara (hier Anschlag gegen die irakische Botschaft) sowie bei einer Autobombe, die in der Nähe amerikanischer und französischer Einrichtungen in Izmir entschärft wurde.

In das von Teheran anscheinend perfekt betriebene Spiel mit Tarnnamen und -organisationen zwecks Verschleierung der wahren Hintermänner bei Terroroperationen paßt auch noch ein anderes, im Westen kaum bekanntes Ereignis. Anfang Dezember 1983 meldete Radio Teheran, zwei Bombenautos mit je 200 Kilogramm Sprengstoff seien, von Selbstmord-Kommandos gesteuert, im Hauptquartier des irakischen Sicherheitsdienstes und in einem Militärcamp im Zentrum Bagdads explodiert. Dabei sei das Gebäude des Sicherheitsdienstes völlig zerstört worden. Zugeschoben wurde diese Aktion einer irakisch-schiitischen Gruppe mit dem Namen „al-Amal al-Islami". Bis heute liegen weder über die Täter, den Anschlag, noch über die Identität der Terrortruppe verläßliche Informationen vor.

Wir reden vielleicht etwas weniger über Sicherheit. Dafür nehmen wir sie um so ernster.



Das Beste an Sicherheit ist bei keiner Alternative so selbstverständlich wie bei BMW:

ABS in Serie beim M 535i, 628CSi, 635CSi, M 635CSi, 728i, 732i, 735i, 745i.

Die großen BMW: An der Spitze einfach die konsequentere Alternative. Besonders wenn es um Sicherheit geht.
International sind BMW Automobile erste Wahl für Fahrerpersönlichkeiten, die nicht nur die exklusive Ausstrahlung eines Automobils beurteilen können, sondern auch das, was diesen Anspruch rechtfertigt. Gerade aus diesem Grunde ist BMW weltweit außerordentlich erfolgreich. *Denn immer mehr Käufer messen wahre Spitzenklasse* an dem, was sie wirklich bietet: Status durch Fortschritt, nicht statt. Das gilt auch für die Sicherheit.

BMW – Schrittmacher auch bei der Sicherheit. Zum Beispiel: Kein anderer Hersteller setzt so konsequent ABS in Serie ein.
BMW war einer der Mitentwickler des Anti-Blockier-Systema. Und heute ist ABS bei BMW nicht nur in jeder Baureihe auf Wunsch erhältlich, sondern in rd. 40% eller engebotenen BMW Modelle bereits serienmäßig eingebaut: M 535i, 628 CSi, 635 CSi, M 635 CSi, 728i, 732i, 735i, 745i. Für Kenner der Automobilszene ist diese Konsequenz ein weiterer Beleg für den BMW Anspruch, führend in der Welt die faszinierenden Möglichkeiten der Mikro-Elektronik im Automobil zu nutzen.

ABS Anti-Blockier-System: Bremssicherheit der höchsten Klasse.
ABS arbeitet präziser, effektiver und fehlerloser als jeder Mensch es könnte und verhindert unter allen Umständen absolut sicher das Blockieren der Räder beim Bremsen. ABS verhindert dadurch Schleudern selbst bei extremen Notbremsungen, auch auf problematischen Fahrbahnoberflächen. Mit ABS ist es möglich, auch in Kurven voll zu bremsen. Die Lenkfähigkeit bleibt erhalten, so daß bei Notbremsungen Lücken zwischen Hindernissen genutzt werden können. Durch die optimale Ausnutzung der bestehenden Kraftschlußbeiwerte für jedes einzelne Rad wird zudem der bestmögliche Bremsweg erreicht.

Wirklich umfassende Sicherheit entsteht erst durch technische Konsequenz. Beispiel: ABS und ektive Check-Control bei BMW.
Der Bremsweg von Fahrzeugen, die mit ABS ausgerüstet eind, kann zum Teil deutlich kürzer sein. Eine der wichtigsten Voraussetzungen, Auffahrunfälle von nachfahrenden Fahrzeugen zu vermeiden, ist deshalb das Funktionieren der Bremsleuchten. Doch wie häufig sieht man selbst bei anspruchsvollen Fahrzeugen funktionsuntüchtige Brems- und Rücklichter.
Bei BMW gibt es deshalb eine außerordentlich wertvolle Ergänzung des ABS: die aktive Check-Control.
Sie überprüft 7 wichtige Fahrzeugfunktionen und zeigt Störungen, etwa der Bremslichter oder Heckleuchten, sofort an.

Sicherheit ist zum einen Technik. Und zum anderen Konsequenz. Beides geht bei BMW etwas weiter – zu Ihrem Vorteil.



Washington gibt Einwände gegen EG-Politik auf

Co. Bonn

Die amerikanische Regierung hat anfängliche Bedenken gegen eine politische und wirtschaftliche Kooperation zwischen den Staaten der Europäischen Gemeinschaft und Zentralamerikas aufgegeben. US-Außenminister George Shultz erklärte nach Bonner Angaben bei einem Essen mit den Botschaftern der EG-Partner in Washington, die europäisch-mittelamerikanische Außenministerkonferenz von San José (Costa Rica) Ende September sei auch aus der Sicht der Vereinigten Staaten sinnvoll und nützlich gewesen.

Der mexikanische Außenminister Bernardo Sepulveda hat der Bundesregierung in einem Brief an Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher für die Unterstützung der Friedensbemühungen der Contadora-Staaten (Kolumbien, Mexiko, Panama, Venezuela) gedankt. Das Treffen in San José habe den Wert diplomatischer Zusammenarbeit in einer für Mittelamerika besonders krisenhaften Zeit bewiesen. Die Verbindung mit der EG sollte auf politischer Ebene aufrechterhalten werden, meinte Sepulveda.

Ähnlich positiv haben sich, wie aus dem Bonner Auswärtigen Amt bekannt wurde, in der Zwischenzeit auch andere Teilnehmer der Konferenz von San José geäußert. Das Treffen habe bewiesen, daß die Vermittlertätigkeit Europas in Zentralamerika erstarrte Fronten auflockern könne.

Appel Mitterrands an Großbritannien

fu, London

Frankreichs Staatspräsident Mitterrand hat Großbritannien aufgefordert, mehr zur Stärkung und Einheit Europas beizutragen. Am zweiten Tag seines Staatsbesuches in Großbritannien sprach Präsident Mitterrand in der Royal Gallery von Westminster vor beiden britischen Parlamenten, dem Unterhaus und dem House of Lords. Diese Ehre ist zuvor nur wenigen Staatsgästen zuteil geworden, zuletzt US-Präsident Reagan. Als einziger deutscher Staatsgast hat Willy Brandt eine Rede vor den Mitgliedern von Unter- und Oberhaus gehalten.

Mitterrand wies darauf hin, wie sehr Europa auf die starke Mitarbeit Großbritanniens angewiesen sei. Dies gelte nicht nur für eine solide Verteidigungs-Bereitschaft, sondern auch für das Ziel der politischen Einheit Europas. Frankreich und Großbritannien sollten auf vielen Gebieten, nicht zuletzt auf dem der Technologie, gemeinsam auf dieses Ziel zugehen. Außerdem richtete er einen feierlichen Appell an die Großmächte, die Abrüstungsverhandlungen wieder aufzunehmen. Mitterrand sagte: „Auf allen Gebieten der Rüstung, der Langstrecken- wie Mittelstreckenwaffen, eventuell auch bei neuen Weltraumwaffen oder chemischen Waffen, überall ist es dringend, die Gespräche wieder aufzunehmen, die Situation zu vergleichen, und auf der Basis von Kompromissen und gegenseitiger Kontrolle echte Abkommen zu schließen."

Keinerlei Konzessionen machte der sozialistische Präsident an die Labour-Partei und deren Programm der einseitigen Abrüstung. Er verwies vielmehr mit Nachdruck auf die Notwendigkeit der Rüstung zur Verteidigung Frankreichs und Europas. Im Anschluß an seine Rede traf sich Mitterrand zu einem Mittagessen mit Premierministerin Thatcher. Dabei erörterten sie Probleme der Terrorismus-Bekämpfung, gemeinsame Wirtschaftsprojekte und am Rande auch Möglichkeiten für den Bau eines Kanal-Tunnels.

Spanien sucht Stärkung im europäischen Lager

Gonzáles klärt seine Haltung in der NATO-Frage

ROLF GÖRTZ, Madrid

Das spanische Volk wird im Februar 1986 im Rahmen eines Referendums „über die Form seines Beitrages" zur Atlantischen Verteidigungsgemeinschaft, der es seit 1982 angehört, abstimmen. Dies kündigte der spanische Ministerpräsident Felipe González in seinem Bericht zur Lage der Nation vor den Cortes, dem spanischen Parlament, an. Die Mitgliedschaft selber soll nicht in Frage gestellt werden.

Mit einem Zehnpunkte-Programm beendete der Chef der sozialistischen Regierung die bisherige Ungewißheit in Verteidigungsfragen der konfusen Außenpolitik seiner Regierung. González: „Spanien gehört dem Atlantischen Bündnis an und beteiligt sich an seinen Organen." Allerdings: Die Eingliederung in die militärische Struktur der NATO ist nach Meinung des Regierungschefs nach wie vor „nicht nötig". In diesem Widerspruch drückt sich der Wunsch nach einem ausreichenden Spielraum gegenüber der Anti-NATO-Front in seiner eigenen Partei aus. Es fiel auf, daß der linke Flügel der sozialistischen Fraktion ihrem Partei- und Regierungschef nach seinem Bericht zur Lage keinen Beifall zollte.

Das Zehnpunkte-Programm zur Verteidigungspolitik läßt außerdem den Wunsch Spaniens nach einer Stärkung seiner Position im europäischen Lager erkennen. González sucht Anschluß an die Westeuropäische Union (WEU). Die stärkere Bindung an Europa soll offensichtlich nach und nach das bisherige Rückgrat spanischer Außenpolitik, das Verteidigungsabkommen mit den Vereinigten Staaten ersetzen. González schlug vor, bei einer Änderung des spanisch-amerikanischen Verteidigungsabkommens von 1982 und 1983 die „Gegenwart von Streitkräften und ihrer Hilfseinrichtungen" abzubauen.

Zum erstenmal auch für eine breite Öffentlichkeit sichtbar nahm der Oppositionssprecher, der Chef der Bürgerlichen Volksallianz (AP), Fraga Iribarne, die Gelegenheit zu einer brillanten Replik wahr. Bei Halbzeit der sozialistisch diktierten Legislaturperiode bot er die bürgerliche Opposition als eine klare Alternative zur derzeitigen Regierung an. Fraga Iribarne konterte den optimistisch bis triumphalistisch gehaltenen Bericht des Regierungschefs mit konkreten Zahlen der OECD. Danach habe die Regierungspartei ihre Versprechen nicht annähernd erfüllen können. Statt mehr Arbeitsplätze zu schaffen nehme die Zahl der Arbeitslosen ständig zu und erreichte 2,7 Millionen. Fraga: „Wir stehen heute schlechter da als vor zwei Jahren."

Den Vorschlag von Regierungschef González, auf parlamentarischer Ebene einen Konsensus in der Außen- und Verteidigungspolitik anzustreben, begrüßte der Oppositionssprecher. „Wir machen allerdings nur dann mit, wenn ein solcher Konsensus auch in der stark umstrittenen Erziehungspolitik möglich ist: Die Erziehung geriet zwischen die Fronten eines ideologischen Kampfes. Sie soll offenbar dem Einheitsmonopol unterworfen werden, das schon jetzt das staatliche Fernsehen beherrscht."

El Salvadors Armee verliert einen ihrer besten Offiziere

Monterrosa bei Absturz getötet / Abschuß durch Rebellen?

DW. San Salvador

Vier hohe salvadorianische Offiziere sind nach Angaben eines Armeesprechers beim Absturz eines Hubschraubers ums Leben gekommen. Unter den insgesamt 14 Toten befinden sich zwei Oberste und zwei Majore, darunter auch Oberst Domingo Monterrosa, der als Befehlshaber der 3. Brigade das wichtigste militärische Kommando des Landes führte.

WERNER THOMAS, Miami

„Der Krieg geht weiter", sagte Oberst Domingo Monterrosa, als er vergangene Woche nach den Friedensgesprächen in La Palma mit 2300 Soldaten eine Offensive in der Guerrilla-Provinz Morazan startete. „Ich habe nichts von einem Waffenstillstand gehört. Manchmal muß man einen Krieg führen, um den Frieden zu erreichen."

Es sollte die letzte Operation Monterrosas sein: Der Oberst kam bei dem Hubschrauberabsturz in Morazan ums Leben. Die salvadorianischen Streitkräfte haben ihren besten Offizier verloren.

Die erste Nachricht vom Schicksal Monterrosas verbreitete der Rebellensender „Radio Venceremos". Partisaneneinheiten hätten seinen Hubschrauber nach dem Start in der Ortschaft Joateca – 200 Kilometer nordöstlich der Hauptstadt – abgeschossen, hieß es. Neben ihm seien noch „andere Kommandanten der Diktatur" getötet worden.

Oberst Ricardo Cienfuegos, Sprecher der salvadorianischen Streitkräfte, bestätigte später den Tod Monterrosas. Aus anderen Kreisen der Militärs wurde bekannt, daß auch drei weitere Elite-Offiziere ums Leben kamen. Cienfuegos führte die Absturzursache auf einen mechanischen Fehler des Hubschraubers zurück.

Nach Angaben aus militärischen Kreisen bedeutet der Tod der vier Elite-Offiziere einen schweren Rückschlag für die Armee: Das salvadorianische Oberkommando habe ebenso wie die beratenden US-Offiziere in ihnen Schlüsselfiguren bei dem Versuch gesehen, die Schlagkraft der schlecht ausgebildeten Armee zu verbessern.

Domingo Monterrosa, 44, galt als der erfahrenste und draufgängerischste Offizier der Regierungstruppen. Er ist als Kommandeur des „Atlacatl"-Bataillons bekannt geworden und hatte im vergangenen Jahr den Kommando-Posten der Schlüsselprovinz San Miguel übernommen. Seither sind die Partisanen der „Nationalen Befreiungsfront Farabundo Marti" (FMLN) in den strategisch wichtigen Ostgebieten langsam in die Defensive gedrängt worden.

Der salvadorianische Staatschef José Napoleon Duarte zeigte sich über den Tod Monterrosas „konsterniert". Dieses sei ein eindeutiger Beweis, daß die FMNL „den Frieden nicht will", erklärte er gegenüber der französischen Nachrichtenagentur AFP. Der Anschlag werde die Bemühungen um Frieden in El Salvador aber nicht zunichte machen.

Bei den Operationen in Morazan wollte Monterrosa Rebellenführer gefangennehmen, unter ihnen Joaquin Villalobos, den Chefkommandanten der FMNL-Truppen. Dieser steuert seit Jahren den Guerrilla-Krieg von einem geheimen Hauptquartier im Norden Morazans aus. Der Oberst starb zu einem Zeitpunkt, als die Regierungstruppen eindeutig das Kriegsgeschehen diktierten. Den Rebellen gelang seit Monaten keine spektakuläre Aktion mehr. Zudem verstärkte die Reagan-Regierung nach der Wahl Duartes ihre Militärhilfe. Die Zahl der Kampfhubschrauber wird sich von 18 auf 43 Ende des Jahres erhöhen.

Blüm: „Die Renten sind gesichert."

Erhöhung der Beitragssätze morgen im Bundestag/Kabinett billigt Koalitions-Kompromiß

PETER JENTSCH, Bonn

Das Bundeskabinett hat gestern das von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm in Abstimmung mit Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg vorgeschlagene Rentenpaket beschlossen. Eine Entscheidung drängte insbesondere in der Frage der Beitragssatzerhöhung, da nach jüngsten Schätzungen den Rentenfinanzen Ende des Jahres ein Defizit in Höhe von etwa 2,8 Milliarden Mark droht. Die Rentenversicherer erwarten Ende Dezember Einnahmen von 157,2 und Ausgaben in Höhe von 160 Milliarden Mark.

Die Fraktionen von CDU/CSU und FDP hatten sich zuvor auf einen Kompromiß zur Zahlungsfähigkeit der Rentenversicherung sowie auf die Gesetzentwürfe zur Neuordnung der Hinterbliebenenrenten, zur Einführung des „Babyjahres" und zur Verlängerung des Bezuges von Arbeitslosengeld geeinigt.

Der Kompromiß zur Veränderung der Beitragssätze, der von den Koalitionsfraktionen unverzüglich als Initiativantrag im Bundestag eingebracht und morgen in erster Lesung behandelt werden soll, sieht vor:

– Der Beitragssatz zur Rentenversicherung soll von Januar 1985 an um 0,2 Prozentpunkte auf 18,7 Prozent des Bruttoarbeitsverdienstes angehoben und

– der Beitragssatz der Arbeitslosenversicherung um 0,2 Prozentpunkte auf 4,4 Prozent gesenkt werden.

– Gleichzeitig sollen die Höchstzeiten für den Bezug des Arbeitslosengeldes nach mindestens sechsjähriger Beitragsleistung und wenn der Arbeitslose das 49. Lebensjahr vollendet hat, um ein halbes Jahr auf 18 Monate verlängert werden. Die Regelung ist bis 1989 befristet.

Die geplante Beitragserhöhung der Rentenversicherung verbessert ihre Einnahmen um etwa 1,3 Milliarden Mark. Ein Defizit aber bleibt. Denn die Schwankungsreserve wird Ende November mit etwa 6,5 Milliarden Mark ihren Tiefpunkt erreichen und erst im Dezember durch die verstärkte Einbeziehung der Sonderzahlungen (Weihnachtsgeld) in die Beitragspflicht um gut fünf Milliarden auf 11,6 Milliarden Mark steigen. Da der Bundeszuschuß zur Rentenversicherung 1984 in Höhe von 24,2 Milliarden Mark bis auf einen Rest von 290 Millionen Mark bereits gezahlt wurde, bleibt unter dem Strich ein Liquiditätsengpaß. Hier will Bundesfinanzminister Stoltenberg der Rentenversicherung mit zinslosen Betriebsmittelkrediten über die Hürden helfen. Dazu Blüm: „Die Renten sind sicher."

Die Bundesanstalt für Arbeit verliert durch die geplante Beitragssenkung Einnahmen in Höhe von 1,3 Milliarden Mark. Dem steht freilich im kommenden Jahr ein Überschuß der Anstalt von 1,5 Milliarden Mark gegenüber. Die vorgesehene Verlängerung des Bezuges von Arbeitslosengeld um sechs Monate kostet die Bundesanstalt jedoch jährlich etwa eine Milliarde Mark.

Die Verschiebung der Lasten zwischen Renten- und Arbeitslosenversicherung soll die nötigen Mittel zur Finanzierung des „Babyjahres" beschaffen, das in den ersten fünf Jahren jährlich etwa 140 Millionen Mark kosten wird. Nach Auffassung Stoltenbergs muß die Finanzierung nach diesem Zeitraum – dann kostet das „Babyjahr" jährlich etwa drei Milliarden – durch die angestrebte große Rentenreform gesichert werden.

Nach den Plänen Blüms sollen Frauen, die nach 1920 geboren sind, von 1986 an je Kind ein Erziehungsjahr mit 75 Prozent des durchschnittlichen Einkommens angerechnet erhalten. Das gilt allerdings nur für Frauen mit eigenem Rentenanspruch, den sie auch durch freiwillige Beiträge oder durch Beitragsnachentrichtung erreichen können. Auf Witwenrenten wird das „Babyjahr" nicht angerechnet. Bundesarbeitsminister Blüm betonte in Bonn: „Wir können nicht die Ungerechtigkeiten der Vergangenheit auf einen Schlag lösen. Es ist sicher, daß gerade ältere Rentnerinnen nicht leicht verstehen, daß die Erziehungszeiten nur für Frauen gelten, die nach Inkrafttreten des Gesetzes 65 Jahre alt werden.

Zum Rentenpaket gehört auch die vom Bundesverfassungsgericht bis 1984 vorgeschriebene Reform der Hinterbliebenenversorgung. Nach Blüms Anrechnungsmodell sollen künftig Witwer und Witwen in den Genuß dieser Rente kommen, wobei jedoch 40 Prozent eigener Einkommen, die 900 Mark übersteigen, auf die Zahlung angerechnet werden. Unter der Bedingung der Kostenneutralität nannte Blüm diese Lösung das „frauenfreundlichste aller diskutierten Modelle". Es stärke zugleich das Versicherungsprinzip, denn die im geltenden Rentenrecht bestehende Unterscheidung zwischen der Lohnersatzfunktion der Versichertenrente und der Unterhaltsersatzfunktion der Hinterbliebenenrente werde konsequent auf Frauen wie Männer angewandt.

Alfonsin fordert Hilfe von den Europäern

hst, Straßburg

Der Staatspräsident von Argentinien, Raoul Alfonsin, hat gestern vor dem Europäischen Parlament in Straßburg an die Bereitschaft der EG appelliert, Wohlfahrt, Gerechtigkeit und Demokratie in seinem Lande sichern zu helfen: Lateinamerika und die Industrieländer Europas sollten in einen „kreativen" Dialog eintreten, um zu verhindern, daß sich die Probleme Iberoamerikas weiter verschärften. Alfonsin, der auch die 45-Milliarden-Verschuldung seines Landes besprach, empfahl in seiner Ansprache Assoziierungsabkommen und „ein Netz regelmäßiger und systematischer Konsultationen".

Parlamentspräsident Pflimlin eröffnete die Sitzung mit der Bemerkung, das Hohe Haus begrüße Alfonsin als den Staatsmann, „der in Argentinien die Demokratie wieder eingeführt" hat. „Wir haben in den vergangenen Jahren häufig mit schmerzhafter Aufmerksamkeit die Prüfungen verfolgt, von denen Ihr Land heimgesucht worden ist", sagte Pflimlin.

Mancher hatte mit einer demonstrativen Geste britischer Parlamentarier gerechnet. Die Einladung war von englischer Seite als unangemessen bezeichnet worden, solange die ehemaligen Falkland-Gegner Großbritannien und Argentinien nicht wieder diplomatische Beziehungen aufgenommen hätten.

Nur der Abgeordnete aus Ulster, John D. E. Taylor, wagte gestern ein kräftiges Wort: Das Straßburger Parlament solle sich zu schade sein, den Staatsgästen der Franzosen als politischer Zoo herzuhalten.

Alfonsin, auf den das gemünzt war, erwähnte Falkland selbst mit keinem Wort. Er illustrierte Argentiniens „Friedens-Liebe" an der Einigung mit Chile im Streit um die Inseln im Beagle-Kanal.

SPD für „Nachbesserungen" am Medien-Kompromiß

Bayern droht mit Alleingang: Schmerzgrenze erreicht

GERNOT FACIUS, Bonn

Klaus von Dohnanyi hatte die richtige Ahnung, als er am vergangenen Freitag den Medienkompromiß der Ministerpräsidenten mit der Bemerkung kommentierte: „Wir sind noch nicht am Ende der Wegstrecke." Die Partei Dohnanyis, die SPD, setzt auf mehreren Schienen zu einer „Nachbesserung" der Bremerhavener Vereinbarung an, die ein einigermaßen geordnetes Nebeneinander von öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunk sicherstellen soll. Unter „Nachbesserung" versteht die sozialdemokratische Seite vor allem, den bisherigen Monopolanstalten in den heiklen Fragen der Gebühren und der Werbung weiter entgegenzukommen.

SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz forderte gar, das Thema erweiterte Werbung in dem noch zu formulierenden Staatsvertrag abzusichern. „Natürlich können Sie die Rundfunkanstalten sicherstellen durch Gebührenerhöhung, und dann können wir in der Tat auf Werbung in den Dritten Programmen verzichten", sagte Glotz im Deutschlandfunk. „Wenn das aber mit den Gebührenerhöhungen nicht funktioniert, dann muß irgendwann auf der anderen Seite, also bei der Werbung erhöht werden. Und da werden Festlegungen auf Jahrzehnte und auf Dauer nicht möglich sein, sondern da muß man den Staatsvertrag so formulieren, im Zweifelsfall durch eine Kündigungsklausel, daß beides wieder offengemacht werden kann."

Für die unionsregierten Länder ist aber genau in diesem Punkt die „Schmerzgrenze wahrlich erreicht", wie Staatssekretär Edmund Stoiber (München) sagte. Er verwies auf die Ausweitung der Werbemöglichkeiten für den Westdeutschen Rundfunk (Hörfunk). „Wie sollen Wettbewerb und Konkurrenz entstehen, wenn die zusätzlichen Einnahmemöglichkeiten für Private, die vor allem in der Werbung bestehen, auch noch von den öffentlich-rechtlichen Anstalten besetzt werden", fragte Stoiber.

Wer an dem gefundenen Beschluß rüttele, gefährde den mühsam erarbeiteten Einigungsprozeß und trage die Verantwortung für Alleingänge einzelner Länder. Stoiber: „Bayern jedenfalls würde sich zum Beispiel da nicht länger von Hessen oder Nordrhein-Westfalen in seinen medienpolitischen Entscheidungen blokkieren lassen."

Die SPD-Bundestagsfraktion will mit einem Normenkontrollverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht gegen das niedersächsische Landesrundfunkgesetz vorgehen. Sozialdemokratisches Argument: Auch Privatfunk müsse eine ausreichende Staatsferne aufweisen, und diese sei in Niedersachsen nicht gegeben. Die Einflußmöglichkeit der Landesregierung sei zu groß. SPD-Bundesgeschäftsführer Glotz verglich diesen Vorstoß mit der Klage der bayerischen Staatsregierung im Zusammenhang mit den Ost-Verträgen. Glotz: „Man erhofft sich Pflöcke vom Verfassungsgericht, und die werden dann, sobald das Verfassungsgericht sie gesetzt hat, von allen Parteien akzeptiert werden müssen."

Die hessische SPD-Landtagsfraktion gab durch ihren Vorsitzenden Welteke zu erkennen, daß sie unter Umständen dem Beispiel der Grünen folgen wird und einen Staatsvertrag über die künftige Rundfunkstruktur ablehnt, wenn nicht erhebliche Korrekturen vorgenommen werden. Mit der Zustimmung Ministerpräsident Börners zum Bremerhavener Kompromiß sei „die letzte SPD-Bastion gegen den Kommerzfunk" gefallen, erklärten die Grünen. Sie finden in der SPD-Fraktion Bundesgenossen.

Franke für höhere Zahlung an Arbeitslose

rtr, München

Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke, hat eine Verlängerung und Aufstockung der Zahlungen an die Arbeitslosen vorgeschlagen. Franke sagte im Münchner Presseclub, außer einer Verlängerung des Arbeitslosengeldes von zwölf auf bis zu 18 Monate sollte anschließend – noch vor dem Beginn der erheblich niedrigeren Arbeitslosenhilfe – ein sogenanntes „Arbeitslosengeld zwei" zwischengeschaltet werden. Es solle vier bis sechs Monate lang gewährt werden und in seiner Höhe in der Mitte zwischen dem normalen Arbeitslosengeld und der Arbeitslosenhilfe liegen.

Die Verlängerung des Arbeitslosengeldes und die Einführung des „Arbeitslosengeldes zwei" würde, so Franke, 1,9 bis zwei Milliarden Mark pro Jahr kosten. Da die Bundesanstalt für 1985 einen Überschuß von 1,55 Milliarden Mark erwarte, müßte der Bund also noch etwas zuzahlen.

SPD sagt nein zu Wörners Konzept

dpa, Bonn

Die Sozialdemokraten haben die Bundeswehrplanung von Verteidigungsminister Manfred Wörner (CDU), in deren Mittelpunkt die Verlängerung der Wehrdienstzeit um drei Monate und der Ersatzdienstzeit um fünf Monate steht, abgelehnt. Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Horst Ehmke sagte, nach eingehender Beratung habe die SPD-Fraktion auch beschlossen, dem Verteidigungshaushalt 1985 nicht zuzustimmen. Ehmke bezeichnete die Rüstungsplanung als „unseriös". Die Vorstellungen von Wörner seien „nicht annähernd zu finanzieren".

Zu den Ausführungen Ehmkes sagte der Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Verteidigungsausschuß, Willy Wimmer, mit ihrer Ablehnung der Planung Wörners für das kommende Jahrzehnt habe die SPD der eigenen Politik zu Zeiten ihrer Regierungsverantwortung „im nachhinein ein vernichtendes Urteil ausgestellt".

„Zu keiner Zeit Geld von Flick"

DW. Bonn

Die SPD-Bundestagsabgeordneten Herbert Ehrenberg, Hans-Jürgen Junghans, Konrad Porzner und Peter Reuschenbach haben erklärt, zu „keinem Zeitpunkt" von Flick oder einem seiner Unternehmen direkt oder über Dritte „Zahlungen oder andere Zuwendungen in irgendeiner Höhe" erhalten zu haben. Sie reagierten damit auf einen WELT-Bericht über eine dem Untersuchungsausschuß vorliegende Liste des ehemaligen Flick-Buchhalters Diehl. Darin waren auch Zahlungen des Unternehmens an die vier SPD-Politiker vermerkt worden.

Verbesserung für Alleinerziehende?

dpa, Bonn

CDU/CSU und FPD wollen die Steuererleichterungen für die rund 900 000 alleinerziehenden Mütter und Väter erneut ändern. Wie die Deutsche Presse-Agentur (dpa) bei der öffentlichen Anhörung zum Steuerbereinigungsgesetz 1985 vor dem Finanzausschuß des Bundestages erfuhr, soll bis Ende November eine Lösung gefunden werden, die der ersten Gesetzesfassung des Finanzministeriums vom Januar dieses Jahres teilweise entspricht und den Forderungen der Alleinerziehenden näher kommt.

Elektro-Wende

Wb. – Als Sprecher der deutschen Elektroindustrie im Frühjahr 1984 verkündeten, die Branche – seit 1980 von einer guten Million auf 901 000 Beschäftigte (Januar 1984) geschrumpft – sähe gute Chancen für 20 000 Neueinstellungen noch in diesem Jahr, wurden sie von verschiedenen Seiten nahezu ausgelacht. Ende August war das Ziel mehr als erreicht: 927 000 Beschäftigte signalisierten 26 000 wiedergeschaffene Arbeitsplätze.

Wer vermutet, daß dieser erfreuliche Zuwachs vor allem auf das Konto der „typischen" Wachstumszweige im Investitionsgüterbereich der Branche ging, hat durchaus recht. 5000 Arbeitsplätze stammten allein aus der EDV-Produktion, 13 700 aus der Nachrichten-, Meß- und Regeltechnik sowie der Elektromedizin (die unsinnige Zusammenfassung entspringt der amtlichen Statistik).

Da die Unternehmer der Elektroindustrie nicht unvorsichtiger sind als ihre Kollegen in anderen Wirtschaftszweigen, also kaum neue Mitarbeiter einstellen, wenn nicht *nachhaltige Besserung in Sicht ist*, muß auch der Markt sich vielversprechend entwickelt haben.

Die begünstigten Teilbereiche sind dieselben, die sich mit der Nachfrage am Arbeitsmarkt hervortaten: Die EDV mit einem Zuwachs von 28 Prozent, Nachrichtentechnik und Anhang mit plus 16 Prozent. Bei den Gebrauchsgütern allerdings tat sich nur wenig. Dennoch: gar so düster, wie Zweckpessimisten sie malen, scheint die wirtschaftliche Gegenwart denn doch nicht auszusehen. Und 26 000 Arbeitsplätze erscheinen zwar nur als Tropfen auf den heißen Stein, sie signalisieren aber nach dreijähriger Talfahrt eine deutliche Wende.

Zwang-Ende

fu (London) – Am 1. November wird *endlich ein alter und dazu* noch widerwärtiger Zopf britischer Gewerkschafts-Tradition zwar nicht ganz abgeschnitten, aber doch erheblich gestutzt. Es geht um den sogenannten „Closed shop", also um den Zwang zur Gewerkschafts-Mitgliedschaft innerhalb eines Unternehmens, der immer noch weit verbreitet ist. Die neue Gewerkschafts-Gesetzgebung der Regierung Thatcher räumt mit diesem höchst undemokratischen Gewerkschaftszwang insofern auf, als künftig alle fünf Jahre Urabstimmungen über die Frage: „Closed shop oder nicht?" abgehalten werden müssen. Nur wenn mehr als 80 Prozent der Mitarbeiter dafür stimmen, darf diese Regelung ein- oder fortgeführt werden. Im anderen Fall kann die Gewerkschaft für jeden aufgrund des Gewerkschaftszwanges entlassenen Mitarbeiter zu Schadenersatz-Zahlungen von bis zu 110 000 Mark verurteilt werden. Es ist zu hoffen, daß diese Engstirnigkeit damit endlich beseitigt ist.

Beitritt auf Raten

Von WILHELM HADLER, Brüssel

Die EG-Partner sind nun doch daran gegangen, die internen Hindernisse für den Beitritt Spaniens und Portugals aus dem Weg zu räumen. Nach der Einigung über das monatelang hin- und hergewälzte „Mini-Paket" ist die Gemeinschaft nur noch in zwei großen Bereichen in Zugzwang: bei ihrem Angebot über die Eingliederung der beiden Kandidatenländer in die gemeinsame Fischereipolitik und bei den Reformvorschlägen für den europäischen Weinmarkt.

Offenbar ist das Echo auf die brüskierende Behandlung der iberischen Länder in der vorletzten Verhandlungsrunde *Anfang Oktober* in den EG-Hauptstädten nicht ohne Wirkung geblieben. Es mußten einfach Fortschritte gemacht werden, wenn sich die Gemeinschaft nicht allenthalben unmöglich machen wollte. Spaniens Premierminster Felipe Gonzalez hatte die Stimmung in seinem Lande sehr vorsichtig umschrieben, als er in einem Brief an die übrigen Regierungschefs „Skepsis und wachsende Desillusionierung" konstatierte. In Brüssel wurde inzwischen bereits unverhohlen darauf hingewiesen, daß die weitere Zugehörigkeit Madrids zur NATO von einer schnellen Lösung der Beitrittsfrage abhänge.

Ein gutes Gewissen haben können indes weder die Unterhändler der EG noch die Spanier. Allzusehr scheinen nämlich die Bemühungen darauf gerichtet zu sein, Sachprobleme auszuklammern, um das Beitrittsdatum vom 1. Januar 1986 retten zu können. Wie das Kaninchen auf die Schlange *starren die Akteure auf den für* Anfang Dezember anberaumten Parteitag der spanischen Sozialisten und die langsam näherrückenden französischen Parlamentswahlen. Je mehr Zeit ins Land geht – so meinen viele Beobachter – um so schwieriger wird sich das Tauziehen um Übergangsregelungen und Schutzklauseln letztlich gestalten.

Auf der einen Seite ist schwer zu sehen, wie sich die Gemeinschaft ohne eine feierliche Termin*verpflichtung überhaupt zu Lösungs*ansätzen für die mit der Süderweiterung verbundenen Probleme hätte durchringen können. Ein Teil dieser Fragen – wie die Überschußproduktion bei Wein, Olivenöl oder Obst und Gemüse – wird ja durch die Beitrittsverhandlungen nur akzentuiert und nicht neu geschaffen. Auf der anderen Seite versperrt der Terminzwang den Weg für sonst vielleicht doch noch mögliche Reformen. Die beitrittswilligen Länder begeben sich der Chance, in den Verhandlungen ein Optimum an eigenen Interessen durchzusetzen. Schon aus Zeitgründen bleibt ihnen oft keine andere Wahl als die Zustimmung.

Ohnehin wird sich der Beitritt gleichsam auf Raten vollziehen. In den entscheidenden Bereichen nämlich sind so lange Anpassungsfristen vorgesehen, daß der Zeitpunkt der Erweiterung mehr zu einem symbolischen Termin wird als zu einem Datum von großer praktischer Bedeutung. Was macht es, ob die Spanier 1986 oder 1987 am Brüsseler Ratstisch Platz nehmen können, wenn für ihren Wein oder ihre Oliven der Marktzugang auf absehbare Zeit begrenzt oder versperrt bleibt? Welchen Sinn hat der Beitritt, wenn spanische Fischer bis über das Jahr 2000 hinaus nicht in den begehrten Gewässern der EG ihre Netze *auslegen dürfen?*

Die Gemeinschaft insgesamt würde ihre Zukunft mit einer schweren Hypothek belasten, wenn sie der Versuchung nachgäbe, die Verhandlungen um jeden Preis zu Ende zu bringen. Schon in der Vergangenheit hat sich die Vorstellung, schwierige Probleme würden sich nach der Erweiterung schon irgendwie lösen lassen, als verhängnisvoll erwiesen.

Elf Jahre nach dem britischen Beitritt krankt die EG zum Beispiel noch immer daran, daß die finanzielle Lastenverteilung unter den Mitgliedsstaaten in keinem vernünftigen Verhältnis zu den Vorteilen festgelegt wurde, die die einzelnen Partner aus der gemeinsamen Agrarpolitik ziehen. Die Griechen bemühten sich nicht einmal ernsthaft um angemessene Beitrittsbedingungen. Die Folge war, daß sie heute ihre Verpflichtungen nur ungenügend erfüllen können.

Die Bundesregierung freilich hat sich selbst um die Möglichkeit gebracht, gründliche Verhandlungen über die Beitrittsbedingungen zu fordern. Schuld daran ist das „Stuttgarter Paket", das alle wichtigen politischen Entscheidungen in der EG miteinander verknüpft. Bonn hat immer wieder klargestellt, daß es den Be*schluß über die Aufstockung* des Brüsseler Anteils an der Mehrwertsteuer nur dann dem Bundestag zur Ratifizierung vorlegen wird, wenn die Verhandlungen über die Süderweiterung abgeschlossen sind. Bekanntlich geht der Gemeinschaft aber schon jetzt das Geld aus. Gelassenheit mag daher vernünftig sein. Sie verbietet sich, weil die EG funktionsfähig bleiben muß.

STAHLFUSION / Verbindung Klöckner, Krupp mit Australiens Rohstoffriesen CRA

Die deutsche Stahlstruktur soll jetzt tiefgreifend verbessert werden

JOACHIM GEHLHOFF, Düsseldorf

Als „Stahlwerke Krupp-Klöckner GmbH" soll von Anfang nächsten Jahres an die nach Thyssen *zweitgrößte deutsche Stahlgruppe ins Leben* treten und Australiens größten Rohstoffkonzern CRA als Mitgesellschafter haben. Nach Unterrichtung ihrer Aufsichtsräte verkündeten die Verwaltungen diesen Plan am Mittwoch in Düsseldorf mit der Erwartung, daß die Bundesregierung ebenso wie bei der vor Jahresfrist gescheiterten Krupp/Thyssen-Stahlfusion das Projekt mit einem „Förderbetrag" von 500 bis 600 Millionen DM unterstützt.

Dies sei die Fusion zu einem Unternehmen, das im Weltmaßstab technisch und wirtschaftlich in allen wesentlichen Produktlinien „langfristig wettbewerbsfähig bleibt oder wird". Mit diesem Tenor gaben Krupp-Chef Wilhelm Scheider und Klöckner-Familienchef Jörg A. Henle, flankiert von den Vorstandsvorsitzenden Alfons Gödde (Krupp Stahl AG) und Herbert Gienow (Klöckner-Werke AG), die geplante und für die deutsche Montanwirtschaft spektakuläre Großfusion bekannt:

Die neue Gesellschaft, Verwaltungssitz Bochum, vereint nach diesjährigem Stand neun Millionen Tonnen Rohstahl (gut ein Zehntel weniger als Thyssen und knapp ein Viertel der deutschen Gesamterzeugung), zehn Milliarden DM Umsatz und 43 000 Beschäftigte. Das Eigenkapital beträgt 1,5 Milliarden DM, die Verbindlichkeiten fünf Milliarden DM. Am Eigenkapital sind die Krupp Stahl AG *und die CRA Limited* mit je 35 Prozent beteiligt, die Klöckner-Werke AG mit 30 Prozent. Die bei Krupp Stahl kleinen und bei den Klöckner-Werken bedeutenden Aktivitäten im stahlnahen wie stahlfernen Verarbeitungsbereich bleiben von der Fusion unberührt.

Die mit knapper Kapitalmehrheit der großen Londoner Rio-Tinto-Zinc-Gruppe gehörende CRA (1983er Umsatz acht Milliarden DM) leistet ihre Kapitaleinlage von 525 Millionen DM im Rahmen ihrer bisher schon bestehenden Eisenerzlieferungen an Klöckner und Krupp. Vorstandsvorsitzender der neuen Gesellschaft wird Alfons Gödde, sein Stellvertreter Prof. Ludwig von Bogdandy, bisher für die Stahltechnik im Vorstand der Klöckner-Werke zuständig.

Über *die* bisherigen Einzelkonzepte von Klöckner-Werke und Krupp Stahl hinaus und zusätzlich zu den 80 Millionen DM jährlichen „Rationalisierungsvorteilen" aus der schon seit Anfang 1984 existierenden Krupp/Klöckner-Fusion der beiderseitigen Schmiedeaktivitäten werden aus der Stahlfusion jährliche Kostensenkungen von 200 bis 250 Mill. DM erwartet. Dies insbesondere auch aus zusätzlicher Stillegung von einer Million Jahrestonnen Rohstahl- und zwei Millionen Tonnen Walzstahlkapazität, was „nach heutigen Erkenntnissen" den zusätzlichen Abbau von „bis zu *3000*" Arbeitsplätzen bedeuten könnte.

Details zu diesen Kapazitätsschnitten, die bezüglich der Klöckner-Betriebe Georgsmarienhütte (Osnabrück) und Maxhütte/Oberpfalz und des *Krupp-Betriebes Wuppermann*/Leverkusen bereits landespolitisch hohe Wellen schlagen, nennen die Fusionspartner noch nicht.

Diese Fusion sei „ein bedeutender Schritt, die Struktur und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Stahlindustrie zu verbessern". Ergo erwarte man dafür auch die noch ausstehenden Zustimmungen von EG-Kommission, Bundeskartellamt, australischen Behörden sowie der jeweiligen Unternehmens-Aufsichtsräte *(bei Klöckner* und *Krupp auch der* Hauptversammlungen).

Hoch schätzen die Fusionspartner den Zutritt von CRA in ihren Bund ein. Der finanzstarke Konzern, der vom reinen Rohstofflieferanten-Status wegstrebt, hat sich bei den Klöckner-Werken seit 1981 bereits mit etwa 200 Millionen DM (vor allem durch Zeichnung von Wandeldarlehen) engagiert und mit Klöckner zusammen bisher schon fünf Joint-venture-Firmen gegründet. Hauptziel *dieser CRA-Engagements* ist die gemeinsame Weltmarkt-Verwertung von moderner Klöckner-Stahlwerkstechnologie. Auch dafür soll der Dreibund zusätzlichen Schub bringen.

AUF EIN WORT



„Wir haben keinen Grund zum Pessimismus. Musik wird es immer geben und auch genügend Menschen und Freizeit, um sie aktiv auszuüben."

Horst Link, Vorsitzender des Bundesverbandes der Deutschen Musikinstrumenten-Hersteller e. V.
FOTO: TADEUSZ DABROWSKI

Unerwartet viele Einstellungen

dpa/vwd, Nürnberg

In der deutschen Elektroindustrie sind 1984 schon jetzt mehr neue Mitarbeiter eingestellt worden als die zur Jahreswende erwarteten 15 000 bis 20 000. Nach Angaben des Zentralverbandes der Elektrotechnischen Industrie (ZVEI), Frankfurt, ist die Zahl der Mitarbeiter in den ersten acht Monaten um 26 000 auf 927 000 gestiegen. Allein im August habe sich der Beschäftigtenstand um 10 000 erhöht. Der Aufschwung hat sich besonders positiv auf die Datentechnik ausgewirkt, deren Auftragseingänge um knapp 28 Prozent oder fast doppelt so stark wie im Branchendurchschnitt anzogen. 5000 neue Arbeitsplätze entstanden in der *Nachrichtentechnik*, in der Meß-, Steuer- und Regeltechnik und der Elektromedizin waren es 14 000.

IFO-KONJUNKTURTEST

Die Hoffnungen richten sich weiterhin auf den Export

DANKWARD SEITZ, München

Positiver als noch im August beurteilten die deutsche Industrie und der Einzelhandel im September die weitere wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik. Zu diesem Ergebnis kommt der jüngste Konjunkturtest des Münchener Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung. So berichtete das verarbeitende Gewerbe von einer inzwischen weitgehend befrie*digenden Situation – allen voran der* Investitionsgüterbereich. Allgemein wird damit gerechnet, so das Ifo, daß die günstige Entwicklung auch in den nächsten Monaten anhält. Vor allem richten sich die Erwartungen darauf, daß der Export – nach wie vor Hauptstütze der Konjunktur – nochmals deutlich zunehmen wird. Auch die Produktionspläne der Unternehmen deuteten für das vierte Quartal 1984 auf eine weitere Expansion hin.

Während vom Einzelhandel die Geschäftslage günstiger beurteilt wurde, hatten die Großhändler – insbesondere im Konsumgüterbereich – unter einer ausgeprägten Absatzschwäche zu leiden. Entsprechend wurden davon auch die Zukunftserwartungen *beeinflußt. Im* Einzelhandel spielte dabei offensichtlich keine Rolle, daß die Umsätze noch merklich unter dem Vorjahresniveau lagen. Allerdings war das Geschäft im September 1983 besonders lebhaft. Deutlich ungünstiger als im Durchschnitt verlief die Entwicklung der Warenhäuser.

Erneut verschlechtert hat sich das Geschäftsklima im Bauhauptgewerbe. Gegenüber dem Vorjahr beträgt die Reichweite des Auftragsbestandes wie im August 1984 nur noch zwei (2,6) Monate. Vor allem im Hochbau haben sich die Auftragsreserven weiter auf durchschnittlich 1,7 Monate verringert und damit den niedrigsten Wert seit Einführung des Ifo-Konjunkturtests erreicht.

PHARMAINDUSTRIE

Verband beklagt schlechte Erfahrung mit Negativ-Liste

INGE ADHAM, Frankfurt

„Erhebliche Auswirkungen, die insgesamt als eher unerwünscht zu bewerten sind", konstatiert der Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie (BPI) nach einem Jahr Erfahrungen mit der „Negativliste". Anders als das Wissenschaftliche Institut der Ortskrankenkassen, das den Einsparungseffekt durch die vier mit der Liste aus der Erstattungspflicht der gesetzlichen Krankenkassen genommenen Arzneimittelgruppen auf 316 Mill. DM beziffert, veranschlagt der BPI den Umsatzrückgang der betroffenen Arzneimittel für die Hersteller auf knapp 110 Mill. DM (zu Verbraucherpreisen rund 220 Mill. DM). Die Bundesregierung hatte sich von der Negativliste Einsparungen von 580 Mill. DM erhofft.

Aus der Steigerung der Ausgaben der gesetzlichen Krankenkassen für Arzneimittel um 6,6 Prozent in der gleichen Zeit (bei gleichzeitiger Steigerung der Apothekenumsätze um 4,8 Prozent) schließt der BPI auf eine Verlagerung im Arzneimittelkonsum. Besonders deutlich werde dies bei der Bronchitis, bei der sich in den zwölf Monaten seit Inkrafttreten der Negativliste Veränderungen ergeben hätten, die nicht auf Verschiebungen der Krankenhäufigkeitsstruktur zurückzuführen seien.

So registriert der BPI bei Verordnungen wegen „einfacher" Bronchitis (nicht erstattungsfähig) einen Rückgang um 26,5 Porzent und damit einen erheblichen Rückgang der Arzneikosten; gleichzeitig stiegen aber die Verordnungen wegen chronischer oder akuter Bronchitis (erstattungsfähig) kräftig um 21 und 61 Prozent an. Per saldo wurden die Behandlungen teurer als im vorangegangenen Jahreszeitraum. Freilich gebe es noch keine Datenbasis, um festzustellen, was für diese unerwünschte Entwicklung ursächlich sei.

MINERALÖLMARKT

Mit einem Preis-Einbruch wird vorerst nicht gerechnet

HANS BAUMANN, Essen

Auch wenn nach der eilig einberufenen Krisensitzung von sechs Opec-Staaten nach Genf kein genereller Schluß auf die Vollversammlung des Opec-Kartells mit allen 13 Mitgliedern am kommenden Montag gezogen werden kann, so ist sich die Mineralölwirtschaft doch darin einig, daß mit einem Einbruch der Ölpreise nicht gerechnet werden sollte.

Das geschäftsführende Vorstandsmitglied des Mineralölwirtschaftsverbandes, Hamburg, Frank Schmidt, warnt in einem Gespräch mit der WELT vor der Erwartung, daß von der kommenden Woche an die Preise für Vergaserkraftstoff in der Bundesrepublik rapide sinken könnten. Die Entscheidung von Dienstag in Genf deute in die Richtung, die die Opec mit größter Wahrscheinlichkeit ge*hen werde: Restriktion der Mengen*, um nicht noch größere Einnahmeeinbußen zu erleiden.

Das Energiewirschaftliche Institut der Universität Köln weist darauf hin, daß die Opec-Einnahmen nach den beiden Preisexplosionen 1973/74 und 1979/80 von 279 1980 auf 160 Mrd. Dollar 1983 zurückgegangen seien. Da nicht zu sehen sei, so der Forscher Heinz Jürgen Schürmann, daß der Mineralölabsatz bis Ende dieses Jahrzehnts deutlich zunehme, würde eine stärkere *Zurücknahme* der *Rohöl*preise lediglich die Einnahmen der Ölförderländer treffen.

Nicht zu übersehen sei allerdings auch, daß die Opec ein „sehr labiles Abstimmungsgremium" sei, „das als alleiniger Stabilisierungsfaktor in jedem Fall überfordert erscheint". Die Nicht-Opec-Ölländer wie Mexiko und zunehmend auch Großbritannien seien immer deutlicher daran interessiert, den Ölmarkt wieder ins Gleichgewicht zu bringen und einem Preiskollaps „in jedem Fall vorzubeugen".

Damit ist der Spotmarkt angesprochen, der in den letzten Wochen den Weltölmarkt überschwappen ließ und zu den Preisreduktionen der Engländer und Norweger von 30 auf 28,65 Dollar je Faß (159 Liter) führte. Da Nigeria in der Ölqualität direkt mit Nordseeöl konkurriert, folgte der afrikanische Staat mit einer Preissenkung von 30 auf 28 Dollar.

Es wird vermutet, daß Saudi-Arabien am Montag in Genf darauf dringt, daß die abgesprochenen Förderquoten strikt eingehalten werden. Die Sechs von Genf am Dienstag hatten sich auf eine Förderung von 16,5 Mill. Faß pro Tag (825 Mill. Tonnen im Jahr) geeinigt. Bisher galt als Fördergrenze die Menge von 17,5 Mill. Faß pro Tag. Da aber einige unter den Opec-Ländern chronisch an Devisenmangel leiden, allen voran Nigeria, wurde diese Höchstgrenze um zwei Millionen Faß überschritten, wodurch sich der Spotmarkt ausweitete und die Rohölpreise unter Druck ge*rieten. Wie stark die Opec schon* gedrosselt hat, zeigt die technische Förderfähigkeit des Kartells: 28,23 Mill. Faß pro Tag, das sind über 1,4 Mrd. Tonnen im Jahr.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Kein Subventionsabbau bei Werften und Seeschiffahrt

Bonn (Mk.) – Die Hilfen des Bundes für die deutschen Werften und die Seeschiffahrt sollen 1985 nicht gekürzt werden. Der Haushaltsausschuß des Bundestages hat gestern beschlossen, daß die Subventionen auf dem Niveau dieses Jahres verharren sollen. Gegenüber dem Entwurf des Finanzministers sollen die Neubauhilfen um 50 auf wiederum 250 Mill. Mark aufgestockt werden. Für Finanzbeiträge an die Reedereien, eine Art Betriebskostensubvention, wurden 80 Mill. Mark in den Haushalt eingestellt. Dadurch sei sichergestellt, wie es in einer Erklärung der Regierungsparteien heißt, daß wiederum ein Auftragsvolumen von drei Milliarden Mark auf deutschen Werften gefördert werden kann. Davon seien zwei Milliarden für deutsche Schiffe unter deutscher Flagge bestimmt.

Weiter Talfahrt beim Bau

Bonn (AP) – *Die* Talfahrt der Konjunktur in der Bauwirtschaft hat sich im September fortgesetzt. Wie der Zentralverband des deutschen Baugewerbes mitteilte, hat lediglich die Produktion am Tiefbau zugenommen. In allen anderen Bausparten gab es einen Rückgang. Fast in jedem zweiten Unternehmen mußten Bauarbeiter entlassen werden. Die Reichweite der Aufträge im Hochbau habe sich von 2,2 auf 2,0 Monate vermindert, im Tiefbau von 2,0 auf 1,9 Monate. Im Straßenbau blieb es bei einer Reichweite von 1,5 Monaten.

Niedrige Zuwachsrate

Brüssel (VWD) – Die Rohstahlerzeugung der westlichen Welt lag im September mit 34,815 Mill. Tonnen nur um 2,8 Prozent über dem Volumen des gleichen Vorjahresmonats (33,867 Mill. Tonnen). Dies ist die niedrigste Zuwachsrate im bisherigen Jahresverlauf. Wie aus einer Mitteilung des Internationalen Eisen- *und Stahlinstituts hervorgeht*, ergibt sich für die ersten neun Monate dieses Jahres eine Steigerung um 12,4 Prozent auf 325,629 Mill. Tonnen zwischen Januar und September 1983.

Ausbildungs-Rekord

Frankfurt (adh) – Einen „Rekord in der Ausbildungsleistung" registriert Gesamttextil mit den in diesem Jahr 4500 Ausbildungsverhältnissen in der Textilindustrie. Das sind 20 Prozent mehr als im Vorjahr, obwohl, so bedauert der Verband, etwa fünf bis sieben Prozent der angebotenen Ausbildungsplätze nicht besetzt werden konnten (Stand Mitte Oktober). Die Ausbildungsbilanz der Branche sähe noch besser aus, meint Gesamttextil, wenn nicht die Gewerkschaft Textil, Bekleidung eine Berufsordnung für die Tufting- und die Vliesstoffindustrie blockieren würde. Dies zwinge die Unternehmen der betroffenen Sparten dazu, nur mit angelernten Kräften *zu arbeiten.*

Mehr Filialen im Ausland

Frankfurt (AFP) – Ende 1983 wiesen 95 Auslandsfilialen deutscher Kreditinstitute 150 Mrd. DM Geschäftsvolumen auf, 1978 waren es 58 Niederlassungen mit 62,5 Mrd. DM. 65 Auslandsbanken befanden sich Ende des vergangenen Jahres im Mehrheitsbesitz deutscher Institute, 37 mehr als fünf Jahre zuvor. Seit 1952 haben deutsche Banken elf Mrd. DM im Ausland investiert, davon neun Mrd. DM in den letzten zehn Jahren. Wie der Bundesverband Deutscher Banken mitteilt, unterhielten die privaten Banken Ende 1983 insgesamt 80 Auslandsfilialen, 118 Repräsentanzen und 45 Tochter- und Mehrheitsbeteiligungen in 56 Ländern.

Entscheidung erst 1985

Detroit (dpa) – Die US-Regierung will über ein weiteres Abkommen mit Japan über eine Beschränkung von Autoexporten nach den USA erst im Frühjahr 1985 entscheiden. Man müsse die Ertragslage der amerikanischen Automobilindustrie abwarten, sagte Finanzminister Donald Regan. Das derzeitige Abkommen, bei dem die Japaner ihre Autolieferungen auf 1,85 Mill. Stück pro Jahr begrenzen, läuft im April 1985 aus.

Neuzulassungen

Flensburg (dpa/VWD) – Im September 1984 waren der VW Golf, der Opel Kadett und der „kleine Mercedes" 190 die größten Renner bei den Erstzulassungen in der Bundesrepublik. Das geht aus der Statistik des Kraftfahrt-Bundesamtes hervor. Insgesamt kamen im September 194 000 fabrikneue Pkw auf die Straßen. Im Vorjahresmonat waren es annähernd 196 000 gewesen.

TELEFUNKEN

Aufsichtsrat vertagte sich

DW./dpa/VWD, Hannover

Das Schicksal des Vorstands sollte gestern Nachmittag im Mittelpunkt der außerordentlichen Aufsichtsratssitzung beim deutschen Unterhaltungselektronik-Unternehmen Telefunken, Hannover, stehen. Die französische Konzernleitung der Thomson-Gruppe, Muttergesellschaft von Telefunken, hatte vorher mitgeteilt, daß sie einen neuen Vorstand einsetzen wolle, der dem Vernehmen nach aus vier Franzosen und einem Niederländer besteht. Der derzeitige Vorstand unter Josef A. Stoffels soll sich bisher geweigert haben, einen Beherrschungsvertrag mit den Franzosen zu unterzeichnen.

Wegen Verfahrensfehler bei der Einberufung der Sitzung, die Arbeitnehmervertreter waren nicht konsultiert worden, ist der Termin kurzfristig vertagt worden. Für Branchenkenner bleibt es unverständlich, daß ausgerechnet Telefunken von den deutschen Thomson-Töchtern an die kurze Leine der Franzosen genommen werden soll. Immerhin kam das Unternehmen 1983 in die Gewinnzone und soll auch für das laufende Jahr einen nicht unbeträchtlichen Gewinn ausweisen.

FISCHWIRTSCHAFT / Verbände wehren sich gegen die einseitigen Darstellungen über Fischkrankheiten

„Angebot ausschließlich aus reinen Gewässern"

HENNER LAVALL, Bonn

Vor „einseitigen und völlig überzeichneten" Berichten über Krankheiten und Schadstoffbelastungen unserer Fischbestände hat jetzt die deutsche Fischwirtschaft gewarnt. Aus Anlaß der Nordsee-Schutzkonferenz, die am Wochenende in Bremen stattfinden wird, bezeichnete Nikolaus Ulmeer, Vorsitzender des Vorstands des Fischwirtschaftlichen Marketing-Instituts (Fima), Bremerhaven, derartige Meldungen als Panikmache und Irreführung der Verbraucher. Der Öffentlichkeit werde dadurch ein völlig falsches Bild über die Qualität nicht nur der Nordsee vermittelt.

Ulmeer: „Bilder von Fischen aus der Elbmündung sind nicht repräsentativ und haben für unsere Fanggebiete keinerlei Gültigkeit." Dort, wie in anderen schmutzbelasteten Flußmündungsgebieten, habe die Fischerei keine Bedeutung. In der Bundesrepublik Deutschland werde ausschließlich Fisch aus reinen Gewässern zum Verkauf angeboten und verzehrt. Dies gelte sowohl für Anlandungen deutscher Fischer wie auch für Importware. In den zum Teil polaren Fanggebieten der deutschen Hochseeflotte seien selbst von den drei Fischereiforschungsschiffen der Bundesrepublik noch nie auch nur Spuren von Fischkrankheiten festgestellt worden.

Daß Fische aus der offenen See bezüglich ihres Schadstoffgehalts sich grundsätzlich unterscheiden von den oft als „Demonstrationsobjekt mißbrauchten" Produkten aus Elbe und Rhein, bestätigt auch das zuständige staatliche Veterinäruntersuchungsamt für Fische und Fischwaren in Cuxhaven. Seit zehn Jahren durchgeführte flächendeckende Untersuchungsprogramme in der Nordsee und im Nordatlantik – aus diesen Gebieten stammen gut 95 Prozent des in Deutschland angebotenen Fischs, der Rest fällt in der Teichwirtschaft an – hätten klar bewiesen, daß Seefisch praktisch frei ist von toxischen Metallen wie Quecksilber, Blei und Cadmium.

So erreiche der Quecksilbergehalt nur ein Zehntel des im Lebensmittelgesetz festgelegten Grenzwerts. Der Cadmiumgehalt liege 20fach und der Bleigehalt sogar 30fach unter den Richtwerten des Bundes, unterstrich Karl Ernst Krüger, Leiter des Amtes. Bei den anderen, durch die Höchstmengenverordnung reglementierten Schadstoffen sehe es zum Teil noch günstiger aus.

Die Dünnsäure-Verklappungen im Küstenbereich betrachtet die deutsche Fischwirtschaft dennoch mit wachsender Sorge, wie auch Dieter Lauermann, Geschäftsführer der Kutterfisch Cuxhaven, einem Zusammenschluß von acht Genossenschaften der Küstenfischer an Nord- und Ostsee, bestätigte. So habe die Gewässerverunreinigung bereits zum Verlust eines wichtigen Fanggebietes geführt. Auch deshalb müßten die über 1 000 Fahrzeuge der deutschen Küstenfischer bereits bis nach Mittelnorwegen hinauf, was aufgrund hoher Energiekosten eine Existenzbedrohung dieses Wirtschaftszweiges darstelle. Einen Ausweg sieht die Kutter- und Küstenfischerei nur, wenn die Industrie ihre Dünnsäure wiederaufbereite, die Verklappungen also eingestellt würden. Die Fischschwärme, so Lauermann, würden dann wieder in die angestammten Küstenbereiche zurückkehren.

Für die deutsche Fischwirtschaft, die mit insgesamt 31 000 Beschäftigten rund 8 Mrd. DM umsetzt, brachte das vergangene Jahr wieder eine positive Entwicklung. Zur Branche zählen neben der Hochsee-, Kutter- und Binnenfischerei auch die Importwirtschaft, die Fischindustrie sowie der Küstengroßhandel, der Binnenländische Fischgroßhandel, der Fischeinzelhandel und die Fischgastronomie. Auch wenn sich inzwischen Unternehmen der Nahrungsmittelindustrie in der Hochseefischerei und der Fischindustrie engagiert und nationale Vertriebsorganisationen aufgebaut haben, bleibt der Wirtschaftszweig insgesamt mittelständisch strukturiert.

1983 erreichte der Nahrungsverbrauch an Fisch- und Fischwaren in der Bundesrepublik das Rekordniveau von 720 000 Tonnen, 70 000 Tonnen mehr als im Jahr zuvor. Jeder Bundesbürger verzehrte 11,6 Kilogramm, von denen allerdings 69 Prozent aus Importen stammten. Im internationalen Vergleich liegt der Pro-Kopf-Verbrauch aber unter dem Welt-Durchschnitt. In Norwegen, Schweden, Dänemark, aber auch in Spanien und Portugal erreicht der Pro-Kopf-Konsum über 40 Kilogramm im Jahr; in Japan sind es 67 Kilogramm.

BLEIFREI / Bangemann macht keine Zugeständnisse

EG sucht einen Kompromiß

WILHELM HADLER, Straßburg

Im Europäischen Parlament sind Bemühungen im Gange, Kompromißlösungen für das umweltfreundliche Auto zu formulieren. Dies wurde bei Gesprächen deutlich, die Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann in dieser Woche in Straßburg geführt hat.

Bangemann wie auch der deutsche EG-Kommissar Karl-Heinz Narjes ermunterten die Abgeordneten in einer gemeinsamen Sitzung der Ausschüsse für Umweltschutz, Wirtschaft und Währung, Energie und Verkehr, sich durch eigene Vorschläge für eine gemeinschaftskonforme Regelung stark zu machen. Diese müsse den Bürgern das Gefühl geben, daß es die EG mit dem Umweltschutz ernst meine.

Der Bundeswirtschaftsminister ließ allerdings keinen Zweifel, daß Bonn die von der Kommission vorgeschlagenen Fristen nicht akzeptiert. Notfalls werde sich die deutsche Regierung auf Artikel 36 des Römischen Vertrages berufen, der zum Schutz der Gesundheit und des Lebens von Menschen, Tieren oder Pflanzen Ausnahmen vom Grundsatz des freien Warenverkehrs gestattet.

Die SPD-Abgeordneten Fritz Gautier und Gerhard Schmid haben inzwischen ihre Fraktion für einen Kompromißvorschlag zu interessieren versucht. Danach sollen alle Kfz-Produzenten, die dazu technisch und wirtschaftlich in der Lage sind, schon im Herbst 1986 verpflichtet werden, abgasarme Wagen anzubieten. Hersteller mit Sitz in der EG, die den Nachweis führen, daß sie dies nicht können, sollen bei der Brüsseler Kommission eine zeitlich befristete Ausnahmegenehmigung erhalten können.

Als endgültiger Termin für das umweltfreundliche Auto schwebt den beiden Abgeordneten für Pkw bis 1800 Kubikzentimeter der 1. 9. 1987 und für Kleinwagen bis zu 1200 Kubikzentimeter Hubraum der 1. 9. 1989 vor. Ihr Vorschlag sieht ferner eine steuerliche Begünstigung von Fahrzeugen vor, die – obwohl sie unter die Ausnahmeregelung fallen – die neuen Abgasstandards bereits erfüllen.

Der Vorschlag wird gegenwärtig noch fraktionsintern beraten. Als sicher gilt, daß die darin enthaltene Diskriminierung von japanischen Fahrzeugen auf Widerstand stoßen wird. Das Plenum des EG-Parlaments will im November über das abgasarme Auto debattieren.



BRASILIEN / Günstigere Kredit-Konditionen

Lohn der Sanierungserfolge

VWD, São Paulo

Brasilien soll für seine Erfolge bei der Sanierung der Wirtschaft „belohnt" werden. US-amerikanische Bankiers kündigten in São Paulo an, daß die internationalen Gläubigerbanken des Landes bereit seien, bei den für Anfang November in New York stattfindenden nächsten Kreditverhandlungen dem Land günstigere Tilgungskonditionen einzuräumen.

Ein Bankier verwies besonders auf die Verbesserungen bei einigen Schlüsselindikatoren der Wirtschaft, wie beispielsweise der Industrieproduktion, dem Beschäftigungsniveau und der Handelsbilanz. Die „Belohnung" werde so aussehen, daß man den Zins senkt und die Tilgungsfristen verlängert. Außerdem werde eine Aufhebung der Bankkommissionen vereinbart und über neue Umschuldungskonditionen für mehrere Jahre im voraus verhandelt.

Ein anderer Banker sagte, die Gläubigerbanken seien an einem Wachstum der brasilianischen Wirtschaft interessiert. Aus diesem Grunde werde man der Neuverhandlung der in den Jahren 1985 bis 1990 fälligen Schulden von knapp 64 Mrd. Dollar (so die jüngsten offiziellen Zahlen der brasilianischen Zentralbank) zustimmen. Ein auf mehrere Jahre angelegter Umschuldungsplan mache es nicht mehr erforderlich, jährlich neue zeitraubende Verhandlungen zu führen. Die Unterzeichnung eines entsprechenden Abkommens bei den nächsten Gesprächen sei wahrscheinlich.

Damit würde es Brasilien möglich, seine Verbindlichkeiten in 14 oder 15 Jahren zu tilgen. Das Land erhalte auf diese Weise den Spielraum, der zur Beibehaltung des Wachstums erforderlich sein werde. Ein weiterer Bankier schätzt, daß Brasilien zehn bis 15 Jahre Zeit gegeben wird, die zwischen 1985 und 1988 fälligen Schulden in Höhe von 48 Mrd. Dollar zurückzuzahlen. Wie die Bankiers weiter sagten, dürfte der Zinsaufschlag von derzeit zwei Prozentpunkten über Libor, den Brasilien für seine 1984 erhaltenen neuen Kredite bezahlt, auf rund ½ Punkt zurückgenommen werden. Für das Land bedeute dies eine jährliche Ersparnis von rund einer Mrd. Dollar.

FRANKREICH / Ehrgeizige Außenhandelsziele für 1985

Erstmals wieder Überschuß

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die französische Regierung rechnet mit einer weiteren Verbesserung der Handelsbilanz. Nachdem deren Defizit auf Fob-Basis in den ersten neun Monaten 1984 gegenüber der gleichen Vorjahreszeit von 41 auf 19 Mrd. Franc reduziert werden konnte, soll das nächste Jahr erstmals nach langer Zeit wieder einen Aktivsaldo bringen. Er ist jetzt auf 2,4 Mrd. Franc veranschlagt worden.

Aber eine so präzise Planung erscheint gewagt. Schon für dieses Jahr haben sich die Experten des Wirtschaftsministeriums stark verschätzt. Noch vor zwölf Monaten nahmen sie an, daß das Defizit 1984 nur 7 Mrd. Franc erreichen würde. Im April wurde dieses Ziel auf 25 und im Sommer auf 33 Mrd. Franc aufgestockt. Gegenwärtig rechnet man mit 30 Mrd. Franc.

Diese günstigen Ergebnisse der letzten Zeit – im August/September brachte die Handelsbilanz einen Überschuß von 2 Mrd. Franc – sind zum Teil auf außergewöhnliche Faktoren zurückzuführen. Außerdem wirkte sich seit dem letzten Frühjahr die Dollarhausse für den französischen Export sehr günstig aus. Nicht zuletzt aber profitierte Frankreich von der Wiederbelebung der Weltkonjunktur.

So nahm die Weltnachfrage nach französischen Industrieerzeugnissen seit Anfang 1984 mengenmäßig auf Jahresbasis von 5,3 Prozent zu gegenüber 1,6 Prozent 1983. Die Nachfrage der westlichen Industriestaaten (OECD) wies sogar eine Zuwachsrate von 7,8 nach 5,7 Prozent auf. Im nächsten Jahr aber würde sie sich nach französischen Schätzungen auf 5,5 Prozent abschwächen und weltweit 4,8 Prozent erreichen.

LATEINAMERIKA / Kritik an US-Importrestriktionen

Karibik besonders betroffen

G. FRIEDLÄNDER, Miami

Lateinamerikanische Staaten leiden teilweise unter den Importrestriktionen der Vereinigten Staaten. Nicht zuletzt deshalb gründeten 25 Länder dieser Region schon 1975 das Lateinamerikanische Wirtschaftssystem (Sela); eine Organisation, die als regionale Interessenvertretung vor allem gegenüber den USA auftritt. Diese Woche hat die Sela in Caracas konferiert, um wieder gegen protektionistische Maßnahmen der USA vorzugehen. Die Lateinamerikaner kritisieren, daß dieses Verhalten im Gegensatz zur freien Marktwirtschaft stehe, die die Amerikaner andererseits weltweit verteidigten.

Ein krasses Beispiel amerikanischer Handelspolitik meinen die Länder der Karibik liefern zu können. Einerseits sei Reagan überzeugt, daß die Stabilität der Karibik für die Handelsschiffahrt der USA lebenswichtig ist. Die karibische Initiative soll die Länder dieses Raums daher vor Kuba schützen. Befreundeten und alliierten Inselstaaten des Beckens soll durch die zollfreie Einfuhr ihrer Exportgüter in die USA der Zugang zum amerikanischen Markt erleichtert und damit wirtschaftlich geholfen werden. Nun aber überraschten die USA diese Länder damit, daß sie die Importquote für Zucker seit 1. Oktober um 16 Prozent kürzten. Die Betroffenen meinen, die rechte Hand nehme damit wieder weg, was die linke ihnen gab. Ein Dutzend karibischer Länder haben einen gemeinsamen Protest in Washington vorgebracht.

Schwer geschädigt wird die Dominikanische Republik, deren Zuckerexport 40 Prozent ihrer Devisen einbringt. Sie kann den Ausfall nicht ersetzen. In den USA erhalten die Produzenten einen subventionierten Preis von 22 Cents für das Pfund Zucker, während der Weltmarktpreis nur 5 Cents ist. Die Dominikanische Republik erhält für ihre Zuckerquote in den USA ebenfalls einen Subventionspreis. Was sie nicht mehr in die Vereinigten Staaten exportieren kann, bringt auf dem Weltmarkt nicht einmal den Einstandspreis ein. Die Verminderung der Quote kommt in einem Jahr, in dem die Wirtschaftslage ohnehin schlecht war. Die Wirtschaft anderer karibischer Ministaaten hängt bis zu 70 Prozent vom Zukker ab.

Das State Department wurde offenbar nicht gefragt, bevor der Kongreß aufgrund der Voraussagen einer höheren Zuckerproduktion und geringeren Nachfrage in den USA Maßnahmen ergriff, die automatisch zur Verringerung der Importquote von 3,2 auf 2,7 Millionen Tonnen führten. Die karibischen Länder erwarten, daß die amerikanische Regierung den Zuckerüberschuß aufkauft wie andere Produkte auch. (SAD)

VERSICHERUNGSSPAREN / Neue Varianten

Volksbanken bieten Vorsorge

HARALD POSNY, Düsseldorf

Nach einer gewissen schöpferischen Pause hagelt es in diesen Tagen neue Varianten von Versicherungs- und Vorsorge-Sparplänen. Erstmals haben sich jetzt auch drei Regionalverbände des Sparkassenbereichs und der Volksbanken mit solchen Sparplänen auf den Markt gewagt. Die Rheinischen und die Westfälisch-lippischen Sparkassen- und Giroverbände, offerieren ein „S-Versicherungssparen", der Westfälische Genossenschaftsverband einen „VR-Vorsorgeplan". Beide Verbände arbeiten eng mit den ihnen nahestehenden Versicherungsgesellschaften, den öffentlich-rechtlichen Provinzial-Lebensversicherungen bzw. mit der genossenschaftlichen R + V-Versicherungsgruppe, zusammen.

Bei den Sparkassen steht beim S-Versicherungssparen das Ansparen eines Vorsorgekapitals bei der Sparkasse im Rahmen eines Sparvertrags im Vordergrund. Er kann über eine Dauer von acht bis 25 Jahren abgeschlossen werden. Neben der laufenden Verzinsung wird am Vertragsende auf die eingezahlten Beträge eine Prämie vergütet, die sich nach Vertragsdauer richtet und bei 12jähriger Dauer zehn Prozent und bei 20 Jahren 30 Prozent beträgt. Garantiert sind sie jedoch nicht.

Neben dem Sparvertrag schließt der Sparer eine Risiko-Lebensversicherung mit fallender Summe ab, d. h. die Versicherungssumme verringert sich gleichmäßig um den Betrag der vereinbarten eingezahlten Sparraten. Abgesichert wird das Sparziel, nicht etwa das Leben des Sparers. Rückgriff auf das angesparte Kapital während der Vertragslaufzeit ist bei einer Kündigungsfrist von vier Jahren möglich. Stirbt der Sparer, können die Erben über das Sparkapital verfügen und die Versicherungssumme (Unterschiedsbetrag zwischen angespartem Guthaben und vereinbartem Sparziel) kassieren.

Die westfälischen Volksbanken sehen bei ihrem „VR-Vorsorgeplan" regelmäßige Sparraten bzw. einmalige Zahlungen vor, die von der Bank „attraktiv" verzinst und mit einem nicht garantierten gestaffelten Bonus von bis zu 40 Prozent belohnt werden. So ergibt sich nach einer Laufzeit zwischen vier und 25 Jahren ein vorher fixierter Kapitalbetrag, der wahlweise in Monatsraten oder in einer Summe wieder ausgezahlt wird. Der Vorsorgeplan kann mit einer Risiko-Lebensversicherung abgesichert werden.

Sparkassen und Volksbanken erwähnen zwar mit keinem Wort die für sie wichtige Ansammlung von Spargeldern für ihr eigenes Kreditgeschäft, unterstreichen jedoch um so deutlicher die „Ergänzung der bestehenden Anlagemöglichkeiten für die private Vorsorge" (Sparkassen). Die Volksbanken nennen sie „Vorsorge für die Wechselfälle des Lebens", Sicherung von Ausbildung, Aussteuer, Existenzgründung sowie zusätzliche Altersversorgung.

DAIMLER-BENZ / Streikbedingte Produktionsunterbrechung drückt Ergebnis

Volle Fahrt in der Pkw-Produktion

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Der Automobilkonzern Daimler-Benz steuert in diesem Jahr einen Umsatz von über 42 Mrd. DM an; das bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um mehr als 2 Mrd. DM. Für das Stammhaus, die Daimler-Benz AG, Stuttgart, wird ein Umsatz von rund 32 Mrd. DM erwartet, womit man vermutlich knapp unter der Vorjahresmarke (32,18 Mrd. DM) bleiben dürfte. Hier wirkt sich die mehrwöchige Produktionsunterbrechung durch den Arbeitskampf aus, die dazu führte, daß sich der Umsatz der Daimler-Benz AG in den ersten drei Quartalen dieses Jahres um 5 Prozent auf 22,3 Mrd. DM verringerte.

Der Konzernumsatz nahm in den ersten neun Monaten hingegen um 5 Prozent auf 30,6 Mrd. DM zu. Positive Impulse kamen dabei von der erheblichen Zunahme des Pkw- und Lkw-Geschäfts im Dollar-Raum. Zur Ergebnisentwicklung heißt es in dem Zwischenbericht des Unternehmens, sie werde belastet durch die Auswirkungen des Arbeitskampfes und die Schwierigkeiten im Nutzfahrzeuggeschäft.

Andererseits wirkten die „außerordentlich günstige Kapazitätsauslastung" im Pkw-Sektor sowie die eingeleiteten Maßnahmen zur Aufhebung eines Teils des Produktionsausfalls positiv. Auf eine Gesamtprognose mag sich der Vorstand freilich nicht festlegen: Es werde abzuwarten sein, ob sich im weiteren Jahresverlauf diese gegenläufigen Faktoren in etwa ausgleichen und das Ergebnis damit an das des Vorjahres anschließen könne.

Die inzwischen erkennbare zunehmende Verunsicherung der Kunden wegen noch ungeklärter Fragen über die künftigen Abgasregelungen habe, so schreibt Daimler-Benz weiter, den Anschluß an die günstige Inlandsentwicklung der Autokonjuktur in der ersten Jahreshälfte zusätzlich beeinträchtigt. Die Nachfrage aus dem Ausland entwickle sich weiter positiv. Auf dem deutschen Nutzfahrzeugmarkt habe sich die verbesserte gesamtwirtschaftliche Situation bisher nur bei den leichten Fahrzeugen, nicht aber bei den schweren Klassen ausgewirkt.

Im Pkw-Sektor, in dem Daimler-Benz ein arbeitskampfbedingter Produktionsausfall von rund 65 000 Fahrzeugen entstanden war, soll etwa ein Drittel dieses Ausfalls bis Jahresende wieder aufgeholt sein. Es wird eine Produktion von knapp 480 000 (1983: 476 183) Pkw, das wären rund 40 000 weniger als ursprünglich geplant, anvisiert.

Die inländische Nutzfahrzeug-Produktion wird entsprechend der schwachen Marktentwicklung von Daimler-Benz in diesem Jahr um 10 000 auf 145 000 Fahrzeuge zurückgefahren. Im Konzern werde man mit etwa 210 000 Einheiten das Vorjahresniveau leicht übertreffen.

Investiert werden in diesem Jahr im Konzern wiederum rund 3 Mrd. DM. Die Beschäftigtenzahl von 158 000 Mitarbeitern bei der AG per Ende September 1984 lag um 1,5 Prozent über Vorjahr. Zum 1. Oktober hatte die AG mit 2879 neuen Auszubildenden so viel wie nie zuvor eingestellt. Insgesamt befinden sich damit rund 8500 junge Menschen in einer mehrjährigen Ausbildung bei Daimler-Benz.

LOEWE OPTA / Gemeinsames Projekt mit Hagenuk

Btx-Telefon wird entwickelt

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Der Unterhaltungselektronik-Hersteller Loewe Opta GmbH, Kronach, und der Nachrichtentechnik-Spezialist Hagenuk GmbH, Kiel, haben eine Kooperation auf dem Arbeitsgebiet Bildschirmtext vereinbart. Erstes gemeinsames Entwicklungsprojekt ist ein Bildschirmtext-Telefon, eine Kombination aus „intelligentem" Telefon (mit Zusatzeinrichtungen wie Wählautomatik) und Btx-Terminal mit Farbbildschirm.

Weitere Endgeräte der kombinierten Daten-, Text- und Sprachkommunikation sollen folgen. Durch die Zusammenarbeit ersparen sich beide Partner den Aufwand, das Know-how des jeweils noch unbekannten Arbeitsgebiets (Telefon für Loewe, Bildschirmtext für Hagenuk) durch mühsame Eigenentwicklung zu erwerben. Und: „Priorität hat jetzt die Schnelligkeit. Wir wollen auch bei den Geräte-Kombinationen so früh wie möglich dabeisein", betont Helmut Ricke, Geschäftsführungsvorsitzender von Loewe Opta.

Das neue Gerät mit dem Telefonteil aus Kiel und dem Decoder- und Bildschirmteil aus Kronach soll schon zur Hannover-Messe 1985 vorgestellt werden. Dabei setzen beide Mittelstandsunternehmen – Loewe mit 1500 Mitarbeitern und 253 Mill. DM Umsatz und Hagenuk mit 1740 Mitarbeitern und 208 Mill. DM Umsatz – auf ihre Flexibilität. Beide haben Übung in der Pionierarbeit: Loewe stand lange Zeit allein mit Btx-Decodern für Konsumentengeräte, Hagenuk geht jetzt als einziger Anbieter mit einem Gerät aus eigener Entwicklung an den Start des schnurlosen Telefons.

Das Btx-Telefon zielt in erster Linie auf den Markt der kommerziellen Anwender. Nach Schätzung von Rikke werden 1985 insgesamt etwa 70 000 Geräte für den professionellen Einsatz verkauft werden. Rund 20 Prozent davon könnten bereits auf Gerätekombinationen entfallen.

FERRANTI / „Maßkonfektion" gewinnt an Bedeutung

Bauelemente-Geschäft wächst

JOACHIM WEBER, Wiesbaden

Vor allem im Markt für kundenspezifische Elektronik-Schaltkreise erwartet die Ferranti GmbH, Wiesbaden, in den kommenden Jahren steiles Wachstum. Zwischen 1984 und 1989 soll dieser Markt weltweit von 2,5 auf 9 Mrd. Dollar wachsen, im Jahresdurchschnitt also um 32 Prozent. Für Standard-Chips wird „nur" ein jährliches Wachstum von 25 Prozent vorausgesagt.

Etwa ein Drittel der Sonderanfertigungen soll auf die sogenannten Gate Arrays entfallen, standardisiert vorgefertigte Chips, deren Einzelelemente erst in einem letzten Arbeitsgang den Kundenanforderungen entsprechend miteinander verbunden werden. In diesem Bereich nimmt der britische Elektronik-Konzern die weltweite Spitzenposition für sich in Anspruch.

Zum Gruppenumsatz von 452 (372) Mill. Pfund (rund 1,8 Mrd. DM) trug der Bauelemente-Bereich 1983/84 (31. 3.) gleichwohl erst 62 (52) Mill. Pfund bei, ein knappes Siebtel. Damit lag er an dritter Stelle nach der „Scotish Group" (überwiegend Militärtechnik) mit 198 (158) Mill. Pfund und der Computertechnik mit 152 (125) Mill. Pfund Umsatz.

Bei der deutschen Tochtergesellschaft liegen die Schwerpunkte noch etwas anders: Von den 46 (36) Mill. DM, die sie 1983/84 umsetzte, stammten allein 30 Mill. DM aus dem Bauelemente-Geschäft, wenngleich in diesem Bereich nur 37 der derzeit 120 deutschen Mitarbeiter tätig sind. Der Konzern unterhält 20 Werke in Großbritannien und zwei in den USA. In Deutschland gibt es lediglich ein Entwicklungszentrum für kundenspezifische Chips in München.

GESTRA / Auftragsbestand hat sich deutlich erhöht

Kapazitäten voll ausgelastet

DOMINIK SCHMIDT, Bremen

Die im vergangenen Jahr in eine Aktiengesellschaft umgewandelte Gestra AG, Bremen, ist auf dem besten Wege, die guten Ergebnisse des Vorjahres noch zu übertreffen. Wie der Vorstand in einem Zwischenbericht schreibt, sind die Produktionskapazitäten voll ausgelastet. Der „erfreulich gute Auftragseingang" habe in Teilbereichen sogar zu Engpässen und zeitweisen Lieferschwierigkeiten geführt. Inzwischen seien aber Maßnahmen ergriffen worden, die den Abbau des relativ hohen Auftragsbestands sicherstellten.

In den ersten neun Monaten 1984 verzeichnete das Unternehmen, das sich mit dem Bau von Armaturen für Wärme- und Energietechnik befaßt, Bestellungen im Wert von 76 (70) Mill. DM. Der Auftragsbestand erreichte Ende September 17 (11,6) Mill. DM. Dagegen erhöhte sich der Umsatz nur um drei Prozent auf 71,6 (69,2) Mill. DM. Der Vorstand geht aber davon aus, daß im gesamten Jahr die 100-Mill.-DM-Umsatzgrenze überschritten wird. Für 1983 hatte die Gestra einen Umsatz von 96,7 (plus 21 Prozent) ausgewiesen. Der Wachstumsschub resultierte aber im wesentlichen aus der Einbeziehung des bis dahin ausgeklammerten Kondensat-Ableiter-Programms.

Wenngleich nähere Angaben zur Ertragsentwicklung nicht gemacht werden, scheint das Unternehmen auch in diesem Bereich erfolgreich zu arbeiten. Die Ausrichtung auf „Erlösqualität" und die im Plan liegende Kostenentwicklung lasse für 1984 wieder ein befriedigendes Ergebnis erwarten. Für 1983 hatte die Gestra aus dem Jahresüberschuß von 3,5 Mill. DM Dividende von zwölf Prozent ausgeschüttet.

Der außerordentlich günstigen Entwicklung des Geschäfts in den USA hat die Gestra mit der Verdoppelung des Kapitals bei der Tochter Gestra Inc. in New Jersey auf 0,4 Mill. Dollar Rechnung getragen. In Mexiko wurde die Produktion aufgenommen. Lizenzverhandlungen werden mit Indien und China geführt.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Treuwo zahlt nur teilweise

Lübeck (VWD) – Die Treuwo-Verwaltungs-AG wird nur teilweise dem im November 1983 versprochenen Dividendensatz für das zum 31. Juli abgelaufene Geschäftsjahr 1983/84 nachkommen. Laut Treuwo-Vorstand sollen nur die Neu-Aktionäre eine „angemessene" Ausschüttung erhalten. Der Verkauf von Immobilien verringerte sich 1983/84 auf 193 (248) Mill. DM.

Verkaufsabsicht

Anholt (dpa/VWD) – Der Chef der Saarbergwerke AG, Rudolf Lenhartz, hat die Absicht seines Unternehmens bestätigt, vier Werkzeughersteller aus dem Beteiligungsbereich zu veräußern, falls sich passende Partner finden. Die Firmen – Wilhelm Fette GmbH, Sitzmann und Heinlein GmbH, R. Stock AG und Belzer-Dowidat GmbH Werkzeug-Union – mit einem Umsatz von insgesamt etwa 285 Mill. DM sollen branchennah untergebracht werden.

Garny kauft zu

Frankfurt (adh) – Die Garny AG, Mörfelden-Walldorf, seit Juli börsennotiertes Unternehmen, hat den Unternehmensbereich Sicherheitstechnik der Pohlschröder GmbH erworben. Garny will mit dem neuen Engagement sein eigenes Programm – Tresore, Inneneinrichtungen und elektronische Sicherheit für Banken – abrunden.

Bizerba übernimmt BWR

Stuttgart (nl) – Die Bizerba-Firmengruppe, Balingen, wird zum Jahresbeginn 1985 die bisher zur Bauknecht-Stiftung gehörende Badische Waggonfabrik GmbH (BWR), Rastatt, übernehmen. Die BWR kommt mit den drei Sparten faserverstärkte Kunststoffe, Stahl- und Fahrzeugbau sowie Waggoninstandsetzung auf einen Umsatz von rund 20 Mill. DM.

Baresel-Streit vor Gericht

Stuttgart (nl) – Beim Bauunternehmen C. Baresel AG, Stuttgart, wird um die Dividendenpolitik nunmehr vor Gericht gestritten werden. Minderheitsaktionär Rudolf Baresel-Bofinger, Heilbronn, der eine Aktionärsgruppe mit 40,6 Prozent Anteil am 10 Mill. DM betragenden Aktienkapital anführt, hat bei der Kammer für Handelssachen des Landgerichts Stuttgart eine Anfechtungsklage eingereicht.

Schnellere Entscheidungen

Py. Düsseldorf

Unter dem Namen „Drebis" – Dresdner Bank-Informationssystem – wird das Institut seine Kunden mit einem besonders schnellen Wertpapier-Informationssystem verbinden. Mitte oder Ende 1985 werden alle Niederlassungen, Filialen und Geschäftsstellen der Bank an dieses System angeschlossen sein, das neben den jetzt schon jederzeit verfügbaren wichtigen Börsennachrichten und Kursen von den Welt-Finanzplätzen auch die Möglichkeit bietet, zeitgleich abrufbare Daten in Anlageentscheidungen des Kunden direkt umzusetzen. Wie bei der Vorstellung des Systems in Düsseldorf mitgeteilt wurde, könnte später auch die direkte Wertpapier-Disposition aus dem häuslichen Sessel möglich sein. Derzeit ist „Drebis" in 14 Niederlassungen, 100 Filialen und 330 Geschäftsstellen mit Wertpapierberatung eingeführt.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: **Berlin Charlottenburg:** bts berlin-tagungs-service-congress-organisation GmbH; Nachl. d. Annemarie Doris Emilie Schürholz; **Deggendorf:** Ganzheitsmedizinisches Klinikum Hausstein GmbH Donauklinikum, Schaufling; **Kleve:** Elu Evers-Lubbers GmbH, Weeze; **Neuwied:** UHW-Siebdruck GmbH, Diersdorf; **Uelzen:** Irmgard Escher geb. Studtmann, Wriedel.

Vergleich beantragt: **Karlsruhe:** Hans Kohler, Inh. d. Sportshop.

SCHIEDER-MÖBEL / Hellere Hölzer sind gefragt

Mehr nach Übersee exportiert

H. HILDEBRANDT, Schieder

Trotz stagnierender und teilweise sogar sinkender Umsätze in der Möbelbranche konnten die Unternehmen der Schieder-Möbel Holding GmbH, Schieder, ihre Position weiter verbessern. Nachdem der Gruppenumsatz im Vorjahr bereits 600 Mill. DM überschritt, wird für 1984 ein reales Plus von weiteren 6 Prozent erwartet. Der Exportanteil liegt unverändert bei 20 Prozent. Starke Abnehmer blieben weiterhin Österreich und die Schweiz, dagegen verringerte sich die Nachfrage aus Frankreich und den Benelux-Ländern.

Verstärkte Ausfuhren nach Übersee sorgten jedoch für einen Ausgleich. Neben Südafrika und dem wieder kauffreudigeren arabischen Raum spielt hierbei die USA eine immer stärker werdende Rolle. Die Schieder-Gruppe profitiert dabei sowohl von einer dortigen Produktionsstätte als auch von dem für den Export günstigen Dollarkurs.

Auf dem Inlandsmarkt verstärkte sich die Tendenz zu helleren Hölzern und frischeren Farben, was eindeutig zu Lasten dunklerer Materialien wie Mahagoni und Eiche geht. Außerdem überwiegt die Nachfrage nach funktionalen Möbeln, die sich nicht nur in der Breite, sondern auch in der Höhe variieren lassen.

Erste Erfolge konnte die Gruppe bei dem Versuch verzeichnen, durch Kooperation mit anderen Unternehmen die Bedeutung des ostwestfälisch-lippischen Raumes für die Möbelbranche stärker herauszustellen. So wurde beispielsweise bei den derzeitigen Hausmessen ein Hubschrauber-Pendeldienst zum Flughafen Hannover eingerichtet.

ZUCKERRÜBENSIRUP / „Grafschafter" bestreitet die Hälfte des Marktes

Vom Arme-Leute-Kraut zur Spezialität

HARALD POSNY, Meckenheim

Ein Lebensmittel sucht einen Ausweg vom Arme-Leute-Brotaufstrich der Kriegs- und Nachkriegsjahre zur Alternative von Honig, Konfitüre, Gelee und Nougatcremes: der Zuckerrübensirup und seine kleineren Geschwister Apfel- und Birnenkraut. Die Promotion zur Spezialität auf dem morgendlichen Frühstückstisch, fleißig betrieben von den heute nur noch etwa zehn deutschen Herstellern und der Centralen Marketinggesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft (CMA), hat allen Grund.

Der kaum mehr wachsende Markt der süßen Brotaufstriche, nicht zuletzt als Folge der verschobenen Altersschichtung in der Bevölkerung sowie einer geringeren Zahl junger Menschen, lassen den Versuch sinnvoll erscheinen, diesem traditionsreichen, dicken, braunen Sirup aus roten und weißen Zuckerrüben zu einer Renaissance in deutschen Haushalten zu verhelfen. Dafür stehen in Zeiten zunehmend natürlicher Ernährung und Verweigerung von chemischen Zusätzen und Konservierungsmitteln die Zeichen gut.

Rübensirup – die Hersteller empfinden den früher gängigen Begriff des Rübenkrauts als diskriminierend – kommt tatsächlich ohne chemische Zusätze aus. Der Zuckergehalt von 62 Prozent kommt – wie auch beim Apfel- und Birnenkraut – aus den verarbeiteten Früchten. Das Verdampfen des Saftes im Vakuumkessel bewirkt die Umwandlung der Saccharose in den aus Fructose und Glucose bestehenden Invertzucker, der schließlich auch das Kristallisieren des Sirups verhindert. Schließlich enthält der Sirup auch wichtige Mineralien.

Das wußten Griechen und Römer freilich noch nicht. Ihnen und den Menschen im Mitteleuropa des 18. Jahrhunderts diente die Rübe, die erst vor 200 Jahren zur Zuckerrübe wurde, als Grundnahrungsmittel. Ihr Saft wurde zum Süßen genutzt, Blätter und Wurzeln von Hypokrates als Arznei empfohlen. Als die Rübe systematisch angebaut wurde, geschah das vor allem in der Magdeburger Börde, im Rheinland und in Schlesien. In der Nähe dieser Anbaugebiete siedelten sich dann auch die Produzenten von Rübensirup an: 1918 waren es im Deutschen Reich rund 500 Klein- und Mittelbetriebe.

Zu den ältesten (1893) und vom Marktanteil größten deutschen Produktionsstätten gehört die Grafschafter Krautfabrik Josef Schmitz KG, Meckenheim nahe Bonn, mit 80 Beschäftigten, 7500 t Rübensirup, einem Umsatz von rund 25 Mill. DM (davon zwei Drittel Rübensirup, Apfel- und Birnenkraut). Der Gesamtmarkt wird vom Bundesverband der obst- und gemüseverarbeitenden Industrie auf 13 000 t (fünfziger Jahre: 18 000 t) mit einem Produktionswert von 25 bis 30 Mill. DM beziffert, wobei der Schwerpunkt eindeutig beim Rübensirup liegt.

Produktionsschwerpunkt ist auch das Rheinland. Die prominenten Hersteller, außer Grafschafter noch Bornheim in Lintorf/Niederrhein, Bauchmüller in Düren, Koppers in Goch, Zentis in Aachen (nur Apfelkraut) sind hier angesiedelt. Auch die Verzehrgewohnheiten konzentrieren sich auf Nordrhein-Westfalen, gefolgt von Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und vom Saarland.

Im übrigen Bundesgebiet kaum verbreitet, besinnt sich die Branche jetzt auch auf den Export: Bei Grafschafter liegt er bei drei Prozent des Umsatzes. Neben dem Privathaushalt (85 Prozent) beliefert die Branche aber auch andere Industrien. Die Brot- und Backwarenhersteller nutzen Rübensirup u. a. für Printen und Pumpernickel.

Aktien nur knapp behauptet

Aber Stahlpapiere weiterhin lebhaft gesucht

DW. – Der Handel auf dem Aktienmarkt war am Mittwoch wegen Ordermangel über weite Strecken schleppend. Initiiert durch den nachgebenden Dollar, blieben die Ausländer den deutschen Börsen weitgehend fern. Lebhaft war indessen die Nachfrage nach Stahlaktien. Die geplante Fusion Klöckner/Krupp hat spekulative Phantasien ausgelöst, die nicht nur den beiden betroffenen Gesellschaften zugute kommen, sondern am Rande auch Thyssen und Hoesch. Meinungskäufe gab es zeitweise bei den Lufthansa-Vorzugsaktien.

Trotz der geringen Umsätze blieben die Papiere der Großchemie nahezu unverändert. Die bei ihnen erzielbaren Renditen erweisen sich auch in Zeiten labiler Börsentendenz als gute Stütze. Gewinnmitnahmen waren vor allem in den bisherigen Modepapieren zu beobachten, dazu zählen neben Allianz Versicherung auch Nixdorf und Porsche. Die im Grunde positive Daimler-Ertragsschau für 1984 hat die Aktie vor einem weiteren Rückgang nicht bewahren können. Bemerkenswert ist der Anstieg der nur noch selten gehandelten Audi-Aktien, die in den letzten Tagen mehr als 10 Prozent ihres Kurswertes zugelegt haben. Nachgebend waren Einzelhandelswerte. Bankaktien bröckelten leicht ab, uneinheitlich tendierten Maschinenbauwerte.

Düsseldorf: AEG Kabel Rheydt verminderten um 10 DM, Kochs Adler und Leffers je um 3 DM und Rheag um 7 DM. Aufgestockt haben Audi NSU um 7 DM, Dyckerhoff St. um 2 DM und Schiess um 3 DM. Ver. Rumpus erhöhten um 10 DM auf 420 DM. Bei den Versicherungen verbesserten sich Aachen Münchner Bet. um 20 DM, und Allianz Leben gaben um 90 DM nach. Allianz Vers. verloren 63 DM und Nordstern 17 DM.

Frankfurt: Eichbaum Brauerei gaben um 4,50 DM, Hartmann und Braun um 9 DM und Henninger Bräu um 2 DM nach. Seitz Enzinger stockten um 4,30 DM auf 167,50 DM auf, und Steigenberger verbesserten sich um 100 DM. Wickrath verloren 10 DM und Ymos 5 DM.

Hamburg: Triton konnten sich um 2,30 DM und Bremer Vulkan um 1,10 DM verbessern. HEW lagen bei 84 DM sowie NWK-Vz. bei 167,50 DM. Phoenix Gummi gaben um 1,40 DM auf 120,10 DM nach. Beiersdorf gingen gut behauptet zu 370 DM um. Kühltransit gaben um 40 DM auf 830 DM nach.

München: Audi NSU erhöhten um 9 DM, Brauhaus Ingolstadt um 10 DM und Electronic 2000 um 5 DM. Nachgegeben haben Bay. Lloyd um 10 DM und Deckel AG um 2 DM. Gehe AG verloren 1,50 DM und Leonische Draht 2 DM. Zahnräder Renk verminderten um 3 DM.

Berlin: Berthold lagen um 2,50 DM und Berliner Bank um 1 DM freundlicher. DUB-Schultheiss ermäßigten sich um 7,80 DM, Kempinski um 4 DM, Herlitz Vz. und Schering um je 3,50 DM. DeTeWe bröckelten um 1 DM ab.

Nachbörse: nachgebend

WELT-Aktienindex: 158,8 (158,6)
WELT-Umsatzindex: 2580 (2610)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

Optionshandel

Frankfurt: 24. 10. 84: 1315 Optionen = 51 000 (79 450) Aktien, davon 201 Verkaufsoptionen = 10 900 Aktien. Kaufoptionen: AEG 1-100/11, 1-110/5, 4-100/15,6, 4-110/8, 4-130/3,6, 7-100/19,7, 7-120/8,4, 7-130/4,8, BASF 1-180/13, 1-163/9, 1-170/8,9, 1-180/4,8, 1-190/1,9, 4-160/18,4, 4-170/13,5, 4-180/8, 4-190/4,9, 4-200/3, 7-180/11, 7-190/7,7, 7-200/4,5, Bayer 1-170/18,8, 1-180/9,5, 1-190/4, 1-200/2,6, 4-170/18,4, 4-180/13, 4-190/7,5, 4-200/5, 7-180/19,6, 7-210/5, BHF 4-280/13, Bay. Hypo. 4-300/17,5, Bekula 1-100/3,2 Bay. Vereinsbk. 4-340/15, Commerzbk. 1-160/10,3, 1-170/6,8, 1-180/3,5, 4-160/17,35, 4-170/11, 4-180/5,4, 7-170/15,9, 7-190/5,5, Conti 1-130/4, 1-140/1,7, 4-130/7, 4-140/3,5, 1-150/3, Daimler 1-620/9, 4-600/7, Deutsche Bk. 1-380/10, 1-400/5,4, 4-360/34, 4-400/10, 7-420/8,8, Degussa 1-370/21,2, 4-390/8,5, Dresdner Bk. 1-170/8,4, 1-180/4,3, 1-190/2, 4-170/11, 4-190/7,6, 7-170/17,3, 7-180/8, GHH St. 1-170/3,5, GHH Vz. 1-150/7,6, Harpener 7-300/11,4, Hoechst 1-170/15, 1-180/7,1, 1-190/4,2, 1-200/2,3, 4-170/20, 4-180/12,5, 4-190/8,7, 4-200/4,9, 7-180/17,1, 7-190/12, Hoesch 1-95/16, 1-100/12,5, 1-110/6, 1-120/3, 4-100/6,6, 4-110/9,8, 4-120/5,4, 7-110/12, 7-120/7,8, Karstadt 4-280/7, Klöckner 1-60/17,8, 1-65/13,9, 1-70/10, 1-75/8, 1-80/5, 1-85/3,6, 1-90/2,5, 4-50/27,5, 4-60/9,6, 4-65/14,9, 4-70/13, 4-75/9,7, 4-80/6, 4-85/4,5, 7-80/8, 7-85/6, Lufthansa St. 1-146,5/20, 1-160/10,6, 1-170/5, 4-170/10, Lufthansa Vz. 1-160/10,6, 4-170/7, MAN 1-160/6, 4-160/15, 4-170/10, Mannesmann 1-140/18, 1-150/11, 1-160/4,9, 1-170/2,4, 4-160/9,6, 4-170/5, 4-180/2,9, 7-180/12, Preussag 1-270/5,4, RWE Vz. 1-170/5, 4-160/10,1, Schering 1-400/16,6, 4-410/24,5, 4-420/14,8, 1-400/33,6, Kali + Salz 1-250/10,5, 1-280/6, 4-230/31, 4-280/11,9, 7-270/13, Siemens 1-400/54,65, 1-410/45, 1-420/34, 1-430/27,2, 1-450/17, 1-480/7, 1-490/5, 1-500/3, 4-460/83, 4-430/38, 4-450/29,7, 4-470/21, 4-500/10, 7-500/18, Thyssen 1-80/5, 1-85/2,3, 4-85/4,6, 1-80/9, 7-85/6,3, 7-90/3,5, Veba 1-170/8, 1-180/2,05, 4-170/8,4, 4-180/5, 4-190/2,6, 7-170/13, 7-180/7,5, VEW 7-120/8, VW 1-160/31, 1-180/13,4, 1-190/7,9, 1-200/3,4, 4-180/22, 4-190/15, 4-200/9,5, 4-210/6,5, 4-220/3, 7-180/18,8, 1-200/12,9, 7-210/8,65, 1-220/5,1, Alcan 1-80/4, 4-85/10, 4-90/8,5, 7-90/8,1, Chrysler 1-80/180, 1-90/12,4, 1-100/7, 4-110/5,8, General Motors 4-250/28, IBM 1-400/18, 4-400/38, 4-410/20, 4-420/17, Norsk Hydro 7-40/8, 7-48/4,7, Philips 1-45/3,8, 1-50/3,6, 4-45/6,8, 7-50/3,8, Sony 4-50/8,5, Sperry 7-120/11, Xerox 1-110/12, 4-120/8, Verkaufsoptionen: AEG 1-100/2,1, 1-110/6, 4-110/6,5, 7-100/4, 7-110/8,5, BASF 4-170/4,4, 7-170/4,4, Bayer 1-181/2,8, 4-170/1,4, 4-180/5, 7-170/2,2, 7-180/5,5, BMW 4-370/7, Commerzbank 4-180/2, 4-170/8, 7-180/3,3, 7-170/7,5, Conti 1-130/5,6, 4-130/7, Daimler 1-600/7, 4-600/12, 7-570/13, 7-600/37,3, Dt. Babcock Vz. 4-160/6, Deutsche Bk. 4-360/8, Degussa 4-370/7, Dresdner Bk. 1-170/2,9, 4-170/4,3, Hoechst 7-180/7, Hoesch 1-100/1,9, 4-110/4,6, Kaufhof 4-220/6,5, Klöckner 1-70/2,5, 4-60/1, 4-65/2,3, 4-70/3, 7-70/3,8, Lufthansa St. 4-160/5,9, Mannesmann 4-160/8, Schering 1-400/5, 7-380/8,4, Kali + Salz 4-220/4, Siemens 1-430/3, 4-400/2, 4-440/8,5, 7-450/19,6 Thyssen 1-80/1,4, 4-80/4, 7-75/2,8, VW 1-180/2,6, 1-190/4,5, 4-170/2,4, Alcan 4-80/2, Chrysler 1-80/1,8, 4-80/3,4, 4-85/3,9, General Motors 4-230/12, IBM 4-370/11,2, 1-360/14,4, Norsk Hydro 4-40/1,8, Philips 4-50/3, 7-45/1,8, Royal Dutch 1-150/6, Unilever 4-280/6. (1. Zahl Verfallsmonat [jeweils der 15.], 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 24. 10.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9½– 9⅞	5⅝–5¾	5 –5⅛
3 Monate	9⅞–10⅛	5¾–6	5¼–5½
6 Monate	10⅛–10½	5¾–6	5¼–5½
12 Monate	10⅝–11	5¾–6	5 –6¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 24. Oktober folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1470,00	1824,00
10 US-Dollar (Indian)**)	1195,00	1455,20
5 US-Dollar (Liberty)	470,00	649,80
1 £ Sovereign alt	235,00	291,84
1 £ Sovereign Elizabeth II.	232,00	287,28
20 belgische Franken	182,00	224,84
10 Rubel Tscherwonez	248,00	307,80
2 südafrikanische Rand	232,00	286,14
Krüger Rand, neu	1049,00	1235,76
Maple Leaf	1049,00	1235,76
Platin Noble Man	1016,00	1198,14
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	237,00	297,54
20 schweiz. Franken „Vreneli"	187,00	237,12
20 franz. Franken „Napoléon"	186,00	235,98
100 österr. Kronen (Neuprägung)	969,00	1168,50
20 österr. Kronen (Neuprägung)	193,00	242,82
10 österr. Kronen (Neuprägung)	102,00	133,48
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	447,00	549,48
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	106,00	143,64

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

24. 10. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Ankfs.-Kurs⁴)	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankauf	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Verkauf
New York³)	3,0284	3,0314	2,9975	2,98	3,07
London¹)	3,681	3,695	3,632	3,63	3,78
Dublin¹)	3,088	3,102	3,039	3,76	3,91
Montreal³)	2,2988	2,3068	2,2732	2,24	2,34
Amsterd.	88,520	88,740	88,50	87,50	89,50
Zürich	121,520	121,720	121,606	120,25	123,00
Brüssel	4,930	4,950	4,878	4,79	4,99
Paris	32,490	32,650	32,18	31,71	33,50
Kopenh.	27,620	27,740	27,32	26,50	28,25
Oslo	34,400	34,520	33,77	33,25	35,00
Stockh.**)	35,060	35,220	34,53	34,00	35,75
Mailand²) **)	1,607	1,617	1,571	1,57	1,67
Wien	14,207	14,247	14,177	14,15	14,35
Madrid**)	1,771	1,781	1,744	1,71	1,83
Lissabon**)	1,860	1,880	1,785	1,55	2,35
Tokio	1,2360	1,2390	–	1,20	1,28
Helsinki	47,830	48,030	46,83	46,75	48,50
Buen. Air.	–	–	–	–	5,00
Rio	–	–	–	0,08	0,20
Athen*) **)	2,3920	2,4360	–	1,95	2,75
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,5540	2,5730	–	2,48	2,58
Johannesbg.*)	1,6900	1,7090	–	1,60	1,85

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Am Devisenmarkt gab der Dollar-Kurs am 24. 10. deutlich nach. Es verstärkte sich der Eindruck, daß die amerikanische Notenbank tatsächlich ein niedrigeres Zinsniveau tolerierte, nachdem bei schwachen Zinssätzen gestern kein Liquiditätsentzug vorgenommen wurden. Der Kurs fiel von 3,0360 auf 3,0130 zurück. Eingriffe der Bundesbank waren weder im Freiverkehr noch zur amtlichen Notiz von 3,0274 zu verzeichnen. Der Anstieg der US-Verbraucherpreise um 0,4 Prozent im September beeinflußten die Kursentwicklung nicht. Der in den letzten Tagen deutlich bevorzugte Yen, mußte heute einen Verlust von 6,4 Promille auf 1,2375 hinnehmen. Das englische Pfund notierte unverändert mit 3,688, die übrigen Währungen notierten uneinheitlich. Kursverluste. US-Dollar in: Amsterdam 3,4100; Brüssel 61,21; Paris 9,2760; Mailand 1878,50; Wien 2127,30; Zürich 2,4892; Ir. Pfund/DM 3,095; Pfund/Doll. 1,2182; Pfund/DM 3,688.

Ostmarkkurs am 24. 10. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Dollar/Deports schrumpften am 24. Oktober erneut, da sich der Rückgang der Dollar-Zinssätze fortsetzte.

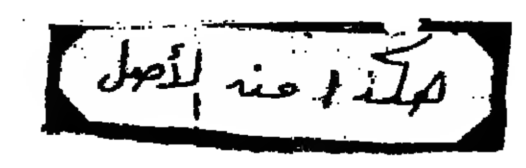
	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,15/1,05	3,33/3,26	6,37/6,37
Pfund/Dollar	0,10/0,07	0,10/0,07	0,07/0,12
Pfund/DM	2,30/0,90	4,80/3,40	8,10/6,70
FF/DM	22/6	48/32	92/78

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 24. 10.: Tagesgeld 5,55–5,6 Prozent; Monatsgeld 5,8–5,9 Prozent; Dreimonatsgeld 6,0–6,1 Prozent.

Privatdiskontsätze am 24. 10.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 24. 10.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Oktober 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/9 (Typ A) 5,00 (5,00) – 7,[illegible] (6,37) – 7,75 (6,88) – [illegible]. Ausgabe 1984/10 (Typ B) 5,00 (5,00) – [illegible] – 8,00 (6,99) – 8,50 (7,[illegible]) [illegible] des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 4,[illegible], 2 Jahre 6,24. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,00, Kurs 100,[illegible], Rendite 6,[illegible].



Konsolidierung bei den Renten

Vorbörsliche Versuche, den Anstieg deutscher Anleihen wieder voranzubringen, hatten keinen Erfolg. Denn auf erhöhter Basis stellten die Anleger ihre Käufe sofort ein. Ohnehin sehen sie angesichts des gut versorgten Marktes keine Notwendigkeit, ihre Aktivität zu forcieren. Öffentliche Anleihen schwankten um 0,10 Prozentpunkte. Gegenüber der neuen siebeneinviertelprozentigen Bahnanleihe besteht weiterhin Zurückhaltung, zumal jetzt herauskommt, daß die letzte siebeneinhalbprozentige Bundesanleihe nicht voll placiert worden ist. DM-Auslandsanleihen schwankend.

Bundesanleihen

Bundesbahn

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Ausländische Aktien in DM

Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Dienstag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Knapp behauptet ging Kakao aus dem Markt. Etwas schwächer in den vorderen Sichten und leicht befestigt in den entfernteren Kontrakten notierte Kaffee.

Getreide und Getreideprodukte

	23. 10.	22. 10.
Weizen Chicago (c/bush)		
Dez.	361,00	366,25
März	354,25	360,50
Mai	351,00	357,50
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.	23. 10.	22. 10.
St. Lawrence 1 CW	240,22	240,22
Amber Durum	252,07	252,07
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	139,00	138,50
Dez.	141,50	141,50
März	147,60	147,50
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	121,80	122,00
Dez.	127,80	123,16
März	126,40	126,20
Hafer Chicago (c/bush)	23. 10.	22. 10.
Dez.	180,50	180,00
März	180,75	180,00
Mai	177,00	177,00
Mais Chicago (c/bush)		
Dez.	276,00	276,00
März	283,75	283,25
Mai	289,75	288,75
Gerste Winnipeg (can. $/t)	23. 10.	22. 10.
Okt.	139,70	139,50
Dez.	131,00	131,16
März	133,00	133,80

Genußmittel

	23. 10.	22. 10.
Kaffee New York (c/lb)		
Terminkontr. Dez.	135,15	135,51
März	133,90	134,20
Mai	132,95	133,16
Kakao New York ($/t)	23. 10.	22. 10.
Terminkontr. Dez.	2268	2275
März	2185	2182
Mai	2200	2216
Umsatz	2506	1570
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Jan.	5,22	5,02
März	5,68	5,55
Mai	6,00	5,85
Juli	6,28	6,13
Sept.	6,54	6,42
Umsatz	8 685	18 965
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	4,57	4,82
Kaffee London (£/t) Robusta-	23. 10.	22. 10.
Kontrakt Nov.	2540–2544	2556–2560
Jan.	2350–2351	2364–2367
März	2255–2257	2276–2279
Umsatz	1930	1763
Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Dez.	1947–1947	1950–1952
März	1908–1910	1910–1912
Mai	1915–1916	1918–1919
Umsatz	3743	3190
Zucker London ($/t), Nr. 6		
Dez.	136,00–136,80	136,80–137,00
März	152,20	152,80–153,00
Mai	158,00–158,80	159,00–159,80
Umsatz	–	3542
Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	23. 10.	22. 10.
schw. Sarawak spez.	geschlossen	467,50
weißer Sarawak	geschlossen	722,50
weißer Muntok	geschlossen	730,00
Orangensaft New York (c/lb)	23. 10.	22. 10.
Nov.	164,00	164,85
Jan.	169,90	168,20
März	167,75	168,55
Mai	167,00	168,50
Juli	167,50	168,30
Umsatz	600	500

Öle, Fette, Tierprodukte

	23. 10.	22. 10.
Erdnußöl New York (c/lb)		
Südstaaten fob Werk	37,00	37,60
Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	32,00	32,00
Sojaöl		
Chicago (c/lb) Dez.	26,90	26,65
Jan.	26,10	25,80
März	25,60	25,20
Mai	25,35	25,00
Juli	25,25	24,75
Aug.	25,00	26,60
Sept.	24,50	–
Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	30,00	29,50
Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	31,00	31,00
Choice white hog 4% fr. F.	20,50	20,50
Talg New York (c/lb)		
top white	21,50	21,50
fancy	21,25	21,25
bleichfähig	19,50	19,50
yellow max. 10% fr. F.	17,25	17,25
Schweine Chicago (c/lb)		
Dez.	46,55	46,70
Febr.	48,60	48,70
April	46,40	46,25
Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr.	64,05	63,85
März	63,95	63,50
Mai	65,37	65,40
Häute Chicago (c/lb)	23. 10.	22. 10.
Ochsen unb. schwere River Northern	60,00	60,00
Kühe unb. schwere River Northern	58,50	55,00
Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Nov.	630,50	623,00
Jan.	641,50	634,00
März	655,00	649,00
Mai	670,00	663,00
Juli	678,00	653,50
Aug.	676,00	657,00
Sept.	665,00	671,00
Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Dez.	159,00	157,00
Jan.	162,00	160,00
März	168,30	166,00
Mai	173,50	171,20
Juli	178,50	175,60
Aug.	177,50	175,50
Sep.	177,50	–
Leinsaat Winnip. (can. $/t)	23. 10.	22. 10.
Okt.	348,90	352,00
Dez.	354,70	358,90
März	368,30	369,90
Kokosöl New York (c/lb)	23. 10.	22. 10.
Westküste fob Werk	60,50	59,00
Erdnußöl Rotterdam ($/t)	24. 10.	23. 10.
jegl. Herk. cif	840,00	840,00
Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	590,00	585,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	617,50	620,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Nieder. fob Werk	241,00	252,00
Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	1300,00	1330,00
Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	290,00	290,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

	23. 10.	22. 10.
Baumwolle New York (c/lb)	22. 10.	22. 10.
Kontrakt Nr. 2: Dez.	68,80	69,22
März	70,05	70,75
Mai	71,40	72,05
Juli	72,25	72,65
Okt.	70,49	71,00
Dez.	70,80	71,05
Kautschuk New York (c/lb): Händlerpreis loco RSS–1	43,00	43,00
Wolle Lond. (Austr. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	23. 10.	22. 10.
Okt.	–	515
Dez.	513-515	508-515
Jan.	514-519	509-513
Umsatz	121	0
Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	23. 10.	22. 10.
Okt.	51,00	unerh.
Dez.	51,40	unerh.
März	53,80	unerh.
Mai	53,50	unerh.
Umsatz	6	–
Tendenz: stetig		
Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	23. 10.	22. 10.
Okt.	565,0–572,0	569,0–570,0
Dez.	571,0–572,0	571,0–572,0
März	582,0–583,0	582,0–585,0
Umsatz	52	44
Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	23. 10.	22. 10.
East African 3 long	680,00	680,00
undergraded	570,00	570,00
Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	23. 10.	22. 10.
Okt.	13 200	13 200
Nov.	13 122	13 116
Kautschuk London (p/kg)	23. 10.	22. 10.
Nr. 1 RSS loco	60,50–64,00	60,60–64,00
Nov.	56,00–61,00	57,00–60,00
Dez.	57,00	57,00–63,00
Jan.	60,00–64,50	58,00–63,50
Tendenz: ruhig		
Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	23. 10.	22. 10.
Nov.	geschlossen	200,50–201,00
Dez.	geschlossen	201,50–202,50
Nr. 2 RSS Nov.	geschlossen	189,50–190,50
Nr. 3 RSS Nov.	geschlossen	186,00–187,00
Nr. 4 RSS Nov.	geschlossen	179,00–180,00
Tendenz: –		
Jute London (£/lgt)	23. 10.	22. 10.
BWC	–	810,00
BWD	–	795,00
BTC	–	810,00
BTD	–	795,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	24. 10.	23. 10.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	127,11–127,20	127,65–127,85
drittfolg. Monat	129,70–129,79	130,25–130,43
Zink: Basis London		
laufend. Monat	235,37–235,74	237,59–237,96
drittfolg. Monat	233,52–233,89	235,74–235,93
Produz.-Preis	272,83	275,92
Reinzinn 99,9%	4103–4144	geschl.

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	24. 10.	23. 10.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz*)	391,20–393,15	391,67–393,52
Blei in Kabeln	134,75–135,75	135,25–136,25
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller.

Messingnotierungen

	24. 10.	23. 10.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	380–381	381
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	424–426	427–428
MS 63	408–412	408–411

Zinn-Preis Penang

	23. 10.	22. 10.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	geschlossen	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	23. 10.	22. 10.
Leg. 225	360–363	360–363
Leg. 226	362–365	362–365
Leg. 231	393–395	393–395
Leg. 233	402–405	402–405

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	24. 10.	23. 10.
Platin (DM je g)	34,45	35,09
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkpr.	33 600	34 000
Rücknahmepr.	32 850	33 250
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	33 690	34 170
Rücknahmepr.	33 040	33 320
verarbeitet	35 550	35 840
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	33 210	33 545
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	731,80	733,00
Rücknahmepr.	710,20	711,50
verarbeitet	783,90	785,20

Internationale Edelmetalle

	24. 10.	23. 10.
Gold (US-$/Feinunze) London		
10.30	340,25	339,40
15.00	340,90	340,00
Zürich mittags	340,20–340,70	339,50–340,00
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	102 300	102 750
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	601,40	601,80
3 Monate	615,50	617,10
6 Monate	631,35	631,85
12 Monate	663,35	663,85
Platin (£-Feinunze) London	23. 10.	22. 10.
fr. Markt	269,10	271,00
Palladium (£-Feinunze) London		
f. Händlerpr.	115,60	116,55
New Yorker Preise	23. 10.	22. 10.
Gold H & H Ankauf	340,50	338,40
Silber H & H Ankauf	732,00	725,50
Platin fr. Händlerpr.	324,50–336,00	324,00–329,50
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	138,75–140,75	138,00–140,00
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze)		
Okt.	736,40	727,80
Nov.	736,80	724,10
Dez.	741,50	729,00
Jan.	748,00	735,20
März	762,00	748,00
Mai	774,60	752,15
Juli	787,80	775,30
Umsatz	16 000	13 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	23. 10.	22. 10.
Okt.	56,05	55,35
Nov.	56,15	55,50
Dez.	56,75	56,05
Jan.	56,36	56,70
März	58,50	57,90
Mai	59,65	59,05
Juli	60,30	60,28
Umsatz	6 080	6 580

Londoner Metallbörse

	24. 10.	23. 10.
Aluminium (£/t) Kasse	858,00–860,00	845,50–846,50
3 Monate	884,00–885,00	871,00–871,50
Blei (£/t) Kasse	344,00–344,20	346,50–347,50
3 Monate	351,00–351,20	353,70–354,00
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1046,5–1047,0	1047,5–1048,0
3 Monate	1072,0–1072,5	1072,5–1073,5
abends Kasse	–	1048,0–1049,0
3 Monate	–	1073,5–1074,0
(Kupfer-Standard) Kasse	1045,0–1047,0	1046,0–1048,0
3 Monate	1067,0–1070,0	1068,0–1070,0
Zink (£/t) Kasse	837,00–838,00	842,00–843,00
3 Monate	832,00–833,00	837,50–838,00
Zinn (£/t) Kasse	9675–9677	9665–9670
3 Monate	9650–9651	9640–9641
Quecksilber ($/Fl.)	–	305–315
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	80–85

Wir trauern um

Herrn Rechtsanwalt und Notar

Dr. jur. Josef Augstein

Vorsitzender unseres Aufsichtsrates

Er wurde am 23. Oktober 1984 ganz plötzlich aus einem bis zum letzten Augenblick arbeitsreichen Leben abberufen.

Herr Dr. Augstein stand in einer echten inneren Verbundenheit zu unserem Unternehmen.

Die Betreuung und den Rat eines Mannes mit so reichen Erfahrungen, die Anlehnung an eine so große Persönlichkeit, werden wir schmerzlich vermissen.

In Dankbarkeit und Verehrung nehmen wir Abschied von einem Freund unseres Hauses.

Sein Andenken werden wir in Ehren halten.

Aufsichtsrat, Vorstand,
Betriebsrat und die Belegschaft der

C. GROSSMANN
Eisen- und Stahlwerk Akt.-Ges.

Solingen-Wald, den 24. Oktober 1984

Wir trauern um den unerwarteten Tod von Herrn

Dr. Josef Augstein

Rechtsanwalt und Notar

Herr Dr. Augstein war seit 1975 Mitglied des Verwaltungsrates und gehörte seit 1979 zum Gesellschafterkreis unseres Hauses.

Wir haben einen herausragend sachkompetenten und stets unabhängigen Ratgeber verloren. Vor allem aber wird uns der ausgleichende und bei jeder gebotenen sachlichen Diskussion liebenswürdige und jedem persönlichen Problem aufgeschlossene väterliche Freund fehlen.

Wir verdanken Herrn Dr. Augstein außergewöhnlich viel. Er wird nicht ersetzbar sein.

Geschäftsinhaber und Gesellschafter der

CTB-BANK
Thielert & Rolf KG

Essen, 24. Oktober 1984

FINANZANZEIGEN



Hypothekenbank in Hamburg
AKTIENGESELLSCHAFT

HINWEIS

Der Zwischenbericht zum 30. September 1984 über die Geschäftsentwicklung unserer Bank liegt vor und steht Interessenten auf Anforderung zur Verfügung.

Hohe Bleichen 17, 2000 Hamburg 36, Telefon: 040/359 10-0

Hamburg, im Oktober 1984 **Der Vorstand**



Hypothekenbank in Hamburg
AKTIENGESELLSCHAFT

Dritte Androhung des Verkaufs nicht abgeholter Aktien aus der Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln 1983

Durch Bekanntmachung im Bundesanzeiger Nr. 106 vom 10. Juni 1983 haben wir die Aktionäre unserer Gesellschaft aufgefordert, die gemäß Beschluß unserer ordentlichen Hauptversammlung vom 29. April 1983 aus der Umwandlung von Rücklagen nach § 7 HBG in Grundkapital hervorgegangenen DM 2 500 000,– Aktien entgegenzunehmen.

Hiermit bitten wir unsere Aktionäre, die bisher noch nicht abgeholten Berichtigungsaktien bis zum

25. Oktober 1985,

dem Tag des Ablaufs der gesetzlich vorgeschriebenen Frist, bei den in der erwähnten Bekanntmachung im Bundesanzeiger genannten Ausgabestellen gegen Einreichung des als Berechtigungsschein dienenden Gewinnanteilscheines Nr. 42 entgegenzunehmen.

Soweit noch Teilrechte vorhanden sind, ist es geboten, diese Teilrechte seitens der Berechtigten bis zum endgültigen Fristablauf durch Zu- oder Verkauf auf volle Aktiennennbeträge von DM 50,– auf- oder abzurunden.

Die bis zum 25. Oktober 1985 nicht abgeholten Aktien aus der Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln 1983 werden wir zusammen mit den Teilrechten, die nicht in einer Hand vereinigt sind und deren Berechtigte sich auch nicht zur Ausübung der Rechte zusammengeschlossen haben, anschließend durch Vermittlung eines Kursmaklers zum amtlichen Börsenkurs für Rechnung der Beteiligten verkaufen und den Erlös zugunsten der Berechtigten hinterlegen.

Hamburg, im Oktober 1984

Der Vorstand



Hypothekenbank in Hamburg

Hohe Bleichen 17
2000 Hamburg 36
Telefon (040) 35910-0

Deutsche Hypothekenbank Frankfurt-Bremen

RÜCKKAUFANGEBOT

Im Interesse unserer Wertpapiersparer setzen wir den freiwilligen Rückkauf niedrigverzinslicher, langlaufender Schuldverschreibungen fort und unterbreiten den Inhabern unserer

a) 6% Hypothekenpfandbriefe Emission 119 M/N – 241 051 –
b) 6% Hypothekenpfandbriefe Emission 133 F/A – 241 058 –
c) 6% Hypothekenpfandbriefe Reihe 56 A/O – 318 042 –
d) 6% Hypothekenpfandbriefe Reihe 56 J/J – 318 043 –

folgendes Angebot:

Wir sind bereit, in der Zeit vom 15.11. bis 31.12.1984 im Einzelfall bis zu je nom. DM 5.000,– der genannten Emissionen bzw. Reihen zum Vorzugskurs von 95% zurückzukaufen, sofern die Stücke am 31. Dezember 1970 im Besitz des Einreichers waren und sich im Zeitpunkt der Einreichung noch befinden.

Der Rückkauf der Stücke durch uns erfolgt baldmöglichst in der Reihenfolge der Vorlage der Stücke resp. der GS-Gutschriften unter Verrechnung von Stückzinsen. Der Gegenwert fehlender Zinsscheine wird vom Rückzahlungsbetrag gekürzt. Anfallende Provisionen, Spesen und Börsenumsatzsteuer sind vom Begünstigten zu tragen.

Der Rückkauf kann unter Vorlage der Beweismittel, im Falle der Eigenverwahrung unter gleichzeitiger Vorlage der Stücke bei der Depot- oder Hausbank oder bei uns

in der Zeit vom 15.11. bis 28.12.1984

beantragt werden.

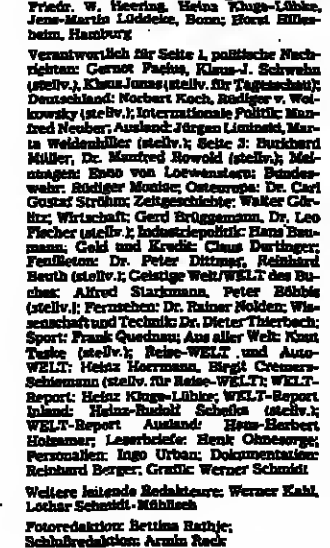
Die Kreditinstitute werden gebeten,

1. unser Angebot ihren in Frage kommenden Kunden bekanntzugeben,
2. im Falle der Annahme des Angebots die Voraussetzungen zum Rückkauf zu prüfen,
3. uns zu bestätigen, daß die Voraussetzungen zum Rückkauf zum Vorzugskurs im Einzelfall vorliegen,
4. zur Wiederanlage unsere Pfandbriefe und Kommunal-Obligationen zu empfehlen.

Im Interesse einer rationellen Abwicklung äußern wir nachdrücklich die Bitte, die Vorlage der Rückkaufanträge und Stücke bzw. Anschaffung der GS-Anteile ausschließlich in der Zeit vom 15.11. bis spätestens 31.12.1984 durchzuführen, und zwar bei unserem Haus in Bremen.

Frankfurt am Main – Bremen, im Oktober 1984

DER VORSTAND



DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheffer (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-12, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. [illegible]

[illegible]

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: [illegible]

Herstellung: Werner [illegible]

Anzeigen: [illegible]

Vertrieb: Gerd [illegible]

Verlagsleiter: Dr. [illegible]

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Transport-Versicherung

Py. – Mehr als nur ein kurzes Aufatmen wird den Transportversicherern in diesem Jahr nicht gegönnt. Nach verlustträchtigen Jahren sind wieder technische Gewinne zu sehen. Doch die Besonderheit des Marktes, die Verschiebung von Warenströmen aus Regionen mit unergiebigen in solche mit rentableren Prämiensätzen, wachsender Export und ein Quentchen Glück verdecken die oft noch schwierige Lage der Sparte. Tief durchatmen kann erst, wer bis 31. Dezember 1984, 24 Uhr, vor Großschäden bewahrt bleibt.

Die für die Wirtschaft einschließlich ihres Exports wichtige Sparte der Versicherungswirtschaft stellt zwar nur zwei Prozent – etwa zwei Milliarden Mark – des Prämienaufkommens der Assekuranz, aber dieser Betrag hat es in sich: Er steht für den drittgrößten Transportversicherungsmarkt der Welt, nach USA und Großbritannien.

Ein bedeutender Teil des Geschäfts wird über Versicherungsmakler abgewickelt. In der Kasko-(Schiffs-)Versicherung sind es annähernd 90 Prozent. Mag der Makler manchmal von der Assekuranz als „Prämiendrücker" kritisiert werden – als Dienstleister von der Planung über Service und mögliche Schadenabwicklung, dessen Leistung keine zusätzlichen Kosten für den Kunden verursacht, hat er die Versicherer in der Vergangenheit vor vielen Schäden bewahrt.

SCHADENVERHÜTUNG / Enger Kontakt zur Industrie

Verluste sind oft vermeidbar

KARL-H. STEFAN, **Hamburg**

Warensendungen, die auf dem Transport beschädigt werden, führen zu Verärgerungen des Empfängers, kosten viel Zeit und Geld, strapazieren oft genug die Nerven von Lieferanten und Versicherern. Beide verlieren im konkreten, kontrovers beurteilten Schadensfall Kunden und büßen möglicherweise mühsam erworbene Marktanteile ein: Verluste, die sich kaum ausreichend versichern lassen.

Schadenverhütung bedeutet dann auch für den Versicherer in vielen Fällen, daß er zufriedene Kunden hat. Sie wirkt sich auf nahezu alle zwischenbetriebliche und betriebsinterne Beziehungen und Vorgänge aus.

Untersuchungen haben ergeben, daß sich zwischen 70 und 80 Prozent aller Transportschäden vermeiden, zumindest aber stark reduzieren lassen. Hierauf zielen die Aktivitäten der deutschen Transportversicherer zur Schadenverhütung. Der Deutsche Transport-Versicherungs-Verband (DTV) hatte bereits 1970 eine Schadenverhütungs-Kommission gebildet, die seitdem den Schadenverhütungsgedanken – unter anderem durch die Herausgabe von Informationsschriften und Lehrfilmen – in der Öffentlichkeit verbreitet.

So wird in einem 30-Minuten-Film insbesondere kleinen und mittleren exportorientierten Industriebetrieben gezeigt, welche Gefahren die Güter vom Herstellungsbetrieb bis zum überseeischen Empfänger erwarten. Die Schadenverhütungs-Kommission veranstaltet jährlich eine Informationstagung für Mitarbeiter der Mitgliedsgesellschaften und der Maklerfirmen, die für die Schadenverhütung zuständig sind. Hierbei werden die Teilnehmer durch entsprechende Besichtigungsprogramme (besucht werden See- und Flughäfen) sowie auf Diskussionsveranstaltungen auf die Beratung ihrer Kunden vorbereitet. Diskutiert wird unter anderem über Themen wie Container-Kasko-Containerisierung, Ro-Ro-Verkehr und Stauung auf Trailern.

Darüber hinaus initiiert und unterstützt die Kommission die Untersuchung von Spezialproblemen, wie sie beispielsweise beim Transport von Kühlfleisch oder Konserven auftreten können. Hierbei werden unter Mitwirkung aller Beteiligten – Exporteure, Importeure, Frachtführer, Reeder, Versicherer – neue Wege gesucht, diese Transporte künftig möglichst problemlos abwickeln zu können.

Schließlich werden die Erfahrungen der nationalen Transportversicherungsmärkte über das Cargo Loss Prevention Committee des Internationalen Transport-Versicherungs-Verbandes zusammengefaßt, veröffentlicht und ausgetauscht.

ZEICHNUNGSPOLITIK / Mehr Disziplin von allen Marktteilnehmern gefordert – Außenseiter scheitern

Wechselkurse erschweren Kalkulation

CLAAS KLEYBOLDT, **Düsseldorf**

Ohne Transportversicherung würde der Handel und vor allem auch der überseeische Handel nicht funktionieren. Sie ist aus einer modernen Volkswirtschaft nicht wegzudenken. Der deutsche Transportversicherungsmarkt ist nach dem amerikanischen und britischen und noch vor dem französischen und japanischen Markt der drittgrößte der Welt. Er spielt somit auch international eine wichtige Rolle.

Die deutsche Transportversicherung unterliegt anders als die übrigen deutschen Versicherungszweige nicht der Aufsicht des Bundesaufsichtsamts für das Versicherungswesen und ist darüberhinaus nicht nur dem nationalen Wettbewerb ausgesetzt, sondern muß sich auch seit Jahren im Gegensatz zu anderen Industriesparten einem scharfen internationalen Wettbewerb stellen.

Diese Kumulierung der internationalen und nationalen Wettbewerbssituation führte in den vergangenen zehn Jahren bis 1983 zu erheblichen versicherungstechnischen Verlusten, die sich insgesamt auf über 700 Millionen Mark beliefen. Glücklicherweise wurde der deutsche Transportversicherungsmarkt in den Jahren 1982 und 1983 von weniger Großschäden betroffen. So konnten in diesen beiden Jahren erstmals seit langer Zeit wieder bescheidene technische Gewinne erzielt werden.

Insbesondere im Seekasko-Bereich haben das Ausbleiben exorbitanter Großschäden zusammen mit den erheblichen Anstrengungen zur Sanierung des Geschäfts zu einer gewissen Stabilisierung geführt. Demgegenüber sind in einem anderen Zweig der Transportversicherung, der Warenversicherung, verstärkte Sanierungsbemühungen dringend erforderlich. Das um so mehr, als sich die Großschadensituation offensichtlich wieder verschlechtert. Weitere Verluste in diesem Bereich sind künftig weder den Erstversicherern noch den Rückversicherern zumutbar.

Gelingt es nicht, zu einer weiteren Konsolidierung auch in diesem Bereich zu kommen, besteht die Gefahr, daß die deutsche Transportversicherung langfristig ihre Aufgabe, den weltweiten Handel zu sichern, nicht mehr wahrnehmen kann. Übrigens: Weltweit sind die gleichen Entwicklungen wie in der Bundesrepublik Deutschland zu beobachten.

Eine Besserung des Verlaufs im weltweiten Warengeschäft wird nur dann möglich sein, wenn sich alle Transportversicherer wieder auf die tragenden Prinzipien des Marktes besinnen und eine leistungsgerechte Vergütung für ihre Dienstleistung verlangen. Dies erfordert weltweit eine disziplinierte Zeichnungspolitik, die auch dann beibehalten werden muß, wenn Außenseiter auftauchen und durch waghalsige Prämienunterbietungen versuchen, in bestehenden Märkten in einzelne Segmente einzubrechen, die aber regelmäßig nach kurzer Zeit wirtschaftlich scheitern.

Um das Ergebnis in der nationalen und internationalen Warentransportversicherung zu verbessern, müssen vor allem auch größere Anstrengungen im Schadenverhütungsbereich unternommen werden. Das Überwachen beim Laden und Löschen der Güter durch Fachleute führt zu beachtlichen Schadenminderungen.

Eine zunehmende Rolle für den Ertrag in der Transportversicherung spielen schließlich seit einigen Jahren die sprunghaften Währungskursveränderungen. Daher müssen mögliche Wechselkursschwankungen stärkere Berücksichtigung in der versicherungstechnischen Kalkulation finden, als dies offenichtlich derzeit der Fall ist. Durch den weltweiten Verkehr in der Transportversicherung können zwischen Beitragszahlung einerseits und Schadenregulierung andererseits einmal sehr lange Zeiträume liegen. Darüber hinaus erfolgen Schadenzahlungen häufig in einer Währung, die sich nicht selten seit Eintritt des Schadens um viele Prozent verändert hat. Bei einem durchaus üblichen Zeitraum von zum Beispiel drei Jahren für Schiffsreparaturen, die darüber hinaus oft in weit entfernten Häfen der Erde durchgeführt werden, kann auf diese Weise aus einem ursprünglichen versicherungstechnischen Gewinn ein schmerzhafter Verlust entstehen.

Jahresprämien sparen viel Geld

DW. **Hamburg**

Versicherungsschutz ist billiger, wenn die Beiträge nicht monatlich, sondern viertel- oder halbjährlich oder einmal im Jahr gezahlt werden. Darauf machen die Hanse-Merkur Versicherungen (Hamburg) aufmerksam. Das dürfte vor allem bei geringen Prämien wie zum Beispiel in der Unfall-, Hausrat- oder Privathaftpflichtversicherung oder auch bei der Kfz-Versicherung nicht schwerfallen. Für monatliche Zahlung sind nämlich acht Prozent Aufschlag auf die Jahresprämie in die Tarife eingearbeitet, bei vierteljährlicher Zahlung immerhin noch fünf und auch bei halbjährlicher Zahlung noch drei Prozent Zuschlag. Man muß also schon mehr als sechs Prozent Jahreszins bekommen, wenn es sich lohnen soll, den halben Prämienbetrag zu überweisen. Höhere Zuschläge für vierteljährliche Zahlungsweise können durch zwischenzeitliche Anlage der noch nicht überwiesenen Beitragsteile nicht hereingeholt werden.

WARENVERSICHERUNG / Höhere Prämiensätze decken oft nicht die Schäden

Güterströme haben sich verlagert

GERHARD LUTTMER, **Hamburg**

Das Prämienvolumen in der Waren-Transportversicherung – auf sie entfallen rund 50 Prozent des Prämienvolumens – ist direkt an die Entwicklung der Handelswerte, insbesondere an die der Exportwerte gekoppelt. Denn die Waren-Transportversicherungsprämie ergibt sich durch Multiplikation der Werte der transportierten Güter mit dem jeweils zugehörigen güter- und regionspezifischen Prämiensatz.

Steigende oder sinkende Handelswerte führen somit, wenn andere Einflußgrößen unverändert bleiben, zu steigenden oder sinkenden Prämienvolumina. Diese Relation kann jedoch durchbrochen werden, wenn Güterströme ihre Richtung oder Intensität verändern. Werden Güter statt in Regionen mit hohem Prämiensatz stärker in solche mit niedrigerem Prämiensatz transportiert, kann es trotz insgesamt gestiegener Handelswerte zu geringeren Beitragseinnahmen kommen.

Dieser Sachverhalt war mit ursächlich für den Prämienrückgang in der Waren-Transportversicherung im Jahre 1983. Zum einen waren die Handelswerte konjunkturbedingt in dem für das Prämienvolumen ausschlaggebenden Zeitraum ohnehin leicht rückläufig. Zum anderen ging auch der Handel mit schadenträchtigen und deshalb mit hohem Prämiensatz bewerteten Entwicklungs- und Opec-Ländern zurück. Dafür belebte sich die Handelstätigkeit mit den niedriger bewerteten westlichen Industrienationen stark.

Die Schadenquote hat sich 1983 gegenüber dem Vorjahr leicht verschlechtert. In einer Analyse zeigen sich positive Ansätze. Unterteilt man den Schadenaufwand in drei Kategorien: Aufwand für Schäden unter 100 000 Mark (Schadensockel), Aufwand für Schäden von 100 000 Mark bis unter einer Million Mark und Aufwand für Schäden von einer Million Mark an, so kann man feststellen, daß die ersten beiden Kategorien in Relation zu den Prämieneinnahmen deutlich abgenommen haben. Ein Grund dafür ist, daß diese Schäden nicht so sehr den zufälligen Charakter haben wie die Großschäden von einer Million Mark an und daher durch gezielte Schadenverhütungsmaßnahmen wirksam bekämpft werden können.

Beigetragen zum Abbau des Schadensockels hat aber auch die Verlagerung der Güterströme. Die höheren Prämiensätze der Entwicklungs- und Opec-Länder reichen nämlich im Gegensatz zu den Sätzen bei den westlichen Industrieländern bei weitem nicht aus, um Schäden und Kosten zu decken. So hat sich aus dieser Verschiebung der Güterströme neben der Prämienreduzierung eine noch höhere Entlastung auf der Schadenseite ergeben.

NACHRICHTEN

Schadenfreiheit

Bonn (Py.) – Mehr als zehn Millionen oder 48 Prozent der Autofahrer hatten 1983 in der Auto-Haftpflichtversicherung den höchsten Schadenfreiheitsrabatt; etwa 5,7 Millionen Autofahrer waren bei ihrer Versicherung 13 Jahre und länger schadenfrei. In der Vollkaskoversicherung ist der Anteil der Fahrer mit Höchstrabatt 59,3 Prozent, oder mehr als drei Millionen zahlen nur 40 Prozent der Basisprämie.

Gurtmängel im Taxi

Bonn (DW.) – Taxis sind im Schnitt häufiger als Pkw bereits mit Rücksitzgurten ausgerüstet, doch in fast jedem dritten Taxi können Sicherheitsgurte nicht benutzt werden: Die Gurtschlösser sind zwischen Sitz und Rücklehnenpolstern eingeklemmt; die Fahrgäste benutzen die Gurte deshalb auch nicht.

Aufgegebener Hausrat

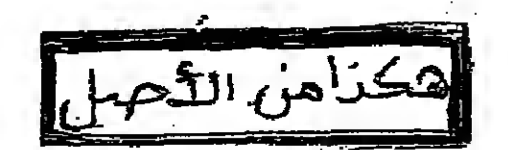
Düsseldorf (Py.) – Wenn ein Ehemann seine Frau verläßt, gilt der damit „aufgegebene Hausrat" ab sofort als nicht mehr versichert. Obwohl es einige Versicherer anders halten, sollten sich verlassene Ehefrauen schnell um neuen Hausrat-Versicherungsschutz kümmern. Verläßt die Frau den Ehemann, gibt es keine Schwierigkeiten, denn meist ist der Vertrag auf den Mann ausgestellt. Läuft der Vertrag auf beide Partner, droht kein Streit.

Investment-Sparplan

Hamburg (Py.) – Die Versicherungsgruppe Deutscher Ring (Hamburg) bietet einen dynamischen Investment-Sparplan mit Versicherungsschutz an. Mit dieser Kombination wird eine Geldanlage mit sofortiger Absicherung des Sparziels im Todesfall offeriert. Der Sparplan läuft zwischen zehn und 25 Jahre; das Sparkapital wird durch monatliche, von Jahr zu Jahr dynamisierte Einzahlungen in den Ring-Rentenfonds DWS aufgebaut. Über das Guthaben kann jederzeit verfügt werden.

Schutzlos in Schweden

Stockholm (DW.) – Von den drei Millionen in Schweden zugelassenen Autos sind nach Schätzungen von Verkehrsexperten rund 25 000 ohne Versicherungsschutz.



LEICHTATHLETIK / Tod durch Herzfehler – Ein anderer darf nur noch spazierengehen

Steve Ovett – das Ende einer großen Karriere: Hitzeanfälle, Bewußtlosigkeit – Operationen?

K. BLUME/C. GEISSMAR, **Bonn**

Stijn Jaspers wollte ein großer Langstreckenläufer werden. In seinem Heimatland galt der Holländer als eines der größten Talente, so stand er in diesem Jahr auf der 5000-m-Distanz bereits mit einer Zeit von 13:24,46 Minuten zu Buche. Stijn Jaspers ist tot, akuter Herzstillstand, gestorben im Schlaf – er wurde 23 Jahre alt. Jaspers wurde in seinem Studentenzimmer in Clemson (US-Bundesstaat South-Carolina) von seinem holländischen Läufer-Kameraden Rob de Brouwer gefunden, mit dem er sich zum Training verabredet hatte. Jaspers lebte seit einiger Zeit in den USA, um sein Studium der Physiotherapie und seine Läuferkarriere voranzutreiben.

Am Tag vor seinem Tod hatte er davon gesprochen, bereits im Dezember in seine Heimat zurückzukehren. Auch sprach er davon, tags darauf mit dem Hindernisläufer Hans Koeleman zu trainieren. Das jedenfalls spricht einigermaßen gegen eine Selbstmordtheorie der Staatsanwaltschaft. Eine erste Autopsie ergab auch keine Spuren von Doping oder sonstigen Medikamenten im Körper des Verstorbenen. Bekannt war, daß Jaspers – wie viele Langstreckenläufer – ein ungewöhnlich großes Herz hatte, welches extrem langsam schlug. Seine Trainer in Holland und in den USA behaupten, Jaspers habe sich von jeglicher medikamentösen Aufrüstung ferngehalten. Einer der Polizeiärzte von Clemson erklärte, wenn der Holländer im Alter von 23 Jahren wirklich eines natürlichen Todes gestorben sei, dann sei dies ein überaus seltener Fall. So etwas käme bei einer Million Menschen allenfalls einmal vor.

Der junge Holländer, einst ein renommierter Hockeyspieler, hatte sich innerhalb von vier Jahren mit enormem Trainingsaufwand und sehr viel Ehrgeiz in die europäische Spitzenklasse hineingelaufen. Gemeinsam mit Hans Koeleman, dem Hindernisläufer, jagte Jaspers im Sommer den olympischen Normen nach. Trainings- und Wettkampfaufwand waren dabei überaus groß. Erst eine Woche vor den Spielen in Los Angeles schaffte Jaspers die von ihm geforderten Zeiten. Vielleicht ist das sich ständige Bewegen an der Leistungsgrenze ein Indiz für seinen unerwarteten Tod. Die Staatsanwaltschaft von South-Carolina jedenfalls hat den Leichnam von Stijn Jaspers noch nicht freigegeben.

Erst jetzt wurde bekannt, daß sich der englische Weltrekordläufer Steve Ovett (29) schon im September in der Londoner Klinik Northwick-Park von dem Herzspezialisten Dr. Mark Harries untersuchen lassen mußte. Mit Sorge hörte der Kardiologe, daß Ovetts Großvater an einem Herzinfarkt verstorben war und sein Vater bereits mehrere Herzattacken erlitten hat.

Jetzt gibt der Goldmedaillen-Gewinner von Moskau 1980 plötzlich zu, was ihn schon seit Jahren gequält hat: Plötzliche Hitzeanfälle nach großen Finalläufen. Ovett in seiner Autobiographie, die in den nächsten Tagen erscheinen wird: „1980, nach meinem Sieg über 800 m in Moskau, überfiel mich im Stadion beim Doping-Test ein Hitzeanfall. Mein Körper wurde knallrot, die Temperatur stieg an." Mit nassen Handtüchern holten sowjetische Ärzte den fast Ohnmächtigen ins Leben zurück. Ovett stand nach 20 Minuten wieder auf und vergaß diesen Zwischenfall.

Hat hier ein Kranker jahrelang mit Höchstleistungen im Training und im Wettkampf Raubbau am eigenen Körper betrieben? Jeder Mediziner wird vermuten, daß man nicht die Trainingsleistungen eines Weltrekordlers absolvieren und gleichzeitig herzkrank sein kann.

Bei den Olympischen Spielen in Los Angeles in diesem Sommer erlebte Ovett plötzlich Symptome, die er vorher nie an sich beobachtet hatte: Beim Laufen traten Schmerzen in den Armen auf, die Finger und Hände versteiften sich. Die Überhitzung und Rötung der Haut löste sich mit Totenblässe ab. Als Ovett nach seinem Zusammenbruch im Krankenhaus von Los Angeles wieder zu sich kam, saß seine Frau Rachel weinend an seinem Bett. Elf Wochen danach gab Ovett jetzt zu, daß er eine „reine Dummheit" beging, als er überhaupt antrat. Die kritischen Symptome, die ihm anzeigten, wie krank sein Körper war, hatten sich schon zuvor gezeigt.

Die Kardiologen Dr. Harries und Dr. Chamberlain sind nachträglich zu dem Ergebnis gekommen, daß das Herz von Ovett wahrscheinlich schon in Los Angeles von einem Virus befallen war. Ob eine Virusinfektion vorliegt, die inzwischen abklingt, läßt sich nur durch einen operativen Eingriff oder durch tägliche Tests überprüfen. Ovett: „Ich bin ein Feigling. Ich habe mich gegen die Operation und für die tägliche Überprüfung entschieden."

Einen Wunderläufer nannte die internationale Presse jahrelang Steve Ovett. Zahlt er jetzt den Preis für diese einstige Ausnahmestellung? Das höchste, was ihm jetzt die Ärzte an Anstrengung erlauben, sind Spaziergänge auf der Strandpromenade seiner Heimatstadt.



Los Angeles 1984: Das Ende der Karriere Ovett. FOTO: AP

Wege aus der Abhängigkeit – Zu der Sendereihe „Suchthilfe" im ZDF

Rosarote Sonnenbrillen für die Seele

„Aufklären und helfen" – unter diesem prägnanten Prinzip kämpft seit zwanzig Jahren Hans Mohl (56), der Leiter der Gesundheitsredaktion des ZDF. Er will aus der Praxis der Medizin die wichtigsten Informationen für die alltägliche Praxis des Zuschauers weitergeben als Lebenshilfe im Kampf gegen die unbewältigten Gesundheitsgefahren unserer Wohlstandsgesellschaft. Mit 13 Beiträgen informiert in dieser Woche das ZDF über Suchtkrankheiten, denn die Probleme der Sucht werden nur allzuoft zu spät erkannt, ignoriert und bagatellisiert. So gelten Alkoholismus und Medikamentensucht als die am besten bewahrten Geheimnisse vieler Familien. Mohl: „Unser Ziel ist es daher, das Thema ‚Sucht' zu enttabuisieren, die Zuschauer über die Situation von Abhängigen aufzuklären und den Süchtigen oder Suchtgefährdeten gangbare Wege aus der Abhängigkeit zu zeigen."

Wer ist betroffen? – ZDF, 21.00 Uhr

Drogen, Alkoholismus, Rauchen und Tablettenabhängigkeit sowie Mager- und Fettsucht werden in den einzelnen Fernsehbeiträgen behandelt. Denn in der Bundesrepublik sind allein über fünf Millionen Menschen süchtig, das heißt, sie sind krank. Doch von unserer Gesellschaft werden sie meistens nicht als Kranke akzeptiert, sondern als Außenseiter behandelt. Die Folge: die Süchtigen versuchen, ihre Krankheit zu verbergen, und treiben dabei immer tiefer in den körperlichen und sozialen Ruin. An erster Stelle der Suchtkrankheiten steht der Alkoholismus. In Filmen wird gezeigt, wie stark diese Sucht sich physisch und psychisch auswirken kann, wie sie Menschen zerstört und viele Familien belastet.

In der Bundesrepublik gibt es zwei Millionen Alkoholgefährdete; jährlich sind 17 000 Todesfälle als Folge der Trunksucht zu beklagen. Schon jeder zehnte Bundesbürger hat ernsthafte Schwierigkeiten mit der Flasche, und die Zahlen steigen noch immer ständig. Jedes zehnte Krankenbett wird heute von einem Patienten belegt, dessen Krankheitsursache von der Droge Alkohol herrührt. Und jährlich werden bei uns über 2000 behinderte Kinder durch Alkoholschäden geboren. 60 Prozent aller Totschlagsdelikte, 50 Prozent der Vergewaltigungen, 36 Prozent aller Morde und jeder 7. Verkehrsunfall sind unter Alkoholmißbrauch geschehen.

Neben Alkohol rangiert die Gefahr der Drogen- und Tablettensucht. Über eine halbe Million Menschen in Deutschland nehmen mehr oder weniger regelmäßig illegale Drogen. 400 000 davon sind jünger als 25 Jahre. 1983 gab es in der Bundesrepublik allein 472 Drogentote. Die gefährlichste Droge ist Heroin, sie macht innerhalb kürzester Zeit so stark körperlich abhängig, daß ein plötzlicher Entzug oft tödlich endet. Um sein nötiges Quantum an Stoff zu organisieren, braucht ein Drogenabhängiger pro Tag zwischen 300 und 500 DM. Das bedeutet: entweder man geht auf den Strich, und zwar Frauen wie Männer, man stiehlt oder verdient sein Geld als Kleindealer.

Die dritte große Gefahr ist die Tablettensucht. Während bei den weitverbreiteten Suchtkrankheiten Alkoholismus und Rauschgiftsucht über ihre Erscheinungsformen oft spektakulär berichtet wird, sind die Ausbreitung sowie die Auswirkungen des Tablettenmißbrauchs weit weniger bekannt. Nach Schätzungen leben derzeit etwa 300 000 bis 500 000 Arzneimittelsüchtige unter uns. Die genaue Zahl kennt niemand, denn die Tablettensucht wird nicht systematisch erfaßt. Nach einer Statistik nehmen immerhin 17 Prozent der Bundesbürger täglich Medikamente ohne medizinische Notwendigkeit, vielmehr als „Sonnenbrille für die Seele". Die Einnahme der „kleinen bunten Freudenspender" geht durch alle sozialen Schichten.

Auch die Millionensucht des Rauchens wird in dieser Sendereihe angesprochen. Noch steht allerdings die Nikotinsucht ziemlich außerhalb des allgemeinen Gefährdungsbewußtseins, was von vielen Medizinern heftig kritisiert wird. Immerhin: fünf Millionen der achtzehn Millionen Raucher in der Bundesrepublik Deutschland versuchen von der Zigarette loszukommen. Welche Methoden, welche Chancen sich anbieten, um am besten zum Ziele zu gelangen, erklären Mediziner aus dem Forschungsinstitut für präventive Onkologie (vorbeugende Krebsheilkunde) der Universität Heidelberg sowie Mitglieder des Sachverständigenbeirats „Rauchen und Gesundheit der Weltgesundheitsorganisation (WHO)". Mit diesen Sendungen in der Schwerpunktwoche will, so Hans Mohl, das ZDF helfen, daß die so vielfältigen Suchtprobleme genauer und schneller erkannt werden – „als erster Schritt der Hilfe und Vorbeugung".

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

KRITIK

Die Antwort gibt nur das Leben

Es ist nun einmal so in unserem Fernsehen: Auf dem einen Kanal sah man vor wenigen Tagen einen landbekannten Schluckspecht in einer TV-Talkshow volltrunken seine Späße treiben, im zweiten Programm bemühen sich die Macher, die Alkoholgefahr ins Bewußtsein ihrer Zuschauer zu bringen. Wie kommt das zu dem? – so könnte man im nördlichen Slang fragen. Die Antwort gibt nur das Leben: Es ist halt so.

Seien wir dennoch froh, daß es überhaupt Sendungen gibt wie die erschütternd-tröstliche des ZDF (im Rahmen der „Suchtwoche"): **Kirsten und Bernd oder Der lange Weg zurück.** Da hatten Crissy Hemming und Jürgen Alberts den Mut, ein Alkoholiker-Paar öffentlich zu machen, will sagen, es erzählen zu lassen, wie es süchtig geworden ist und in gegenseitiger Hilfe den Alkoholismus überwand. Kirsten hat mit neun getrunken, Bernd mit sechzehn. Ihr Schicksal macht überhaupt erst die Ziffern verständlich, die uns die Statistik vorlegt: In der Bundesrepublik haben wir 1,5 Millionen Alkoholiker, davon mindestens 160 000 Jugendliche. Das Ungeheuerliche dieser Ziffern wird aber erst am konkreten Einzelbeispiel vorstellbar.

Allein dafür ist der Film zu loben. Vor allem aber für die klitzekleine, aber real vorgelebte Hoffnung, die das junge Paar in die Öffentlichkeit transportiert, denn alles in der Sendung ist authentisch, es ist kein ersonnenes Spiel, aus Fürsorgeakten exzerpiert, sondern es sind Menschen, die es gibt, mit ihren Nöten und ihrem Mut, ihrer Schwäche und ihrer Stärke. Das Ende des Films ist voller Hoffnung. Man sieht ein junges, glückliches Ehepaar; das Kind spielt, eine Idylle.

Freilich, ein Amt ist immer dabei. Es kommt ein Schreiben. Darin steht, daß Bernd der Führerschein verweigert wird. Eben darum.

VALENTIN POLCUCH

Ein trübes Bild der Republik

„Die parlamentarische Demokratie hat längst Schaden genommen", sagte der Moderator Günther von Lojewski am Dienstag abend in **Report** über die Auswirkungen der Flick-Zahlungen – und Lojewski ist noch einer der moderatesten im Fernsehen. Doch diesmal zeichnete die Sendung ein trübes, fast hoffnungsloses Bild der Republik. Die Kriminalitätsrate steigt unaufhörlich, die Zahl der Gewaltverbrechen hat sich in zwanzig Jahren fast verdoppelt. Und der Zufall schützt inzwischen besser vor der Kriminalität als das System, wie es im Filmbeitrag hieß.

Dann ein Bericht über die „neue Armut" in Deutschland: Einige sakken aus der Mittelschicht durch Schuldenprobleme in einen Circulus vitiosus, denken vor der Kamera an Selbstmord, drehen am 15. die letzten Groschen des Monats um. Hier versagt die Politik, die sich über „diese Vernichtung bürgerlicher Existenzen" (verursacht durch Zinssteigerungen und Baurisiko) „noch keine Gedanken gemacht hat", wie Report berichtete – insgesamt also ist damit kein Staat mehr zu machen, bietet sich als Schlußfolgerung an.

So wandte sich (auch) Report der grünen Alternative zu, und dabei verdüsterte sich die Zukunft. Eine Mischung von Zivilisationskritik, Antikapitalismus und Kulturpessimismus verbinde sich zu einer volksverdummenden, teilweise stark nationalen, totalitären Verführung mit dem Versprechen, die Lösung aller Übel anzubieten – so analysierte der Bonner Professor Karl Dietrich Bracher die neue Partei.

Als wolle er ein Beispiel für diese These liefern, erfand Grünen-Geschäftsführer Walde im Interview die „machbaren Illusionen". Report wird noch häufiger Gelegenheit haben, über den Schaden zu berichten, den unsere Demokratie nimmt.

DETLEV AHLERS

STAND ● PUNKT

Die Umfrage

Andere Länder, andere Auffassungen? Nach einer Umfrage des französischen Instituts L'IFOP wählten 1012 repräsentativ ausgesuchte Personen den Einhandsegler Eric Tabarly zum Sportstar ihres Landes.

Abgeschlagen auf dem zweiten Platz folgt der Fußballspieler Michel Platini vor dem Tenniscrack Yannick Noah, dem Formel-1-Fahrer Alain Prost, dem Rugby-Haudegen Jean-Pierre Rives, dem Radsport-Heros Bernard Hinault und dem Stabhochsprung-Olympiasieger Pierre Quinon.

Doch der dröhnende Applaus, scheinbar Volkes Stimme, hat nicht den Ausschlag gegeben. Eric Tabarly, diese bretonische Legende, diese „figure historique" („L'Equipe"), machte das Rennen.

Ein Mann, dem die Befragten neben hoher Intelligenz und hervorragender körperlicher Verfassung vor allem ein erhebliches Quantum an Moral bescheinigten. Womit nicht nur der Kampfeswille gemeint war.

Umfragen dieser Art, stets umstritten, werfen ein Schlaglicht auf das, was der Sport, seine Ereignisse und Akteure verursachen können. Es ist wohl mehr als nur der Torschrei oder der flüchtige Applaus für den vorbeieilenden Athleten. KLAUS BLUME

NACHRICHTEN

Belgrad bietet sich an

Belgrad (dpa) – Der Sekretär des jugoslawischen Nationalen Olympischen Komitees (NOK), Caslav Veljic, hat gestern erneut darauf hingewiesen, daß bei Schwierigkeiten in Seoul die Olympischen Sommerspiele 1988 in Belgrad ausgetragen werden könnten. Das sagte der Sportfunktionär gegenüber der jugoslawischen Nachrichtenagentur Tanjug. Bereits am Sonntag hatte er diesen Vorschlag in einer Pressekonferenz des jugoslawischen NOK geäußert, bei der auch nordkoreanische Journalisten anwesend waren.

Gute Chancen für Bogdan

Hamburg (sid) – Der Rumäne Stefan Bogdan, der noch bis zum Jahresende als Honorartrainer in der Deutschen Turnschule Frankfurt unter Vertrag steht, ist der wohl aussichtsreichste Kandidat für die Stelle des Bundestrainers. Der bisherige Bundestrainer, der Amerikaner Eric Singer, wird abgelöst.

Lotto in Frankreich

Paris (sid) – Zur finanziellen Unterstützung des Sports wird in Frankreich ab 1985 das Wettspiel „Loto Sportif" eingeführt. Dies gab Sportminister Alain Calmat in Paris bekannt.

Koch wieder dabei

Frankfurt (sid) – Rückraumspielerin Hannelore Koch (Grün-Weiß Frankfurt) wird nach fast zweijähriger Pause voraussichtlich ein Comeback in der Handball-Nationalmannschaft versuchen. Die 24jährige, die in 83 Länderspielen 202 Tore erzielte, war nach der Weltmeisterschaft im Dezember 1982 in Ungarn wegen angeblicher Disziplinlosigkeit nicht mehr von Bundestrainer Ekke Hoffmann berücksichtigt worden.

Sieg der USA

Washington (sid) – Mit der Goldmedaillen-Equipe der Olympischen Spiele von Los Angeles gewannen die Springreiter der USA den Preis der Nationen beim offiziellen Turnier in Washington vor England und Kanada. Eine deutsche Mannschaft war nicht am Start.

England: Mehr Zuschauer

London (dpa) – Die englische Fußball-Liga meldete Besucherzuwachs. In den bisherigen elf Meisterschaftsrunden, also nach einem Viertel des Programms, wurden in der ersten Division im Vergleich zum Vorjahr rund 250 000 Zuschauer mehr verzeichnet.

Graf boxt in Stuttgart

Ludwigsburg (sid) – Am 3. November wird der in der Strafvollzugsanstalt Ludwigsburg einsitzende Mannheimer Berufsboxer Charly Graf zu einem Ausscheidungskampf um die Deutsche Meisterschaft im Schwergewicht antreten. Gegner ist in Stuttgart der ehemalige Deutsche Meister Bernd August (Berlin).

Tracy Austin will spielen

New York (sid) – Die frühere amerikanische Weltklassespielerin Tracy Austin will wieder Tennis spielen. Nach mehr als einjähriger Pause wegen bislang ungeklärter Rücken- und Schulterschmerzen will die 21jährige im kommenden Jahr ein Comeback versuchen.

Handball-Auslosung

Basel (sid) – Wenig attraktive Gegner wurden den deutschen Vereinen im Handball-Europapokal für das Achtelfinale zugelost. Zwischen dem 12. und 18. November sowie dem 19. und 25. November werden die Klubs in folgenden Begegnungen die Hin- und Rückspiele bestreiten. Männer: Septemberfahne Sofia – TV Großwallstadt; Reinickendorfer Füchse Berlin – Otmar St. Gallen; TUSEM Essen – Proleter Nafta Gas (Jugoslawien); Frauen: Bayer Leverkusen – ZVL Presov; VfL Sindelfingen – Balonmano Hernani (Spanien); TV Lützellinden – AIA Tranbjerg (Dänemark).

ZAHLEN

FUSSBALL

Bundesliga, Nachholspiel vom Dienstag: Bochum – Kaiserslautern 3:0 (1:0).

TISCHTENNIS

Deutsche Pokalmeisterschaft in Hamm: Saarbrücken – Düsseldorf 5:2, Grenzau – Steinhagen 5:3, Reutlingen – Altena 5:3.

RADSPORT

43. Dortmunder Sechstagerennen, Endstand: 1. Moser/Pijnen (Italien/Holland) 429 Punkte, eine Rd. zur.: 2. Frank/Oersted (Dänemark) 423, zwei Rd. zur.: 3. Schütz/Clark (Deutschland/Australien) 519, 4. Tourne/de Wilde (Belgien) 303, drei Rd. zur.: 5. Kristen/Rinklin (Deutschland) 337.

TENNIS

Hallen-Turnier in Wien, Herren-Einzel, erste Runde: Becker (Deutschland) – Novacek (CSSR) 6:4, 6:7, 6:1.

BUNDESLIGA / Bochums Aufstieg mit Fischer

Ziel ist der UEFA-Cup

dpa/sid, **Bochum**

Trotz chronischer Finanzprobleme seines Vereins wird Ottokar Wüst, der Präsident des VfL Bochum, bereitwillig wie nie zuvor in seiner 20jährigen Amtszeit eine Überweisung von 50 000 Mark vornehmen. Dieser Betrag wird an den 1. FC Köln laut Vertrag als Nachschlag zur Ablösesumme von 100 000 Mark fällig, falls Klaus Fischer am Freitag gegen Arminia Bielefeld zum zehnten Mal für Bochum das Tor treffen sollte.

Nach der Führung von Kuntz (22. Minute) hatte Fischer nicht nur mit seinen Saisontreffern Nummer acht und neun (76. und 84.) maßgeblichen Anteil am überzeugenden Sieg über den 1. FC Kaiserslautern. Das 250. Bundesliga-Tor zum 3:0 (1:0)-Endstand krönte eine Glanzleistung des 34jährigen, die 15 000 begeisterte Zuschauer nach dem Abpfiff euphorisch feierten.

Und Bremens Trainer Otto Rehhagel rieb sich auf der Tribüne verdutzt die Augen. „Ich habe schon viel über ihn gehört. Aber was Fischer heute gezeigt hat, ist Bundesliga-Spitzenklasse."

Der Mann aus Zwiesel ist wahrlich ein Glücksfall für den VfL Bochum. Mit seinen Toren katapultierte er die Mannschaft (10:8-Punkte) in ungewohnte Tabellenregionen. Gleichzeitig versteht er die Mannschaft zu einer Leistung zu treiben, die Kaiserslauterns Trainer Manfred Krafft respektvoll mit „einfach Spitze" umriß.

Krafft spannte den Bogen sogar noch weiter: „Diese Bochumer werden noch lange an der Spitze mitmischen. Sie spielen zu Hause so aggressiv wie wir am Betzenberg."

Jahrelang hatte Ottokar Wüst von einer jungen Mannschaft, die noch Zeit zur Reife brauche, gesprochen. In dieser Saison ist alles anders. Nicht junge Spieler führen den VfL Bochum zu neuen Ufern, sondern Altgediente, die bei anderen Klubs ausgemustert wurden. Zum einen ist da Libero Jupp Tenhagen (32), zum anderen eben Klaus Fischer.

Bochums Trainer Rolf Schafstall sieht die Situation seines Vereins so: „Wir sammeln weiter Punkte gegen den Abstieg. Solch begeisternde Spiele wie am Dienstag kann man nicht jeden Tag liefern."

Klaus Fischer ist da anderer Meinung: „Wenn's weiterhin so gut läuft, verhelfe ich dem VfL Bochum vielleicht erstmals zu einem Platz im UEFA-Cup."

FUSSBALL / Transfersystem erneut gefährdet

Schüler und die Folgen

sid/dpa, **Düsseldorf**

Fußball-Profi Wolfgang Schüler sorgt für Unruhe beim Deutschen Fußball-Bund (DFB). Weil sich der 26jährige Mittelfeldspieler nach seinem Wechsel vom Karlsruher SC zu Borussia Dortmund wegen finanzieller Forderungen von 150 000 Mark an ein Gericht wandte, scheint die Transferpraxis erneut gefährdet. Das Transfersystem des DFB ist in Juristenkreisen schon lange umstritten: Weil es die Rechte der Spieler einschränkt, sei es mit dem Grundgesetz und Normen des Arbeitsrechts nicht vereinbar.

Ein Verfassungsurteil existiert jedoch nicht, weil der DFB es bisher immer verstand, im Vorfeld eine Einigung mit den Betroffenen zu erwirken. 1979 schien die Transferpraxis erstmals gefährdet, als der ehemalige Berliner Spieler Jürgen Baake bis in die zweite gerichtliche Instanz ging, weil sein Vereinswechsel an einer zu hoch angesetzten Ablösesumme scheiterte. Vor einer endgültigen Entscheidung wurde der deutsche Profi-Fußball damals durch die Reamateurisierung des Berliners bewahrt.

Auch diesmal hofft der DFB, ein Verfassungsurteil abwenden zu können: „Wir hoffen auf die Einsicht der Betroffenen", sagt DFB-Justitiar Götz Eilers. Dazu muß bis zum 31. Oktober eine Einigung zwischen den Parteien erreicht werden, die jedoch durch die Führungskrise bei Dortmund erschwert wird. Schüler fordert nach wie vor 150 000 Mark, die ihm von der Borussia versprochen wurden, weil er angeblich eine Zusicherung des KSC besaß, die ihm einen Wechsel für 280 000 Mark in Aussicht stellte. Weil Karlsruhe jedoch 600 000 Mark forderte, erhielt Schüler noch keinen Pfennig.

Falls bis zum 31. Oktober keine gütliche Einigung erzielt wird, ist nicht auszuschließen, daß die Transferregelung im anschließenden Kammertermin dem Verfassungsgericht zur juristischen Prüfung weitergereicht wird.

Abgesehen von den Sorgen um die künftige Transferpraxis suchte der DFB jüngst nach Möglichkeiten zur Attraktivitätssteigerung der Bundesliga. Als Ergebnis einer in Auftrag gegebenen Markt-Analyse machte Präsident Neuberger gestern folgende Vorschläge: Reduzierung der 1. Bundesliga auf 16 Vereine, Spieltage nur noch am Freitag oder/und Dienstag sowie eine zehnwöchige Winterpause.





III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.03 Fußball-Europapokal
2. Runde – Hinspiele
11.05 Münchener Straße 41
11.35 Sketchup
12.10 Kennzeichen D
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Die unbegrenzten Möglichkeiten
16.55 Kernbeißer
17.40 Tele-Lexikon
Cowboy-Lieder
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Vom Care-Paket zur Pershing
Die Hilfestellung Amerikas in der Nachkriegszeit bewirkte bei vielen Bundesdeutschen eine Idealisierung der USA, die derzeit durchgeführte Stationierung von amerikanischen Pershing-2-Raketen löste besonders unter Jugendlichen einen massiven Antiamerikanismus aus. Grund genug für Peter Staisch, über die Geschichte des deutsch-amerikanischen Verhältnisses zu berichten, wobei er auch prominente Befürworter und Gegner unserer Amerikapolitik zu Wort kommen läßt.
21.00 Bei Bio
Gespräche und Musik live
22.00 Titel, Thesen, Temperamente
Ein Kulturmagazin
u. a. Der Fotograf Henri Lartigue / Das ungeliebte NS-Archiv
22.30 Tagesthemen
23.00 Alles in Butter
Wirtschaftskrimi von Dieter Meichsner
0.40 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Un-Ruhestand
Siebenteilige Reihe
1. Teil: Binder und Eckel
Die beiden Rentner Binder und Eckel, der eine Malermeister, der andere Fliesenleger, wollen einem jungen Mann die Wohnung einrichten helfen. Doch den beiden Herren fällt es gar nicht so leicht, miteinander auszukommen.
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Fünf Freunde
... auf der Felseninsel
Onkel Quentin wird inzwischen von Mr. Johnson gefangengehalten und soll unter Androhung von Gewalt das Geheimnis seiner sensationellen Erfindung preisgeben.
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Tom und Jerry
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Eine reizende Familie
19.00 heute
19.30 Dalli-Dalli
21.00 Wer ist betroffen?
Tag der Suchthilfe im ZDF
1. Teil: Tests, Fragen, Beispiele im „Gesundheitsmagazin Praxis"
Moderation: Hans Mohl
21.45 heute-journal
22.05 Wer kann helfen?
2. Teil: Antworten, Beispiele, Hinweise in „5 nach 10".
Moderation: Hans Mohl
Anschl. heute



Die Zollfahnder Zaluskowski (Uwe Friedrichsen, l.) und Hobel (Siegfried Kernen) in dem Wirtschaftskrimi „Alles in Butter" – Um 23.00 Uhr in der ARD FOTO: RÖHNERT

III.

WEST

18.00 Telekolleg II
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Der Strohmann
Amerikanischer Spielfilm (1975)
Mit Woody Allen u. a.
21.45 Das Internat
Ansichten von einem Lebensraum
22.15 Die V-Waffen
Bericht über Hitlers „Vergeltungswaffen"
23.00 Kino '84
Filmmagazin
23.45 Letzte Nachrichten

NORD

19.15 El Peru – Peruaner beschreiben ihr Land (5)
20.00 Tagesschau
20.15 Anton der Zauberer
DEFA-Filmkomödie, „DDR" (1978)
21.55 Jazz
Kultur aktuell
22.40 Joe Williams und die Count Basie Allstars
23.40 Nachrichten

HESSEN

19.00 Stern von Rio
Deutscher Spielfilm (1940)
Mit La Jana
20.20 Allerlei Theater
21.20 Das Bild der Woche
21.30 Drei aktuell
21.45 So weit von Indien ...
22.30 Die Schrecken des Krieges
Letzter Teil
23.25 Schach-WM

SÜDWEST

18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Telekolleg II
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Der blinkende Alois
Schweizer Fernsehfilm
20.30 Sonntag aus Licht
21.00 Sport
22.45 Nachrichten

BAYERN

19.00 Eine unwürdige Existenz
20.15 Die kleine Show
20.40 Z. E. N.
20.45 Christsein im Alltag
21.15 Geistliche Musik (5)
21.30 Rundschau
21.45 Gespräch zur Sendung „Freunde"
22.45 Die Gräfin von Hongkong
0.40 Rundschau
0.45 Actualités

Alles Gute für den Gast

ef – Der halbwegs mit Spesen ausgestattete reisende Geschäftsmann, so schrecklich fern von Familie, Anregung und dem Herd mit Frau Gattin, kann sich in unseren glücklichen Tagen kaum noch beklagen. Die strammen Luxuskasernen für seine nächtliche Aufbewahrung sorgen gut für ihn. Begibt sich unser Reisender nicht ins Nachtleben, sondern auf Stube mit Spannteppich, bleibt er im Bereich der Fürsorge. Dank des Schlüsselchens neben dem Zimmerschlüssel kann er unglaublich kostspielige Alkoholika einem Kühlschränkchen entnehmen – „Minibar" ist ein Wort, so wunderbar.

Während er nuckelt, melden sich plötzlich Geist und Seele. Aber auch dort ist vorgesorgt: „Verehrter Gast, wenn Sie sich bei gutem Kino entspannen wollen und sich für einen der internationalen Filme aus dem Atlas-Hotelprogramm entschieden haben, bedienen Sie bitte die Video-Einheit vom Terminal neben Ihrem Bett." Nun ja, und das tut er dann mit einer Lochkarte, denn was nun auf dem Bildschirm kommt, kostet neun Mark extra.

Der Reisende hat die Wahl, links stehen Filme mit Vulkaneruptionen, oder Alain Delon, Yves Montand, ein Atom-U-Boot in Nöten. Rechts stehen Filme, und die verheißen „Erotische Phantasien" oder „Nackte Eva", will sagen: „Stunden wilder Lust". Schweinskram also, Schweinskram in Massen. Neun Vorstellungen am Tag, die erste morgens um sieben, die letzte morgens um vier. Natürlich nicht alle auf einmal, sondern immer nur einer pro Tag.

Da greift der reisende Geschäftsmann natürlich stets zur Vulkaneruption. Doch die Lebenshilfe vom Hotelbett aus muß natürlich zur Gänze gewürdigt werden. Wozu nun auch Schweinskram angeboten wird, den doch keiner sehen will, das weiß ich auch nicht – höre aber erleichtert, daß diese Offerte nicht nur in Berlin vorliegt, sondern auch in anderen Hotels, etwa im sittenstrengen Schottland.

Das Kulturzentrum der Cartier-Fondation bei Paris

Im Festzelt aus Pappe

Wir sind mit ganzem Herzen für die Kunst und in der Kunst, aber wir sind keine altmodischen, verstaubten Mäzene, die sich an längst Vergangenem berauschen, sondern wollen dem Neuen radikal die Türen öffnen, wollen es nur mit lebenden Künstlern zu tun haben", verkündete Alain Perrin, Generaldirektor von Cartier, bei der Eröffnungsfeier des neuen Kunstzentrums der Cartier-Fondation unweit von Paris im pyramidenförmigen Festzelt aus Pappkartons. Was er meinte, wurde den zweihundert Gästen aus aller Welt Minuten später überfallartig vor Augen geführt: Unter ohrenbetäubendem Knall flog eine der Wände weg und gab den Blick frei auf des Bildhauer Césars neuestes Kunstwerk, eine „Hommage an Gustav Eiffel", 16 Meter hoch und fast ebenso breit, aus kiloweise aufgekauften Resten des Eiffelturmes zusammengepanscht. In den bläulich-roten, von Dutzenden von Projektoren variierten Schwaden künstlichen Nebels wirkte das Machwerk des bärtigen Fauns wie der Einschlag eines Meteoriten in die liebliche Frivolität der Belle Epoque, machte sich aber vorzüglich zu Armands schon vorher aufgestelltem „Longterm Parking" (einem 18 Meter hohen Turm aus zusammengepreßten Autowracks) oder Gemälden der Kanadierin Lisa Milroy und den Skulpturen des Engländers Julian Opie.

Der Präsident von Cartier, das vor einigen Jahren aufhörte, ein Familienunternehmen zu sein, ist ein junger, ungewöhnlich dynamischer Bretone von 42 Jahren, der seine ganze Karriere an der Place Vendôme machte, ehe er sich 1981 in den Sessel des Generaldirektors der Cartier-Gesellschaft schwingen konnte. Perrin liebt Rennautos, Feuerzeuge, Hochsee-Segelei und vor allem moderne Kunst. Sinn für Publizität bei Perrin und für skurrile Schöpfungen bei seinem Freund César gingen 1982 eine erste Ehe ein, als der Künstler 4000 an der mexikanisch-amerikanischen Grenze beschlagnahmte falsche Cartier-Uhren von einer Dampfwalze plattwalzen ließ und daraus eine Kompaktfigur machte. Damals entstand bei Perrin die Idee, eine Cartier-Stiftung für zeitgenössische Kunst ins Leben zu rufen.

Ein Jahr später war der Rahmen gefunden: das 40-Zimmer-Schloß des längst verstorbenen Barons Oberkampf, Erfinders eines populären Leinenstoffes, in Jouy-en-Josas westlich von Paris. Im Krieg waren das Schloß und sein 15 Hektar großer Park mit seinen jahrhundertealten Bäumen Sitz des Luftwaffen-Hauptquartiers. Dann wurde es Internat, schließlich Eigentum eines reichen Privatmannes, der seinen inzwischen unter Denkmalschutz gestellten Besitz 1983 an die Cartier-Stiftung für das Kunstzentrum vermietete.

Marie-Claude Béaud, die Direktorin, will ihre Erfahrungen mit zeitgenössischen Künstlern, die sie als Kustodin in Toulon gemacht hat, auf Paris übertragen. Sie denkt an Niki de Saint-Phalle und ihre Riesenfrauen aus Plastik, Dubuffet, Pagès, Tinguely oder Henry Moore. Nicht nur Ausstellungen soll das Zentrum aufnehmen, junge Künstler können hier ab 1985 als Gäste der Stiftung in einem „Dorf" im Zentrum des Parks ihren Talenten nachspüren. Cartier wird die besten ihrer Werke aufkaufen und in Frankreich oder im Ausland ausstellen. Den Disziplinen sind keine Grenzen gesetzt. Foto, Film und Video haben gute Chancen. Minister Jack Lang, der bei der Eröffnung dabei war, wird nicht nur die Hand über der Stiftung halten, er will mehr davon in Frankreich sehen. Die „Ehe zwischen Industrie und Kunst" ist die Lieblingsidee des einstigen Schöpfers des Festivals von Nancy. Dafür will er auch Geld aus dem Säckel des sozialistischen Staates stiften.

AUGUST GRAF KAGENECK

Neu entdeckt – Nikolaus Lenaus „Faust" in Chur

Das Messer in das Herz

So eine Dirne lustentbrannt/ schmeckt besser als ein Foliant." Der Vers stammt aus des unglücklichen Dichters Nikolaus Lenau (1802 bis 1850) dramatischer Faust-Dichtung von 1836. An dieses Werk wagte sich jetzt das Stadttheater von Chur, das den Kanton Graubünden in der Schweiz bespielt und eines der ärmsten Theater dort ist. Aber Theater mit den niedrigsten Subventionen haben oft die besten Spielpläne. In Chur, das sich ganze zehn Schauspieler leisten kann, wird jetzt unter der Leitung von Hans Henn an einer interessanten Faust-Don-Juan-Trilogie gearbeitet. Sie umfaßt Shaws „Don Juan in der Hölle" und Grabbes „Don Juan und Faust" und eben Lenau in der szenischen Realisierung voo Günter Wissemann und Wolfram Frank.

Lenaus „Faust", erst 1913 am Stadttheater Bern uraufgeführt, lehrt das Zweifeln an allen geltenden Normen, den religiösen, philosophischen, sexuellen und politischen, ja sogar an den überkommenen literarischen Formen. Es ist ein Übergangsdrama, unter Qualen geschrieben, und zugleich der Versuch mit neuen Ausdrucksmöglichkeiten Traditionelles zu bewahren und neue geistige Standpunkte zu finden.

Dem Stück geht es also weitgehend um ein philosophisches Erörtern der alten Menschheitsfrage nach Gott und seiner Wahrheit. Der „Faust" des Lenau zweifelt an allem, auch am Erkenntniswert der Wissenschaft, die Bibel verbrennt er, gut Zureden von Geistlichen und Freunden hilft nicht, da trifft er auf Mephistopheles, den Gottverstoßenen, der sich als Anatomieleiche entpuppt, die Faust gerade zwecks Wahrheitsgewinnung zerschnippeln will (der Faust Helmut Kirchners und der Mephistopheles Bert Stevens machen das sehr hübsch). Die folgenden Vorgänge werden kommentiert von einem Sprecher (Erwin Leimbacher), so daß oft der Eindruck entsteht, bei Lenau handele es sich um einen Vorläufer des epischen Theaters.

Mephistopheles also verspricht im Blutspakt, Faust zur Wahrheit zu führen. Auch hier steht am Anfang die Verführung zur Sinnlichkeit. Die schönste Frau des Landes fleht Faust an, ihn mit ihrer Liebe zu erlösen, aber im Zweikampf erschlägt er ihren Mann, den Herzog, und damit hat Mephistos Absicht, ihn zum Mörder werden zu lassen, gesiegt.

Nun beginnt sein Weg in die Einsamkeit, stets geführt vom Teufel. Am Grabe seiner Mutter, der zentralen Szene der ganzen Aufführung, beweint Faust den Verlust seiner Seele. Er sehnt sich wie weiland der wirkliche Lenau, den die Enttäuschung des mißlungenen amerikanischen Emigrationsversuches bis zum Ende seines Lebens im Wahnsinn geprägt hat, in die endlose Weite des Meeres. Bei einem schweren Sturm ermordet er einen feigen Kapitän, sein Lebensschiff zerschellt sinnbildlich. In einer Hafenschenke feiert er mit anderen überlebenden Matrosen und einer Dirne (Gisela Schulze) die Existenz schlechthin. Der starke Görg (Christoph Schaad) entwickelt ihm seine Philosophie des Sieges der Starken über die Schwachen. Das fasziniert Faust für kurze Zeit. Dann kommt er jedoch wieder zu sich, hofft, Gott werde ihm seine Lästerungen und Verbrecheo verzeihen, aber er hat – wie der wirkliche Lenau – nicht mehr die Kraft zu einem neuen Anfang und „träumt sich das Messer in das Herz".

Das Ganze wird als modernes Stück gespielt, mit modernen Kostümen und einem alten Landschaftspanorama von Peter Rieder, das hier genau richtig ist. Der Beifall blieb da nicht aus.

CHRISTIAN ANDREE

Venedigs Prachtstücke – „Der Schatz von San Marco" in Kölns Römisch-Germanischem Museum

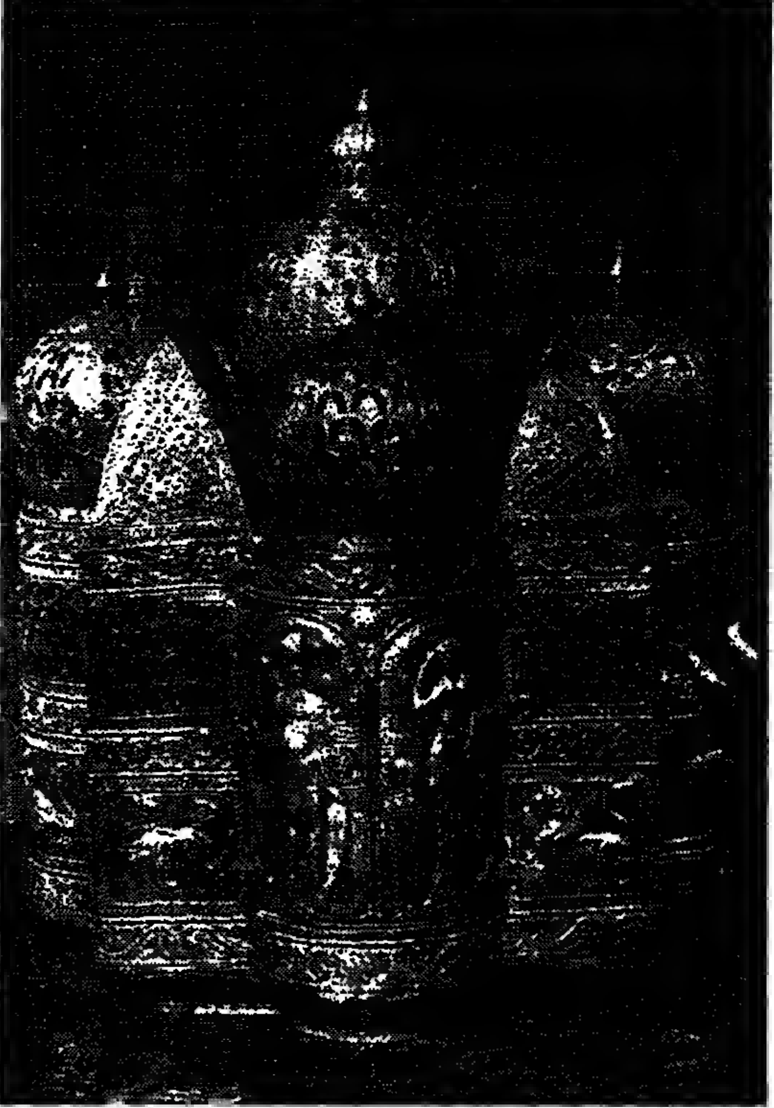
Der Stuhl, auf dem ein Heiliger saß

Als die Griechen vom Reichtum Ilions geblendet zum Trojanischen Krieg aufbrachen, nahmen sie die fragwürdige Entführung der schönen Helena zum Vorwand für ihre Machtgelüste. Als die Venezianer im Jahre 1204 den unerträglichen Glanz der Kaiserstadt Byzanz auslöschten, brauchten sie als Vorwand keine entführte Prinzessin. Ein geflohener Griechenprinz tat ihnen die gleichen Dienste. Der greise Doge Enrico Dandolo machte sich die missionarische Idee der Kreuzzüge zunutze und leitete den vierten, der eigentlich gegen Ägypten geplant war, mit erpresserischem Nachdruck um auf ein lohnenderes Ziel, auf Konstantinopel. Die „schönen" Folgen dieses Kriegszuges sind jetzt in der Ausstellung „Der Schatz von San Marco" im Römisch-Germanischen Museum in Köln zu bewundern.

Die Eroberung der „reichsten Stadt der Welt" wurde zu einem schwarzen Tag der Weltgeschichte. Weder Jerusalem noch Rom hatten ähnliches Elend erleben müssen. „Seit der Erschaffung der Welt ist noch in keiner Stadt so viel Beute gemacht worden", schrieb der französische Chronist Villehrdouin als Augenzeuge. Von den maß- und wahllos plündernden christlichen Kreuzrittern unterschieden sich die Venezianer durch die methodische Auswahl ihrer Kunstbeute. Während jene, wie ein griechischer Augenzeuge klagte, „von allen alles" nahmen, wählten diese nur vom Besten das Beste. Kein Wunder, daß daraus in San Marco der reichste Kirchenschatz der Welt entstand.

Man sollte darüber keine moralischen Betrachtungen aus heutiger Sicht anstellen. Auch der Louvre wäre nicht die großartige Schatzkammer der Kunst ohne die Beutestücke, die Napoleon aus den Museen Europas nach Paris schaffen ließ. Die Schatzkammer von San Marco erlitt übrigens schon hundert Jahre später erhebliche Einbußen durch einen verheerenden Brand, und natürlich blieb sie auch unter Napoleon von den Zugriffen der Eroberer nicht verschont. Die Österreicher allerdings sorgten dann, als Venedig ihnen zugefallen war, für die Rückkehr aller kostbaren Gegenstände des Schatzes von San Marco, einschließlich der Edelsteine und Perlen, die man gesammelt hatte, um sie an anderer Stelle zu verwenden, nachdem alles Gold und Silber in die Staatsmünze gewandert war.

Natürlich besteht nicht der gesamte Kirchenschatz Venedigs, der zugleich auch Staatsschatz war, aus Beutegut. Es läßt sich nur noch schwer feststellen, was vor 1204 bereits vorhanden war. Jedenfalls sorgten auch nach der Eroberung Konstantinopels die lateinischen Kaiser, die sich Venedig verpflichtet fühlten, für reichen „Nachschub" aus Byzanz.



Aus Venedigs reicher Schatzkammer: Lampe oder Räuchergefäß (Süditalien, Ende des 12. Jh.), aus der Ausstellung in Köln FOTO: OLIVETTI

Viele bedeutende Schätze kamen als Pfänder für Darlehen hinzu; das reiche Venedig finanzierte damals Kaiser und Könige, Kirchenfürsten und Städte und ließ sich seine Hilfe mit kostbaren Reliquien, Edelsteinen und Juwelen bezahlen. Nach dem Brand im 14. Jahrhundert regenerierte es seinen dezimierten Besitz auch durch Schöpfungen der einheimischen Goldschmiedekunst, die es im Wettstreit mit Byzanz bald zur eigenen Hochblüte brachte und als „opus venetum", als venezianische Arbeit, in ganz Europa geschätzt und berühmt wurde.

Niemals sind bisher Stücke aus der Schatzkammer der Markuskirche anderswo gezeigt worden. Es ist den mäzenatischen Bemühungen der Firma Olivetti zu danken (die schon „Die Pferde von San Marco" und „Das Kruzifix von Cimabue" restaurieren half und dann auf Ausstellungsreisen schickte), daß der Schatz von San Marco jetzt zum erstenmal in einer repräsentativen Auswahl außerhalb Venedigs zu sehen ist. Das ist nicht zuletzt dem Umstand zu danken, daß die Schatzkammer zur Zeit renoviert wird. Nach Paris und London hat Köln jetzt das in Deutschland einmalige Glück, den „reichsten Kirchenschatz der Welt" für ein Vierteljahr zu beherbergen, bevor er in New York zum letztenmal vor der Heimkehr Station macht.

Mehr als vierzig Werke der Glas- und Goldschmiedekunst findet man also im Römisch-Germanischen Museum zu Köln versammelt. Man sieht Schmuck und liturgisches Gerät aus Silber und Gold, Glas und Edelstein, Metall-Ikonen, Buchdeckel, Lampen, Gefäße, Schalen, Reliquiare. Sie zählen alle, wie versichert wurde, zu den historisch und künstlerisch bedeutendsten Werke des San-Marco-Schatzes. Sie sind Spiegelungen der Geschichte und wichtige Zeugnisse morgen- und abendländischer Kunst.

Natürlich ist die Pala d'Oro nicht dabei, die goldene Altartafel (ursprünglich ein Antependium), das kultische und künstlerische Hauptstück des Schatzes; sie ist nicht transportfähig, und wahrscheinlich wäre mit ihrer Ausleihe auch ein zu großes Opfer von den Venezianern verlangt worden. Aber ein anderes über drei Meter breites „goldenes" Antependium (silbervergoldet auf einem Holzkern) ist zu sehen, das um 1300 in Venedig entstanden ist. Es stellt in zwei Reliefreihen die Geschichte des heiligen Markus sowie die zwölf Apostel zu Seiten des thronenden Christus dar.

Auch der „Stuhl des heiligen Markus" aus hellgrauem Alabaster mit reichem Skulpturenschmuck ist zu sehen, ebenfalls ein Hauptwerk des Schatzes, das aus dem 6. Jahrhundert und möglicherweise aus Alexandria stammt. Da sind ein Kelch des Kaisers Romanus aus vergoldetem Silber mit Email und Perlen geschmückt, ein Eimer aus purpurfarbenem Glas aus dem 4. Jahrhundert, eine Kanne aus Achat, die sogenannte „Grotte der Jungfrau Maria" aus Bergkristall, auf die Votivkrone des byzantinischen Kaisers Leon VI. montiert und mit Gold, Edelsteinen und Emaille auf Gold geschmückt, ausgestellt.

Die Auswahl der Edelsteingefäße ist so reich und bedeutend, daß – wie Daniel Alcouffe, der zuständige Konservator des Louvre, schreibt – sich an ihnen die Geschichte der Steinschneidekunst von der Antike bis zum Ende des Mittelalters ablesen läßt. Die prachtvollen mit Steinschmuck und Perlen verzierten Buchdeckel lassen die Frage zu, ob sie nicht ursprünglich als Ikonen geschaffen wurden.

Alle Stücke sind in pyramidenförmigen Einzelvitrinen ausgestellt, die sie in ihrer Schönheit und Eigenart voll zur Geltung bringen. Zugleich gestatten sie dem Besucher, sie von allen Seiten kennenzulernen. Denn unbeschadet ihrer historischen Bedeutung, die sich nur Kennern ohne weiteres erschließt, wollen diese Schätze vor allem auch um ihrer selbst willen betrachtet werden. Von jedem geht eine einzigartige individuelle Faszination aus, die womöglich alle kunsthistorischen und geschichtlichen Überlegungen überstrahlt. (Bis 27. Jan.; Katalog 48 Mark).

EO PLUNIEN

Christian Rischerts Film „Wenn ich mich fürchte"

An allem Rache nehmen

Ach, wie traurig blickt uns die Welt in den meisten neudeutschen Quälfilmen an! Auch in Christian Rischerts „Wenn ich mich fürchte". Hier geht's um einen offenbar doch ganz erfolgreichen Filmregisseur in München. Der Mann (Horst Buchholz) lebt komfortabel. Er ist in seiner Mittlebenskrise. Sie sollte zwar bei seinen Verhältnissen zu überstehen sein. Aber er ist von Miesepeterei betroffen. Er will nach Italien reisen, um endlich seiner Produktions-Depression zu entgehen. Bums, hat er einen Autounfall. Er muß in München bleiben.

Seine Ehe kriselt. Seine eigentlich ganz nette und verständnisvolle Gattin (Franziska Bronnen) bereitet ihm Ungemach. Seine liebe alte Mutter entdeckt er im Supermarkt bei einem Ladendiebstahl. Sie wollte nur, wie sie sagt, „an allem Rache nehmen". Die Wehleidigkeit scheint also erblich zu sein.

Der trübsinnige Filmmann treibt einen alten Schulfreund auf, der inzwischen als Koch auf dem Münchner Fernsehturm arbeitet. Der nette, alte Kumpel (Tilo Brückner) begeht, sich vom Turm stürzend, Selbstmord. Schrecklich!

Nun aber will der Unglücksrabe und vereinsamte Filmmensch gleich mit einem großen Zuge durch die böse Vergangenheit und die fiese Gegenwart sich mit einem Filmprojekt wehren. Der Fernsehturm soll als deutsches Symbol eines prosperierenden Untergangs gelten. Die ganze Hitler-Qual, den Krieg, die armselige Nachkriegszeit und gleich auch eine Art Orwellscher Gegenwart will er mit einem bedrückenden Angstfilm aufarbeiten und sich damit befreien.

Das will ihm, obgleich er im „Hotel Vierjahreszeiten" sich von seinen melancholischen Anwandlungen mit einem langwierigen Seitensprung zu erquicken und aufzurichten versucht, nicht gelingen. Er endet mit seiner manischen Weltfurcht, mit seinem abgrundtiefen Gegenwartsekel in einer Art bleibender Verstörung. „Wenn ich mich fürchte" sagt der Titel, aber warum und wo vor er sich eigentlich fürchten müßte, sagt der Film nicht.

Christian Rischert, der noch vor fünf Jahren mit seinem Film „Lena Rais" immerhin einigen Anlaß zu Hoffnungen gab, steigt hier modisch und wirrselig in alle Gewässer der Traurigkeit ein. Der Film trieft von Wehleidigkeit. Wenn er den Schmerz der wahren Vereinsamung zeigen wollte – den verfehlt er ganz.

Erfreulich immerhin, wie Horst Buchholz, mit dieser Figur eines trüben Trauerkloßes nach zehn Jahren in den deutschen Film zurückkehrend, trotz aller Anfechtungen seine Rolle trocken hält, ihr hin und wieder durchaus Glaubwürdigkeit, manchmal sogar einen Grad Selbstironie beigeben kann.

Buchholz ist sehenswert. Der traurige Film nicht. FRIEDRICH LUFT



Vom Selbstmitleid eines Mittvierzigers: Horst Buchholz und Franziska Bronnen in „Wenn ich mich fürchte" FOTO: FILMVERLAG DER AUTOREN

Ballett in Basel – Heinz Spoerlis „John Falstaff"

Van Manen tanzt wieder

Kein Platz für Narren? König Heinrich V. von England hat zwar mit seinem bisherigen Luderleben kurzen Prozeß gemacht, aber nach seiner Thronbesteigung geht er dann doch nicht so weit, seinen einstigen Saufkumpanen und Spaßmacher ganz aus seinem Herzen zu verbannen, auch wenn er ihn – unter Androhung der Todesstrafe – von Tisch und Tafel weist. Mitten im schönsten Sommernachtsspuk taucht er, gleichsam als Schatten seiner selbst, im Park von Windsor auf und hält noch einmal seine Hand auf. Ein gebratenes Huhn, und schon scheint Sir John Falstaff mit sich und seiner Welt, die ihm immer wieder an den Kragen will, zufrieden. Voller Erwartung breitet er zwischen den Beinen seinen abgewetzten Mantel aus. Selbstvergessen stopft er sich, während der Vorhang fällt, seinen wohlbekannten Wanst voll.

Ende gut, alles gut. Auch Heinz Spoerli kommt in seinem abendfüllenden Ballett „John Falstaff", das in Basel uraufgeführt wurde, zwangsläufig auf einen Schluß, der an die Altersoper Giuseppe Verdis erinnert, selbst wenn er sich sonst eher den beiden Shakespeare-Stücken „Heinrich IV." und „Die lustigen Weiber von Windsor" verpflichtet weiß. Aber sein Falstaff, der sich so genüßlich die Hände reibt und offenbar keinem etwas zu Leide tun kann, hat es faustdick hinter den Ohren. Man ahnt, daß er eines Tages wieder seine komischen Körpermassen in Bewegung setzt, um ein weiteres Mal die Rechnung ohne den Wirt zu machen. Schließlich muß ja immer einer der Dumme sein. Einer muß des anderen Narren spielen. Am besten, er tut es wie Sir John aus Überzeugung.

Wer immer sich also in diesem Ballett einen Jux erlaubt, tut es auf Kosten von anderen: König Heinrich, der sich überlegen fühlt und doch durch Falstaffs Lebensschule ging; die lustigen Weiber, die sich am Schwerenöter ihr Mütlein kühlen, im Grunde aber die Biederkeit ihrer Partner meinen; ja selbst Falstaff, der gleich zu Anfang Knall auf Fall in die wohlklingende Pavane hineinstolpert, mit der Thomas Jahn seine Musik (im Auftrag der Baseler Theater) einleitet. Aber er ist sich im Unterschied zu anderen seiner eigenen Lächerlichkeit wohl bewußt. Er kokettiert geradezu mit seiner Leibesfülle, trägt seinen Bauch wie einen Panzer, an dem alle Angriffe abprallen. Und streckt er wirklich einmal alle viere von sich, kann man sicher gehen, daß er alsbald einen Dreh findet, um auf seine Beine zu kommen. Wie ein Rammbock rennt er gegen das Gasthaus an, aus dem er zu Beginn hochkantig herausfliegt. Er spielt mit jeder Möglichkeit, schnell zu Geld zu kommen. Und er läßt tanzend Dampf ab, um bei der nächsten Gaunerei seinen Mann stehen zu können.

Hans van Manen, sonst in Holland als Choreograph im Dienst, ist der gute Gast-Geist des Baseler Balletts. Nach zwanzig Jahren erstmals wieder in einer großen Tänzerrolle aktiv, bringt er in seinen Falstaff nicht nur seine ganze Persönlichkeit ein (die freilich einiger leiblicher Auspolsterung bedarf). Er investiert in diese Figur auch eine gehörige Portion Erfahrung, setzt in ihr ein gestalterisches Potential frei, das die ganze Arbeit prägt. Er ist komisch und zugleich von einer gewissen Alters-Tragik gezeichnet. Er spielt mit seiner Erscheinung und ironisiert sie im selben Augenblick, in dem er sie humorvoll Lügen straft. Seine Schwerfälligkeit besitzt immer eine groteske Grazie. Seine Unempfindlichkeit ist stets sichtbarer Ausdruck einer Sensibilität, seine Grobheit kaschiert stets eine unausgelebte Zärtlichkeit.

Leider wird dieser scheinbare Widerspruch nicht immer auf einen so glücklichen Nenner gebracht wie bei Hans van Manen. Manchmal hemmt die Musik, so treffend, so verletzend sie bisweilen auch in ihrer charakteristischen Zuspitzung sein kann. Das Stück kommt ins Stocken. Thomas Jahn verzettelt sich. Seine Komposition, materialreich und manchmal von einem geradezu spöttischen Unterton, zerfällt in Einzelszenen. Eine Entwicklung fehlt. Kein Bogen hält die beiden Dramen zusammen, die Spoerli in der Shakespeare-Gestalt zusammengefaßt hat. So bleibt manches letztlich Stückwerk.

Einige Episoden – wie die lächerlichen Rechtfertigungsversuche des Ritters von der wohlbeleibten Gestalt – machen den Mund wäßrig. Bei anderen sitzt man auf dem trockenen. Aber immer ist in den traumhaft schönen Bühnenräumen Jürgen Roses etwas im Gange. Immer geht das Ballett aufs Ganze. Keine verlorene Liebesmüh also. Denn Spoerli hält auch diesmal nicht den Zuschauer zum Narren. Einer genügt, und der ist auf der Bühne. HARTMUT REGITZ

JOURNAL

Jean-Antoine Watteau im Grand Palais

AFP, Paris

Werke von Jean-Antoine Watteau (1684-1721) sind bis zum 28. Januar im Grand Palais in Paris zu sehen. Die Ausstellung, die zum 300. Geburtstag Watteaus zusammengestellt wurde, umfaßt 73 Gemälde und rund hundert Zeichnungen. Sie wurde zuerst in der National Gallery in Washington gezeigt und wird anschließend in Berlin zu sehen sein. Durch die Zusammenarbeit dieser drei großen Museen war es möglich, alle wesentlichen Werke Watteaus in die Ausstellung einzubeziehen. Dazu gehören z. B. das „Ladenschild des Kunsthändlers Gersaint", „Gilles und die italienischen Komödianten" oder (allerdings nur in Paris) beide Versionen der „Einschiffung nach Cythera".

Tocqueville-Preis für Karl Popper

dpa, Paris

Der Tocqueville-Literaturpreis für politische Wissenschaften ist in Paris dem aus Österreich stammenden britischen Philosophen Karl Popper verliehen worden. Der Preis ist mit 60 000 Francs (rund 20 000 Mark dotiert. Er wurde jetzt zum viertenmal von einer französisch-amerikanischen Jury verliehen.

Foto-Stipendiaten der Krupp-Stiftung

DW. Essen

Ein Stipendium für Zeitgenössische Deutsche Fotografie hat die Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung in Essen erstmals 1982 ausgeschrieben. Es ermöglicht drei jungen Fotografen, sich ein Jahr lang mit einem bestimmten Thema zu beschäftigen. Damit wurde erstmals ein Stipendium – wie es für die anderen Gebiete der Kunst längst üblich ist – für die Fotografie ausgesetzt. Die ersten Ergebnisse dieser Förderung zeigt nun die Fotografische Sammlung des Museum Folkwang in Essen. Sie stellt bis zum 2. Dezember Arbeiten von den sechs Stipendiaten der Jahre 1982 und 1983 aus. Der Katalog kostet 20 Mark.

G. Knäpper in „Präsenz der Zeitgenossen"

DW. Nürnberg

In der Reihe „Präsenz der Zeitgenossen" konfrontiert das Germanische Nationalmuseum in Nürnberg die Werke zeitgenössischer Künstler mit historischen Arbeiten in den ständigen Schausammlungen. Die neueste Ausstellung ist den Keramiken von Gerd Knäpper, der seit fünfzehn Jahren in Japan lebt, gewidmet. Seine Arbeiten verbinden japanische Traditionen mit europäischem Formbewußtsein. Die Ausstellung in Nürnberg, die bis zum 25. November zu sehen ist, umfaßt Vasen, Schalen, Wassergefäße und Gerät für die Teezeremonie. Der Katalog kostet 18 Mark.

„Paris, Texas" jetzt auch als Filmbuch

DW. Bonn

Wim Wenders' Film „Paris, Texas" ist wegen des Rechtsstreites zwischen Wenders und dem Filmverlag der Autoren noch nicht in unseren Kinos zu sehen. Sozusagen als Ersatz erschien jetzt das von Wenders gemeinsam mit dem Dramatiker Sam Shepard verfaßte Filmbuch „Paris Texas" (Greno Verlagsgesellschaft, Nördlingen, 512 S., 380 Abb., 24 Mark) Es enthält das Drehbuch in deutsch, französisch und englisch, dazu einen Materialien- und Dokumentationsteil sowie Bio- und Filmographien der wichtigsten Mitwirkenden.

Großes Münzversteck in China gefunden

AP, Peking

Eine Überschwemmung hat in den Helan-Bergen in Nordchina einen Schatz von 30 000 alten Münzen aus der Zeit der Westlichen Han-Dynastie vor 2100 Jahren zutage gefördert. Experten nehmen an, daß die Münzen im Jahr 1227 von Chinesen vergraben wurden, die auf der Flucht vor den mongolischen Invasoren waren. Der Schatz wiegt 125 Kilogramm und enthält sehr wertvolle Stücke auch aus der Zeit der Westlichen Hsia-Dynastie.

Marcel Brion †

dpa, Paris

Der französische Kunsthistoriker und Schriftsteller Marcel Brion ist in Paris im Alter von 88 Jahren gestorben. Brion, Mitglied der Académie Française, war Spezialist für die deutsche Romantik und die italienische Renaissance. Deutsch erschienen, u. a. seine Bücher über „Goethe", „Robert Schumann und die romantische Seele", „Die Dichter des romantischen Deutschland" oder „Das tägliche Leben in Wien".

Korrektur

Durch ein Versehen war gestern in einem Teil der Auflage statt des Fotos von Oscar Fritz Schuh ein Filmbild abgedruckt. Wir bitten, diesen Fehler zu entschuldigen.

Ankläger fordert 15 Monate ohne Bewährung

Ferner soll Wiesheu zwei Jahre Führerschein abgeben

PETER SCHMALZ, München

Der Staatsanwalt hat keinen Zweifel: Otto Wiesheu, der auf eigenen Wunsch beurlaubte CSU-Generalsekretär, ist schuld am Tod des Rentners Josef Rubinfeld, der in seinem Fiat mit mäßiger Geschwindigkeit auf der Autobahn Richtung Nürnberg fuhr, als der Mercedes des CSU-Politikers von hinten aufprallte. In seinem Plädoyer bezeichnete der Staatsanwalt gestern nachmittag das Wiesheu entlastende Gutachten des Unfallforschers Professor Max Danner als für diesen Prozeß nicht verwertbar, da Danners Simulationsversuch in wesentlichen Teilen von der realen Unfallsituation abgewichen sei. Der Angeklagte sei alkoholbedingt fahruntüchtig gewesen. Der Staatsanwalt forderte für Wiesheu 15 Monate Haft ohne Bewährung und zwei Jahre Führerscheinentzug. Der Angeklagte habe durch seine Vorbildfunktion eine besondere Verantwortung gehabt.

Dieser Ansicht schloß sich auch der Vertreter der Nebenklägerin, der Schwester des getöteten Fahrers, an und erklärte, das Danner-Gutachten habe zur Klärung des Falles nicht beitragen können. Anders die Verteidigung in ihrem Resümé: Es sei nicht zweifelsfrei erwiesen, daß Rubinfeld tatsächlich im Wagen gewesen sei, wesentliche Erkenntnisse würden für den Verdacht sprechen, wonach der Fiat mit einem Achsbruch auf der Straße liegenblieb und der Fahrer bereits ausgestiegen war.

Amtsrichter Christian Ottmann und seine beiden Schöffen standen gestern vor der kniffligen Aufgabe, sich zwischen diesen beiden grundlegend unterschiedlichen Meinungen zu entscheiden. Fünf Gutachter sind aufgrund ihrer Untersuchungen der Wracks und des Leichnams überzeugt, Rubinfeld war zum Zeitpunkt des Aufpralls im Auto. Aber Professor Max Danner, der ungekrönte König unter den deutschen Verkehrsspezialisten, bleibt dennoch bei seiner Meinung: „Aufgrund meiner Analysen kann Rubinfeld nicht im Wagen gewesen sein."

Danner hat seine Überzeugung bei einem 15 000 Mark teuren Crash-Versuch gewonnen. Seine wesentlichen Erkenntnisse: Die Insassen, beim Versuch durch Puppen dargestellt, wurden beim Aufprall ausschließlich nach hinten geschleudert, nicht aber nach oben zum Dach. Und der kleine Fiat macht „nicht den Anschein eines Aufbäumens". Sein Fazit: „Ein Herausfliegen hat einfach nicht stattgefunden."

Stimmt aber die Theorie des Staatsanwalts, muß Rubinfeld auf irgendeine Weise aus dem Wagen gekommen sein. Die Fahrertür war verklemmt und das Rückfenster zu klein. Bleibt also das Dach. Wie aber kommen rückwärts geschleuderte Insassen durchs Dach? Hier müssen die anderen Gutachter nun auch einräumen, daß sie nicht mit feststellbaren Tatsachen, sondern mit „Anschlußtatsachen" operieren konnten.

Ihr Gedankengebäude: Faserspuren im Inneren des Wagens lassen den Schluß zu, Rubinfeld sei im Wagen gewesen, also muß er herausgeschleudert worden sein. Dann muß, so ein Gutachter, der Fiat sich vorne aufgebäumt und die Dachluke für den nach hinten fliegenden Fahrer freigegeben haben. Der Beweis dafür sei eine Berührung der Mercedes-Motorenhaube mit dem Fiat-Dach. Doch zu einem ähnlichen Kontakt kommt es bei Danners Versuch auch ohne Aufbäumen. Wie groß ist die Beweiskraft der Faserspuren? Sie zeigen alle nach hinten und sind links im Wagen, wie bei einem Aufprall von hinten rechts, wie ein Gutachter schriftlich festhielt. Unzweifelhaft aber fuhr Wiesheu von schräg links auf.

Leichter als die Entscheidung zwischen diesen beiden Theorien fiel dem Gericht, die Mitschuld des Getöteten am Unfall zu bestimmen. Mit einem haarsträubenden und für einen ehemaligen Berufskraftfahrer wie Rubinfeld eigentlich unerklärlichen Leichtsinn wollte er sich mit seinem Freund Friedrich Giland, einem Taxifahrer, auf die weite Reise nach Polen machen: Der altersschwache Wagen war nur notdürftig repariert und sollte erst in Polen hergerichtet werden. Er war restlos überladen; ein Zeuge gab an, beide Hinterräder seien schräg gestanden. Ein Polizist über die am Unfallort herumliegenden Gegenstände: „Es sah aus wie nach einem Lkw-Unfall." Jede Polizeistreife hätte das Fahrzeug aus Sicherheitsgründen von der Autobahn herunterwinken müssen. Nach Berechnungen des Verkehrs-Analytikers Herbert Wegener fuhr der Fiat nachts auf der mittleren von drei Autobahnspuren zum Zeitpunkt des Aufpralls mit einer Geschwindigkeit „zwischen Null und 40". Für Wiesheus Wagen wurden zwischen 130 und 165 Stundenkilometer ermittelt. Auch der Staatsanwalt räumte in seinem Plädoyer ein, daß der Fiat ein Hindernis gewesen sei und den getöteten Fahrer ein beachtliches Mitverschulden treffe.

Allen Prozeßbeteiligten ist klar, daß auch geübte Fahrer einem solchen Verkehrshindernis nur mit viel Glück auszuweichen vermögen. Wiesheu war ein sicherer Lenker; er fuhr früher nach eigenen Angaben zwischen 40 000 und 50 000 Kilometer im Jahr. Aber in dieser Nacht war der CSU-Generalsekretär erheblich alkoholisiert. Aufgrund der Blutprobe von 1,69 Promille errechnete ein Gutachter für die Unfallzeit einen Blutalkoholspiegel von 1,99 Promille. Dieser Umstand belastet Wiesheu nach Ansicht von Prozeßbeobachtern am meisten.

Rauchschwaden dringen aus Türen und Fenstern des Hauses in einer der Grachten Amsterdams. Kurz vorher haben Polizisten zehn Hausbesetzer aus diesem Gebäude geholt. Bei den folgenden Ausschreitungen am Dienstag wurden 22 Personen festgenommen. FOTO: AP

Und dann riefen die Kraker die Polizei zu Hilfe . . .

HELMUT HETZEL, Amsterdam

„Es war blanke Zerstörungswut, die diese Leute antrieb", sagt Lucia Marthas, wenn sie an das zurückdenkt, was sie von ihrem Fenster aus in der Ferdinand Bolstraat kürzlich beobachten konnte. Sie sah ein inzwischen allzu bekanntes Szenario der Gewalt: Steine flogen, Scheiben klirrten, vermummte Gestalten plünderten. Inszeniert wurde diese Straßenschlacht von Hausbesetzern, dem harten und militanten Kern der Amsterdamer Kraker, der, so die Ermittlungen der Polizei, aus auffallend vielen Deutschen, Briten und Iren besteht, und der neuerdings versucht, eine der wichtigsten Einkommensadern der niederländischen Hauptstadt trockenzulegen: den Tourismus.

Zunächst begannen die „Neo-Terroristen", wie diese Gewaltapostel der Hausbesetzerszene von vielen aufgebrachten Amsterdamer Bürgern neuerdings bezeichnet werden, damit, die durch die idyllischen Grachten der holländischen Hauptstadt schwimmenden Rundfahrtboote und deren Fahrgäste mit Farbe und Rauchbomben zu bewerfen. Dann folgten Farb- und Brandanschläge auf einige der bekanntesten Amsterdamer Hotels: auf das Sonesta, das Amstel und das Okura. Die militanten Kraker, viele von ihnen selbst noch nicht allzulange in der Stadt, nennen ihren privaten Kleinkrieg gegen die Tourismusindustrie „touristische Aktionen" und wollen damit, wie es in ihrem Jargon heißt, „der internationalen Hotel- und Ausbeutermafia den Hahn abdrehen".

Nicht nur die Direktion des Sonesta-Hotels ist geschockt. Auch der Vorsitzende des Amsterdamer Fremdenverkehrsbüros, P. Kranenberg, ist deprimiert und sieht für die Zukunft des Amsterdam-Tourismus schwarz: „Ich befürchte, daß sowohl niederländische als auch ausländische Touristen unsere Stadt künftig meiden werden, wo sie nur können."

Die neuen Unruhen kommen für Amsterdam zu einem Zeitpunkt, an dem sich die immer noch quirlige Weltstadt, die nach wie vor einen Besuch wert ist, unter Führung des zukunftsorientierten Bürgermeisters Ed van Thijn gerade anschickte, das durch Drogenhandel und -mißbrauch und daraus resultierende Kleinkriminalität bereits arg angeschlagene Ansehen der Grachtenmetropole wieder mit neuem Glanz zu versehen. Van Thijn versucht nämlich mit allen Mitteln und mit Unterstützung der Regierung in Den Haag, die übernächsten Olympischen Spiele, 1992, in das Venedig des Nordens zu holen. Ein Vorhaben, das die Chance bieten würde, Amsterdam den Augen eines Millionen-Publikums vor den Bildschirmen als Weltstadt mit Flair zu präsentieren.

Derzeit eskaliert die Gewalt. Schon schließen sich verängstigte Bürger und Eigentümer ausgeplünderter Geschäfte zusammen, beabsichtigen, eine Art Bürgerwehr zu gründen. „Das Maß ist voll", befand auch eine Gruppe von Jugendlichen, allesamt Bewohner der von den jüngsten gewalttätigen Ausschreitungen heimgesuchten Ferdinand Bolstraat. Sie stürmten eines der von den Krakern besetzten Häuser, schlugen dort alles kurz und klein und warfen das übriggebliebene Mobiliar der Hausbesetzer kurzerhand auf die Straße. Ironische Folge dieser von wütenden Bürgern ausgeführten Vergeltungsaktion: Dieselben Hausbesetzer, die noch einige Stunden zuvor sich mit der Amsterdamer Polizei blutige Straßengefechte lieferten, riefen die staatlichen Ordnungshüter nun um Hilfe an. Und die Polizei kam prompt, um die Kraker vor den aufgebrachten und wütenden Bürgern in Schutz zu nehmen.

Dieser Vorfall macht zumindest eines deutlich. Auch innerhalb der weitverzweigten und vielschichtigen Amsterdamer Hausbesetzerszene können die militanten Aktionisten, denen die blanke Gewalt über alles zu gehen scheint, nicht mehr auf uneingeschränkte Unterstützung rechnen. Sie sind weitgehend isoliert. Ihre ansonsten so gut funktionierende Telefonkette blieb diesmal erfolglos. Die erhoffte Hilfe der Szene blieb aus. Auch in der neuesten Nummer der Besetzerpostille „Bluf" stehen kritische Sätze wie dieser: „Die Dummheit hat nun Einzug gehalten in die Krakbewegung."

Wachgerüttelt von der Gewalt auf der Straße ist schließlich auch die Amsterdamer Polizei. Eine Spezialeinheit wurde gegründet.

Geistiges Eigentum zum Nulltarif?

K. T. Bonn

Die Verbände der Musikwirtschaft sparten gestern in Bonn nicht mit Kritik an der Novellierung des Urheberrechts. Sie garantiere den Schutz des geistigen Eigentums zu wenig. Die technische Entwicklung habe bei den Millionen Benutzern von Leerkassetten und/oder Videobändern zu der Einstellung geführt, fremde geistige Leistung bedenkenlos fast zum Nulltarif in Anspruch nehmen zu können. Die Verbandsvertreter forderten daher eine erhebliche Anhebung der Bemessungsgrundlage, und zwar sechs Mark für jeden Kassettenrekorder beziehungsweise 45 Mark für jeden Videorecorder. Das ist der dreifache Wert, wie ihn die Novelle vorsieht. Ferner verlangt die Musikwirtschaft pro Leerkassette und Stunde Spieldauer 0,30 Mark beziehungsweise 1,20 pro Videoband. Anders sei die Musikwirtschaft, deren wesentlicher Aspekt ja gerade die Förderung der Künstler und Musiker sei, kaum lebensfähig. Das deutsche Urheberrecht aus dem Jahre 1965 galt lange Zeit als das beste der Welt, bis die nicht vorhersehbare technische Revolution auf dem Kassetten- und Videosektor es praktisch zu Makulatur machte. Die Bezüge, die Komponisten über das Urheberrecht zur Zeit erhielten, sei weniger als der Tropfen auf den heißen Stein. Schon vor zwei Jahren kamen – statistisch gesehen – zwei Kasettenrecorder auf jeden Haushalt, in denen heute mehr als 600 Millionen Leercassetten lagerten und überwiegend zum illegalen Kopieren von Musikstücken genutzt würden. Das Vervielfältigungsrecht aber sei das absolute Recht des Autors. „Eine Kulturschande", nannte es Norbert Thurow vom Bundesverband der Phonographischen Wirtschaft, daß 1983 etwa 45 Prozent aller in Deutschland angebotenen Videokassetten Raubkopien seien. Thurow erwartet vom Gesetzgeber auch strafrechtliche Konsequenzen. Einem Videofälscher droht – auf Antrag – maximal eine einjährige Haftstrafe, während ein Ladendieb bis zu fünf Jahren befürchten müsse.

Knochenmark „rebelliert"

SAD, Seattle

Der deutsche Oberschüler Stefan Morsch, der sich im Fred Hutchinson Cancer Research Center von Seattle im September einer Knochenmarktransplantation unterziehen mußte, leidet nunmehr an einem offensichtlich chronischen Immunsystem-Problem. Er mußte deshalb wieder ins Krankenhaus eingeliefert werden. Anders als bei Organtransplantationen „rebelliert" im Falle des deutschen Schülers das Immunsystem des Spender-Knochenmarks auf dem fremden Körper. Die Folge ist ein nicht abheilender Hautausschlag.

Super-Straßenbahn

dpa, Düsseldorf

Die 82 Kilometer lange künftige Ost-West-S-Bahn von Hagen über Düsseldorf nach Mönchengladbach wird voraussichtlich bereits im Jahr 1990 in voller Länge in Betrieb gehen. Dies kündigten Vertreter der Bundesbahndirektion (BD) Köln gestern in Düsseldorf an. Der Einzugsbereich dieses Rhein-Wupper-Gebietes umfaßt etwa zwei Millionen Einwohner und etwa eine Million Arbeitsplätze. Verkehrsexperten erwarten, daß täglich mindestens 100 000 Reisende die neue S-Bahn benutzen werden.

Auto als Werkzeug

dpa, Nottuln

Auf ungewöhnliche Weise verschafften sich in der Nacht zum Mittwoch bisher unbekannte Täter Zugang zu einem Juweliergeschäft in Nottuln bei Münster: Sie brachen mit ihrem rückwärts fahrenden Auto die Eingangstür des Geschäftes auf. In Sekundenschnelle rafften die Ganoven Schmuck, Uhren und „weitere Souvenirs" im Wert von 50 000 Mark zusammen. Mit ausgeschalteter Fahrzeugbeleuchtung verschwanden sie anschließend sofort wieder in der Dunkelheit der Nacht.

ZU GUTER LETZT

Immer mehr Frauen schnarchen in der Sowjetunion, meldete dpa.

WETTER: Unbeständig

Wetterlage: Die Ausläufer eines Sturmtiefs bei Schottland überqueren im Tagesverlauf von Westen her Deutschland und führen milde Meeresluft heran.

Vorhersage für Donnerstag:

Im Alpenvorland wolkig mit Aufheiterungen und trocken. Im übrigen Bundesgebiet zunächst stark bewölkt und zeitweise Regen. Im Nordwesten Übergang zu wechselnder Bewölkung mit Schauern. Höchsttemperaturen 14 bis 17 Grad. Nachts nachlassende Niederschläge und Abkühlung auf 10 bis 6 Grad. Mäßiger bis frischer, im Norden in Böen stürmischer Wind aus Südwest.

Weitere Aussichten:

Wechselhaft mit Schauern, kühler.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	12°	Kairo	28°
Bonn	12°	Kopenh.	13°
Dresden	12°	Las Palmas	24°
Essen	12°	London	12°
Frankfurt	12°	Madrid	17°
Hamburg	10°	Mailand	15°
List/Sylt	10°	Mallorca	21°
München	16°	Moskau	10°
Stuttgart	15°	Nizza	20°
Algier	22°	Oslo	7°
Amsterdam	13°	Paris	14°
Athen	25°	Prag	12°
Barcelona	21°	Rom	17°
Brüssel	13°	Stockholm	6°
Budapest	16°	Tel Aviv	20°
Bukarest	22°	Tunis	22°
Helsinki	4°	Wien	16°
Istanbul	20°	Zürich	16°

Sonnenaufgang* am Freitag: 7.05 Uhr, Untergang: 17.07 Uhr; **Mondaufgang:** 9.38 Uhr, Untergang: 18.08 Uhr

*in MEZ, zentraler Ort Kassel

LEUTE HEUTE

Kanüle im Ohr

„Alexis", das „Biest" aus dem Denver-Clan, wirkt auf alle Männer ihrer Umgebung ausgesprochen erotisch. Nur wenige aber wissen, daß sie das Liebesgeflüster ihrer meist jugendlichen Liebhaber nur noch mit technischer Hilfe wahrnehmen kann. **Joan Collins**, 51, die Darstellerin der „Alexis", trägt nämlich ein Hörgerät. Die Spezialfirma „Starky Laboratories" verschweigt jedoch diskret, auf welchem Ohr „Alexis" nicht mehr richtig hören kann. Für sie als aufregende



Frau kam natürlich kein normales Hörgerät in einem Brillenbügel oder hinterm Ohr in Frage, doch schließlich fand man die Lösung: eine feine mit Elektronik bestückte Kanüle, die unsichtbar im Ohr getragen wird. So ausgestattet hörte die schwarzhaarige „Alexis" auch das Ja-Wort ihres Filmpartners **Michael Nader**, dem sie in einer jetzt gedrehten neuen Folge von Denver-Clan kirchlich angetraut wurde.

Katalysatoren für Gebrauchtwagen?

Der Einbau macht noch Schwierigkeiten / In Frage kämen ohnehin nur Einspritzmotoren

HEINZ HORRMANN, Bonn

Vom spontanen Beschluß der Hamburger Familie Meienburg, sofort etwas für eine bessere Luft zu tun und ihren Kadett mit einem Katalysator ausrüsten zu lassen, blieb nichts als die gute Absicht. „Auch wenn Sie bereit sind, einige Tausender zu investieren", wurde dem kaufmännischen Angestellten beschieden, „gibt es keine technische Möglichkeit für diese nachträgliche Maßnahme." Das bestätigt Opel-Sprecher Horst Peter Borghs. Der Katalysator könne zwar gekauft, die Blecharbeiten an der Bodengruppe oder dem Kofferraum könnten sogar vorgenommen werden, die Hitzeisolierung sei auch kein Problem, für die Änderungen im Motorbereich und der Elektronik gebe es aber im Augenblick noch keine Einzelteile. Wenn die einmal verfügbar sein werden, glaubt Borghs, werde ein Nachrüsten im Einzelfall mindestens 5000 Mark kosten. Erst fertige serienmäßige Bausätze würden die Kosten spürbar senken.

Die Bundesregierung hat die nachträgliche Umrüstung von gebrauchten Personenwagen empfohlen. Damit auch in der Übergangszeit wirksamer Umweltschutz betrieben werden könne. Zweifellos eine gute Überlegung, doch stehen gewaltige technische Hindernisse im Wege.

Für den nachträglichen Katalysator-Einbau kämen ohnehin nur Wagen mit Einspritzpumpe (und nicht mit Vergasermotoren) infrage, die sich zudem noch mit Normalbenzin zufriedengeben müßten. Das reduziert die Zahl der Autos beträchtlich. Bei den meisten Typen müßte eine neue Motor-Elektronik entwickelt werden, die andere Impulse gibt als bisher und ein fetteres Benzin-Gemisch garantiert. Unterschiedlich werden allein diese Kosten zwischen 200 und 1000 Mark beziffert.

Die nächste Überlegung gilt dem Einbau des Katalysator-Topfes; naheliegend ist der Kofferraumbereich. Problemlos ist das aber nur für VW Golf. Aus Gründen der produktionstechnischer Vereinfachung haben diese Modelle seit Jahren eine Ausbuchtung in der Bodengruppe, weil für die US-Versionen hier der Schadstoffumwandler eingesetzt wird.

Nötig ist eine Hitzeisolierung. Da beim chemischen Prozeß im Wabengerät enorm hohe Temperaturen entstehen, muß die Bodengruppe geschützt werden. Kosten: zwischen 100 und 500 Mark. Der Katalysator selber ist zwar im freien Handel noch nicht zu bekommen. Der Preis würde zwischen 200 und 500 Mark liegen.

Mit Hochdruck arbeitet man in allen Unternehmen, um neue Möglichkeiten zu entwickeln, die das Umrüsten zukünftig einfacher macht. Bei Daimler Benz ist man soweit, alle Einspritzer-Modelle auf die US-Abgasnorm zu bringen. „Allerdings", so betont ein Firmensprecher, „mit hohem finanziellem Aufwand". Auf eine Summe wollen sich die Stuttgarter nicht festlegen.

Wegen der Probleme sehen Tüftler eine Marktlücke für Übergangslösungen. Sie versprechen 30 bis 40 Prozent weniger Schadstoffe und verlangen für ihre „Erfindungen" 110 bis 700 Mark. Die meisten Lösungen basieren auf Systemen, die in der Industrie längst bekannt und zum Teil auch verwandt werden. So die sogenannte Abgasrückführung. Hier wird außer dem frischen Benzin-Luft-Gemisch eine genau dosierte Menge der Auspuffgase angesaugt. Dieses schadstoffreiche Gas enthält keinen Sauerstoff und nimmt an der Verbrennung nur passiv teil. Es behindert sie sogar. Die Verbrennungstemperatur sinkt, was der Zweck der Übung ist. Niedrige Temperaturen bedeuten weniger Stickoxide. Ein anderes Konzept, das ebenfalls technisch einwandfrei, aber noch nicht als produktionsreif angesehen werden kann, ist das Magerkonzept. Hier läuft der Motor mit so großem Luftüberschuß, daß die Verbrennung ebenfalls mit verhältnismäßig niedrigen Temperaturen abläuft. Ein zusätzlicher Vorteil ergibt sich aus dem niedrigen Spritverbrauch. Der entscheidende Nachteil konnte bis heute noch nicht beseitigt werden. Magere Benzin-Luftgemische verursachen Probleme mit der Zündung und lassen sich nur sehr schwer entflammen. In einigen Jahren werden die Techniker vielleicht das gesamte Schadstoffproblem mit Wasserstoff-Benzin-Mischbetrieb, der absolut saubere Motoren ohne Katalysatoren garantiert, abhaken können.